



**FRAKTION
GRÜNE**

Im Landtag von
Baden-Württemberg

REINE ANTRIEBS SACHE

Was wir für Sie bewegen.



**„Wir Grüne packen an:
mit Mut, Optimismus
und guten Konzepten.“**

Andreas Schwarz

Liebe Leserin, lieber Leser,

alle, die Kinder haben, kennen diesen Moment: Wenn der Elternabend fast schon zu Ende ist und Lehrer oder Lehrerinnen mit suchendem Blick die obligatorische Frage stellen – wer denn gerne Elternvertreterin oder Elternvertreter sein möchte? Auch ich als Vater einer Erstklässlerin durfte ihn kürzlich zum ersten Mal erleben.

Um es kurz zu machen: Selten reißt sich jemand um diese Aufgabe. Aber immer finden sich Mütter oder Väter, die den Job übernehmen. Weil es sein muss und weil es wichtig ist. Und weil die Menschen in unserem Land einfach so sind: Sie packen an. Sie übernehmen Verantwortung.

Auch deshalb steht Baden-Württemberg so gut da wie nie. Es ist wirtschaftlich erfolgreich, modern und weltoffen. Unsere engagierten Bürgerinnen und Bürger mit ihren Berufen und Interessen, ihrer Herkunft und ihren Zukunftswünschen sind so vielfältig wie das Land selbst mit seinen attraktiven Städten, seinen lebenswerten ländlichen Regionen und seinen verschiedenartigen Kulturlandschaften. Diese Vielfalt ist unser Reichtum. Diese Vielfalt macht Baden-Württemberg so stark.

Die Grüne Landtagsfraktion besteht aus 47 Abgeordneten, die in ganz Baden-Württemberg verwurzelt sind. Auch sie spiegeln die Bandbreite dieses Landes wider. Sie sind Juristen und Bäckermeister, Lehrerinnen, Bauer oder Physiotherapeutin, jünger oder älter, mit und ohne Kinder. Manche sind hergezogen oder ihre Eltern stammen von weit her. Sie setzen sich mit guten Ideen und mit ganzem Herzen für ihre Heimat ein. Was uns eint, ist der Wunsch, das Beste für unsere Gesellschaft zu tun und Baden-Württemberg gemeinsam voranzubringen.

Wir Grüne haben viel auf den Weg gebracht, seit uns die Wählerinnen und Wähler bei den Landtagswahlen 2011 und erneut 2016 ihr Vertrauen ausgesprochen haben. Und wir haben noch viel vor. Denn wir stehen vor gewaltigen Umbrüchen: Die Digitalisierung verändert unser Berufs- und Alltagsleben in atemberaubender Geschwindigkeit. Der Klimawandel ist kein fernes Zukunftsszenario mehr, das zeigen uns Dürresommer, Hochwasser oder ein dramatischer Verlust der biologischen Vielfalt. Wenn Insekten und Vögel sterben und unsere Wälder und Böden als Speicher des klimaschädlichen Treibhausgases versagen, geht es auch den Menschen schlecht.

Vor dem Hintergrund dieser Zukunftssorgen besteht die Gefahr, dass unsere Gesellschaft weiter auseinanderdriftet. Rechtspopulisten schüren Ängste, zumal weltweit Menschen auf der Flucht vor Krieg und Hunger eine neue Heimat suchen – auch bei uns in Baden-Württemberg. Ziel der rechten Brandstifter sind Hass und Wut, die das gefährden, worum uns die ganze Welt beneidet: unsere Demokratie, unsere Freiheit, unseren Rechtsstaat. Und ein Europa, das uns Frieden und Wohlstand beschert – bei all den Baustellen, die es natürlich zu reparieren gilt.

„Pessimismus ist nur der Mangel an Ideen“, schreibt der Tübinger Medienwissenschaftler Bernhard Pörksen, Autor des viel beachteten Buches „Die große Gereiztheit. Wege aus der kollektiven Erregung.“ Er warnt zu Recht vor Panik, vor Untergangsrhetorik und Denkfaulheit, die eine Gesellschaft lähmen.

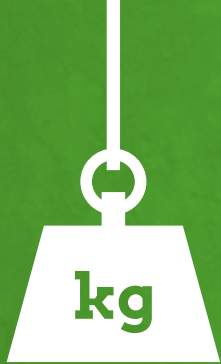
Wir Grüne packen an mit Mut, Optimismus und mit guten Konzepten. Das ist unsere Haltung als freiheitliche,

ökologische und soziale Kraft in Baden-Württemberg. Wir haben wirkungsvolle Programme, die unsere Natur und unser Klima schützen; wir arbeiten kontinuierlich an einem Bildungssystem, das unsere Kinder fit macht für die Herausforderungen der Zukunft. Wir pushen Forschung und Start-ups, die uns neue Wege aufzeigen; wir sorgen für ein soziales Sicherheitssystem, das Menschen hilft, die es aus eigener Kraft nicht mehr schaffen. Wir investieren in Integration. Wir arbeiten an einer neuen sauberen Mobilität, die einhergeht mit der Erneuerung unserer Automobilwirtschaft, sodass auch das Auto von morgen bei uns im Land entwickelt, gebaut und auf der ganzen Welt gefahren wird. Wir steuern um zu einer Landwirtschaft mit immer weniger Ackergiften und einem Landeshaushalt, der Schulden kräftig abbaut, sodass künftige Generationen noch finanziellen Spielraum haben.

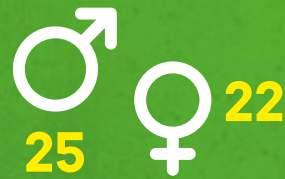
Was wir bisher erreicht haben, wie unsere Ziele und Konzepte aussehen und wer für Sie in Baden-Württemberg politisch arbeitet: Darüber möchten wir Sie in dieser Broschüre informieren. Schreiben Sie uns gerne zurück. Kommen Sie auf unsere 47 Abgeordneten mit Ihren Ideen und Ihren Vorstellungen von der Zukunft des Landes zu oder sprechen Sie uns direkt an bei unseren regelmäßigen Bürgerdialogen. Denn: Vielfalt ist unsere Stärke. Gemeinsam bringen wir Baden-Württemberg weiter voran.



Andreas Schwarz Mdl
Vorsitzender der Fraktion GRÜNE im
Landtag von Baden-Württemberg



3.750 kg
Gesamtgewicht



Die Fraktion in Zahlen.



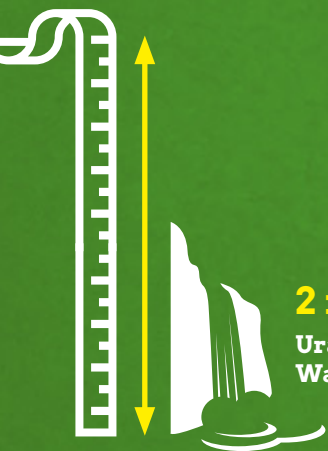
**Staats-
angehörigkeit**

47 x Deutsch 1 x Schweiz 1 x Portugal



47 für 11 Millionen.

Noch nie war eine Fraktion der Grünen im Landtag von Baden-Württemberg so groß wie diese. So viele Kompetenzen, so unterschiedliche Biografien und Persönlichkeiten: Unsere 47 Abgeordneten machen Politik für 11 Millionen Menschen.



2 x
Uracher
Wasserfall

82,3 m
Gesamtgröße

Fußballfans



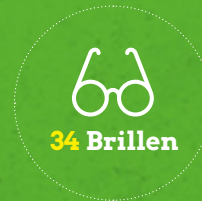
569 Jahre
Gesamte Schulzeit



26 Solaranlagen



99 Fahrräder und E-Bikes



34 Brillen



Pendlerwege

Wahlkreis ↔ Landtag

Gesamt:

4.461 km

63,3 h

Einzel:

95 km

1,3 h



Vielfältig aufgestellt: Unsere Mannschaft

Steuerberaterinnen & Steuerberater, Verwaltungswirtin, Lehrerinnen & Lehrer, Betriebswirtinnen, Umweltpädagogin, Landwirtin, Juristinnen & Juristen, Erzieherin, Sozialpädagogin, Bio-Bäcker, Heilpraktikerin, Physiotherapeutin, Bio-Landwirt, Buchhändler, Intensivkrankenschwester, Weinhändler, Politikwissenschaftlerin, Landespflegerin, Geoökologin, Krankenpfleger, Rundfunkjournalist, Landschaftsarchitekt, Bauingenieur, Physikerinnen & Physiker, Zeitungsredakteur, Landschaftsplaner, Gewerkschaftssekretär, Sozialarbeiter, Landschaftsgärtnerin, Kunsthistorikerin, Bio-Winzer

Wir sind

für Sie da!

KONTAKT

**Fraktion GRÜNE
im Landtag von
Baden-Württemberg**

Konrad-Adenauer-Straße 12
70173 Stuttgart

+49 (0)711 / 2063 - 683
post@gruene.landtag-bw.de

gruenelandtagbw
 @fraktiongruenbw
 fraktiongruenbw

www.gruene-landtag-bw.de



Beliebtestes Urlaubsland

11 x Frankreich
7 x Italien
5 x Griechenland

Lieblings- Bücher

15 x Roman
13 x Krimi
4 x Sachbücher



Musik- geschmack

11 x Klassik
11 x Rock
8 x Jazz
4 x Oldies
4 x Pop



Von der Kurpfalz bis zum Bodensee: Unser Land ist geprägt von lebens- und liebenswerten Städten, Dörfern und Landschaften. Wir wollen diese Lebensqualität und unsere regionale Wirtschaft stärken und unsere Umwelt- und Kulturlandschaften schützen – und zwar zusammen mit den Menschen vor Ort, die die Potenziale ihrer Region am besten kennen. Wir fördern lebendige Ortskerne, bezahlbares Wohnen und eine vielfältige Kulturszene und stärken so den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

So machen wir
Baden-Württemberg

lebenswert.



WOHNORTNAHE MEDIZINISCHE VERSORGUNG



Rekordinvestitionen in Krankenhäuser: von 337 Millionen (2010) auf 461,7 Millionen Euro (2017). Pionierarbeit bei der **Telemedizin**: Die Digital-Doktoren behandeln über Telefon oder App.



250 Mio. € / Jahr FÜR BEZAHLBAREN WOHNRAUM

250 Millionen Euro gibt die Landesregierung dauerhaft jährlich für den Bau bezahlbarer Wohnungen aus. 2011 lag der Betrag noch bei 48 Millionen Euro.



Viel erreicht



und noch viel vor!



**Jede(r) Dritte
liebt Landleben.**

ATTRAKTIVE LÄNDLICHE RÄUME

Jeder dritte Mensch in Baden-Württemberg lebt im Ländlichen Raum, der 70% der Landesfläche ausmacht.

Seit 2011 haben wir die Förderprogramme deutlich aufgestockt und setzen dabei auf Bürgerbeteiligung. Mit „**Spitze auf dem Land**“ fördern wir kleine und mittlere Unternehmen, die das Zeug zum Weltmarktführer haben.

AUSGEZEICHNETE LEBENSQUALITÄT

53 Kommunen wurden für ihre Ideen und Konzepte zur alters- und generationengerechten Quartiersentwicklung geehrt. Für die Strategie „Quartier 2020“ stehen 12 Millionen Euro zur Verfügung.


53 x



GESUND ESSEN BIO BOOMT!

Baden-Württemberg ist Spitze: Fast 12% der landwirtschaftlichen Fläche werden ökologisch bewirtschaftet.

Biomusterregionen bringen ökologischen Landbau und Biolebensmittel voran. Ein Kompetenzzentrum an der Uni Hohenheim koordiniert die Ökolandbau-Forschung.



20% Bio-Essen
in Mensen und
Kantinen des Landes
ist unser Ziel.

FSC-zertifiziert

2011: 0%

heute: **100%**

Unser Staatswald ist FSC-zertifiziert und damit nachhaltig und umweltgerecht.



0%
Gen-Technik



**NEUE
SPIELRÄUME
FÜR KULTUR**



**488
Projekte**

Vorhang auf für neue Kulturformen, ungewöhnliche Projekte und Veranstaltungsorte. Mit dem **Innovationsfonds Kunst** wurden seit 2012 mit mehr als 11,5 Millionen Euro 488 Projekte unterstützt.

Mehr Anerkennung: Seit 2011 hat sich der Landeszuschuss für Soziokultur fast verdoppelt auf rund 3,8 Millionen Euro jährlich. **Davon profitieren alle!**



90 Mio. €

**FÜR MEHR VIELFALT
IN DER NATUR**



Noch nie hat eine Landesregierung mehr in den **Naturschutz** investiert: von 30 Millionen in 2011 auf 90 Millionen Euro bis 2021. **Neue Stellen** für Umwelt und Naturschutz verbessern Beratung, Kontrolle und schnellere Planung.



Mit dem **Sonderprogramm Biodiversität** investieren wir weitere 36 Millionen Euro in den Erhalt unserer wunderschönen Kulturlandschaften und für neue Lebensräume bedrohter Tierarten.



5-24 h

BESSER UNTERWEGS AUF DEM LAND

Mit unserer ÖPNV-Offensive wollen wir dafür sorgen, dass mit Bus und Bahn jede Gemeinde **im Stundentakt** erreicht werden kann.

Das Land fördert ehrenamtlich getragene **Bürgerbus**-Projekte, die Lücken im Nahverkehr füllen.



We ♥ Nationalpark!

Mit dem **Nationalpark Schwarzwald** geben wir der Natur ein Stück Freiheit und Wildnis zurück.



**„Für gesunde Ernährung
braucht's gute Zutaten.“**

Martin Grath

Regional genießen, fair produzieren: Wie wir alle gewinnen

Das Brot schmeckt nur so gut, wie die Zutaten darin sind. Und die sind im besten Fall regional, saisonal und Bio. Davon profitieren alle: Umwelt, Natur, Tier, Handwerk und bäuerliche Landwirtschaft, sagen Martin Grath, Martin Hahn und Reinhold Pix.

Wer **Martin Grath** verstehen will – wer begreifen will, was den Handwerksmeister Jahrgang 1960 antreibt, der erst mit Mitte 50 in die Politik gewechselt ist –, der macht sich am besten an einem Samstagvormittag auf nach Heidenheim auf der Ostalb. Dort, auf dem Wochenmarkt, steht der Landtagsabgeordnete nach wie vor regelmäßig hinter seinem Marktstand. Verkauft Brezeln, Brot und Hefezopf aus seiner Biobäckerei. Vor allem aber hört er den Leuten zu – und erklärt unermüdlich. Etwa, warum ein Laugengebäck bei feuchtem Wetter länger im Ofen bleiben muss. Warum Vollkorn besonders satt macht. Wieso man von guten und schlechten Kohlenhydraten spricht. Und überhaupt: Weshalb gesunde Ernährung so zentral wichtig ist und alle Menschen im Land in den Genuss von hochwert-

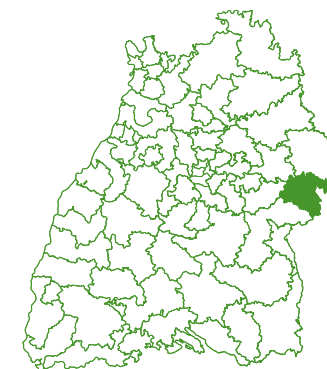
igen Bio- und regionalen Produkten kommen sollten. Dies bezahlbar natürlich – auch dann, wenn Arbeitnehmerinnen, Schüler oder Studierende außer Haus in Kantine oder Mensa essen müssen. „Weil gesundes Essen nicht nur besser schmeckt, sondern auch gut für Tier, Natur, Umwelt und Handwerk ist“, sagt Martin Grath, der Sprecher für Verbraucherschutz und Handwerk der Landtagsfraktion ist.

Wir verbessern die Qualität in unseren Kantinen

Deshalb macht Martin Grath Politik. Und treibt mit der Grünen Landtagsfraktion gesunde Ernährung voran. Allein in den Jahren 2018 und 2019 fließt eine halbe Million Euro in die Verbesserung der Kantinen-Qualität. Immer mehr landeseigene Kantinen, aber auch Schulkantinen oder Reha-Kliniken beteiligen sich – mit dem Ziel, in den kommenden Jahren immer mehr frische, saisonale und regionale Produkte zu servieren, darunter 15 Prozent Bio-Lebensmittel. „Denn auf den Rohstoff

im Essen kommt es an“, betont Bäckermeister Grath. Womit wir bei den Grünen Abgeordneten **Martin Hahn** am Bodensee und **Reinhold Pix** im Schwarzwald wären – der eine viele Jahre Bio-Landwirt, der andere viele Jahre Bio-Weinbauer.

Martin Hahn und Reinhold Pix erzeugten wie viele andere Landwirte in Baden-Württemberg Lebensmittel – und beide wissen um deren Wert und um die Arbeit,



Martin Grath MdL
Heidenheim

Sprecher für Verbraucherschutz
und Handwerkspolitik

◀ Wenn Bio-Bäcker Martin Grath das Mehl zwischen den Händen reibt und die Wärme des Ofens spürt, lebt er das, wofür er sich als Grünen-Politiker einsetzt: für eine gesunde Natur und gesunde Lebensmittel.

die dahintersteckt. Sie wissen auch, dass Bio und Regionales boomt und die Nachfrage von den baden-württembergischen Bäuerinnen und Bauern aktuell nicht gedeckt werden kann. Was für ein Zukunftsmarkt, was für eine Chance für die heimische Landwirtschaft!

„Wir Grüne stehen hinter unseren oft sehr kleinen und mittleren Höfen“, betont Martin Hahn. Hahn ist agrarpolitischer Sprecher der Fraktion, Pix Sprecher für Wald, Wild, Weinbau und Tourismus. Trotz sinkender EU-Mittel habe das Land in Brüssel mehr Gelder für die Bäuerinnen und Bauern in Baden-Württemberg erstritten. Die Förderprogramme für die Landwirtschaft und ländlichen Räume wurden modernisiert, auf die Herausforderungen der Zukunft angepasst sowie gerechter und flexibler gestaltet.

Die Menschen sollen nachvollziehen können, was in ihrem Essen drin ist

„Und wir helfen unserer Landwirtschaft dabei, das Potenzial im Ökolandbau auszuschöpfen“, erklärt Pix. Durch eine Umstiegs-Prämie etwa oder eine deutlich erhöhte Bio-Prämie. An der Uni Hohenheim koordiniert jetzt ein Kompetenzzentrum die Ökolandbau-Forschung. Und in vier Bio-Musterregionen in Baden-Württemberg wird seit Januar 2018 der Ökolandbau mit Wissen, Engagement und mit kräftiger finanzieller Hilfe des Landes voran- und in die Fläche gebracht. Weitere

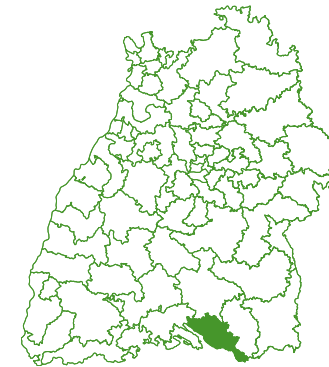
Regionen werden folgen. „Wir Grüne sind sicher, dass uns die Modellregionen noch mit zahlreichen pfiffigen Ideen überraschen werden – zum Wohle der Verbraucherinnen und Verbraucher und der Region selbst.“

Wie kein anderes Bundesland schöpft Baden-Württemberg alle rechtlichen Möglichkeiten voll aus, um Äcker und Teller frei von Gentechnik zu halten. „Und in den kommenden Jahren werden wir alles dafür tun, immer mehr Gifte aus der Landwirtschaft zu verbannen – mit einer Pestizidreduktionsstrategie, die unseren Bäuerinnen und Bauern beim Ausstieg hilft und bundesweit wegweisend sein wird“, erklärt Martin Hahn.

Wenn Reinhold Pix durch die Reihen seiner Weinreben geht, die mittlerweile schon von der nächsten Generation gehegt und gepflegt werden, dann weiß er, auf welchen Böden die Trauben wachsen und gedeihen und welche Stoffe sie aufgenommen haben. „Wir wollen, dass alle Verbraucherinnen und Verbraucher nachvollziehen können, woher das Essen kommt, was drin ist und wie es produziert wurde“, betont Pix.

Die Grüne Fraktion setzt sich deshalb auch für ein verpflichtendes Fleischkennzeichen analog zur Kennzeichnung von Eiern ein. Die Menschen sollen wissen, wie Schwein, Kuh oder Huhn gehalten wurden. Die Abgeordneten Pix und Hahn sind sich sicher: Nur wenn die Betriebe finanzielle Unterstützung und Planungssicherheit bekommen, kann der Umstieg in

Dafür, dass Gifte von den Äckern und Tellern verschwinden und die Landwirtschaft ökologischer und tiergerechter wird, arbeitet Bio-Landwirt Martin Hahn – früher auf seinem Helchenhof bei Überlingen, heute im Landtag in Stuttgart. ▶



Martin Hahn MdL
Bodensee

Vorsitzender Ausschuss für Ländlichen Raum
und Verbraucherschutz
Sprecher für Agrarpolitik





**„Bio ist eine Chance
für unsere
Landwirtschaft.“**

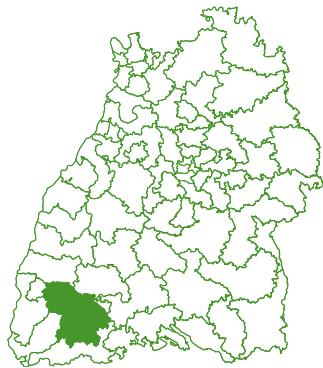
Martin Hahn



**„Auf unsere Kulturlandschaften
sind wir stolz.“**

Reinhold Pix

◀ Wer mit dem Öko-Winzer Reinhold Pix durch die Reben streift, kommt ums Kosten nicht herum. Guter Boden, gesunde Rebe, gehaltvolle Traube – man schmeckt den Unterschied.



**Reinhold Pix MdL
Freiburg I**

Sprecher für Tourismus, Wald,
Wild und Weinbau



eine bessere Tierhaltung gelingen. „In Baden-Württemberg erhoffen wir uns durch eine Kennzeichnung auch einen Schub für bereits bestehende konventionelle Betriebe, die in artgerechte Tierhaltung investiert haben“, betont Hahn. Pix ergänzt: „Genauso rechnen wir mit einem besseren Markt für künftiges regionales, tiergerecht erzeugtes Fleisch aus dem Ländle.“

Unsere Bäuerinnen und Bauern sind mehr als nur Lebensmittel-Produzenten

So schließt sich der Kreis. Ökologisch und regional erzeugte Lebensmittel schmecken nicht nur besser und sind gesund. Sie sind gut für die Tiere, gut für die Umwelt und gut für unser Klima. Die Menschen achten immer mehr auf Herkunft und Qualität beim Einkaufen. Das wiederum ist die Überlebenschance für das regionale Lebensmittelhandwerk wie Bäckereien oder Metzgereien oder bäuerliche Betriebe im Wettbewerb gegen die internationalen „Großen“ – die Discounter und die Agrarindustrie. „Am Ende profitieren wir alle“ – da sind sich Bäckermeister Grath und die früheren Bio-Bauern Pix und Hahn einig.

Wobei das Grüne Trio Landwirtinnen und Landwirte ausdrücklich nicht nur als „Lebensmittel-Produzenten“ sehen will. Sie sind – zusammen mit Schaf- und Ziegenhaltern – unersetzliche Landschaftspflegerinnen und Landschaftspfleger. „Dafür müssen sie bezahlt werden. Wir brauchen diese wertvolle Arbeit für den Erhalt unserer wunderschönen und vielfältigen Landschaften.

Daran arbeiten wir erfolgreich seit einigen Jahren“, sagt Pix. Wer artenreiches Grünland bewirtschaftet, wird gefördert – das Budget für die Förderperiode 2014 bis 2020 wurde gegenüber der vorangegangenen Förderperiode deutlich aufgestockt. Martin Hahn: „Steuermittel sollen vor allem dort eingesetzt werden, wo die Gesellschaft besonders profitiert. Das ist beispielsweise der Fall, wenn Flächen bewirtschaftet werden, die zwar wenig Ertrag bringen, sich aber dafür durch eine hohe Artenvielfalt auszeichnen.“

Bereits in der letzten Legislaturperiode hat die grüngeführte Landesregierung die Landschaftserhaltungsverbände (LEV) flächendeckend eingerichtet. Nun werden diese mit ausreichend Mitteln ausgestattet. Für den Naturschutz stehen allein im Jahr 2018 rund 75,5 Millionen Euro zur Verfügung. 2019 werden es gut 82 Millionen Euro sein. Reinhold Pix: „Damit können wir dauerhaft wichtige Landschaftspflemaßnahmen finanzieren. Ein Beispiel sind etwa Schafe oder Ziegen, die an steilen Hanglagen weiden und diese davor bewahren, zuzuwachsen. Dieses Geld kommt direkt der Landschaftspflege und dem Naturschutz zugute. In erster Linie profitieren hiervon die Landwirte in der Fläche.“

Und wenn in Brüssel im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) die Agrarsubventionen neu verhandelt werden, wird Baden-Württemberg alles dafür tun, dass die Arbeit für Wald, Wiese und viele andere Naturkleinode fair und ausreichend honoriert wird.

Wie Wohnen ohne Hindernisse gelingen kann

Während die Bevölkerung älter wird, Menschen jeden Alters in die Städte abwandern und bezahlbarer Wohnraum knapp ist, bewegt viele die Frage: Wie werden wir künftig leben und wohnen? Fünf Thesen von Bärbl Mielich und Susanne Bay zum Wohnen der Zukunft.

1. Die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum bleibt hoch

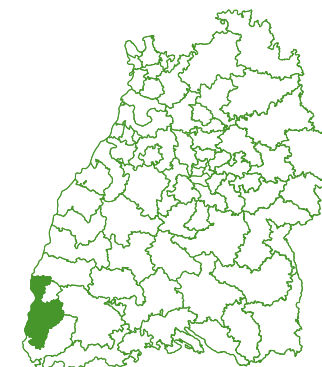
„Wir wollen, dass jede und jeder in Baden-Württemberg gut und bezahlbar wohnen kann und unterstützen daher diejenigen, die es schwer haben, solchen Wohnraum zu finden“, sagt **Susanne Bay**, Sprecherin der Fraktion für Bauen und Wohnen. Das hilft Alleinerziehenden, Familien und Geringverdienenden und stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Das Bereitstellen geförderten Wohnraums hat in der grün-geführten Landesregierung höchste Priorität. „Seit wir Grüne regieren, wurden tausende geförderte Mietwohnungen

für diejenigen geschaffen, die bei steigenden Mietkosten finanziell nicht mehr mithalten können. Jährlich setzen wir 250 Millionen Euro Fördermittel für den Wohnungsbau ein – eine Rekordsumme!“, sagt Susanne Bay.

2. Die Nachfrage nach barrierefreien Wohnungen steigt

„Inklusion ist für uns Auftrag und Herzensangelegenheit zugleich. Sie betrifft insbesondere den Wohnbereich von Menschen mit Einschränkung“, sagt **Bärbl Mielich**, Staatssekretärin im Sozialministerium. Barrierefrei zu wohnen heißt, möglichst ohne fremde Hilfe zurechtzukommen und sich frei bewegen zu können – das gilt für das eigene Haus wie für den öffentlichen Raum. Dazu zählen breitere Türen, Aufzüge oder höhenverstellbare Sanitäranlagen. „Schon jetzt übersteigt die Nachfrage nach barrierefreien Wohnungen das Angebot um 220.000 – Tendenz steigend. Seit 2015 gibt es deshalb in der Landesbauordnung Regelungen für mehr Barrierefreiheit“, sagt Bay.

In Generationenhäusern treffen und begegnen sich Bewohnerinnen und Bewohner, Nachbarinnen und Nachbarn und Besucherinnen und Besucher. Im Gespräch mit ihnen erfahren Susanne Bay (links) und Bärbl Mielich (rechts), wie die Kultur des Miteinanders in den Einrichtungen gelebt wird. ▶



Bärbl Mielich MdL
Breisgau

Staatssekretärin im
Sozialministerium



**„Inklusion ist
für uns Auftrag und
Herzensangelegenheit
zugleich.“**

Bärbl Mielich



3. Barrierefreiheit muss von Anfang an einkalkuliert werden

Treppen, Bahnsteigkanten oder schmale Türen können junge und körperlich fitte Menschen ohne Probleme überwinden. „Für ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen ist aber jedes Hindernis eines zu viel“, so Mielich. In Zukunft ergibt sich ein erhöhter Förderbedarf für neue Wohnformen: Allein die Zahl der über 80-Jährigen wird bis 2030 um 50 Prozent steigen. Bay: „Barrierefreiheit wird erst dann richtig teuer, wenn nachgerüstet werden muss, insbesondere vor dem Hintergrund steigender Baukosten.“ Umso mehr sollte Barrierefreiheit bei Bauvorhaben von vornherein mitgedacht werden. Ein ausreichendes Angebot an barrierefreien Wohnungen ist nicht nur wünschenswert, sondern gesellschaftlich notwendig.

4. Immer mehr Menschen wollen im hohen Alter zu Hause bleiben

Viele Bürgerinnen und Bürger wollen ihre letzten Jahre in den eigenen vier Wänden verbringen. „Ein wichtiges Ziel ist daher, die Infrastruktur zu verbessern und lebendige Viertel und Ortskerne zu gestalten“, sagt Bärbl Mielich. Kurze Wege zu Ärztinnen und Ärzten und medizinisch-sozialen Versorgungsdiensten sind ebenso wichtig wie das Ansiedeln von Lebensmittelgeschäften – kurzum, eine funktionierende Daseinsvorsorge. Unverzichtbar wird in Zukunft die Unterstützung von

Ehrenamtlichen in der Nachbarschaftshilfe und in Pflegediensten. Susanne Bay: „Außerdem benötigen wir flächendeckend ein attraktives Angebot im öffentlichen Nahverkehr, auch auf dem Land. Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass neue Gewerbe- und Wohngebiete möglichst dort entstehen, wo es bereits Anbindung an Bus und Bahn sowie Radwege und auch Straßen gibt.“

5. Das Leben im Quartier bestimmt das Wohnen der Zukunft

Ortskerne sind nicht einfach nur da: „Sie sollen auch mit Leben gefüllt werden“, sagt Mielich. Entscheidend für die Lebensqualität sind gute Wohnungen, die ökologisch und innovativ gebaut sind und den Lebensbedürfnissen der Menschen entsprechen. „Wir wollen Quartiere bunt und lebendig gestalten, in denen Senioren, Familien und Singles gleichermaßen ihren Lebensmittelpunkt finden können. In unserer Vision stehen Rollstuhl und Rollator neben Kinderwagen und E-Bike. Die Studierenden-WG liegt über der Etage für betreutes Wohnen, das Architekturbüro nur eine Klingel entfernt vom Mütter- und Nachbarschaftszentrum“, so die Staatssekretärin weiter.

Neben der Städtebauförderung ist die Landesstrategie „Quartier 2020“ ein wichtiges Instrument. Sie stärkt Angebote und Strukturen der wohnortnahen Pflege in enger Zusammenarbeit mit den Kommunen. Mit einem Sonderförderprogramm unterstützt das Grüne Sozialministerium die Städte und Gemeinden, ihre Ideen für

ein generationsübergreifendes Wohnen von Morgen umzusetzen. „Ohne Bürgerinnen und Bürger und lokale Partner einzubeziehen, läuft dabei nichts. Wünschenswert ist überall eine Quartiersmanagerin oder ein Quartiersmanager, um die Entwicklung vor Ort zu begleiten“, sagt Mielich. Außerdem sollte es für die ältere Bevölkerung eine Anlaufstelle geben, wo sie die angebotenen Sozialleistungen oder die möglichen Pflegedienstleistungen erfragen können.

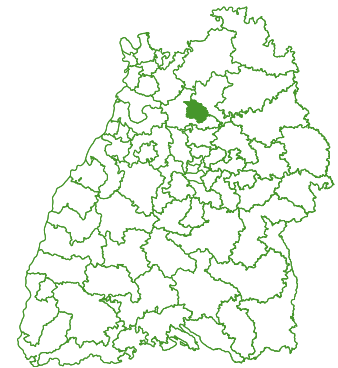
Was die Stadtentwicklung betrifft, ist es uns ein großes Anliegen, für sozial gemischte und vielfältige Stadtteile oder ein modernes Verkehrskonzept mit ausgebauter Fahrradinfrastruktur zu sorgen. Bay: „Nicht die Menschen müssen sich an die Stadtplanung anpassen, sondern die Stadtplanung muss dem Bedürfnis der Menschen entsprechen.“

Bärbl Mielich (links) und Susanne Bay (rechts) sind beeindruckt - vielfältige Angebote ermöglichen, dass im Generationenhaus unterschiedliche Menschen voneinander lernen können: Kinder, Eltern, junge und ältere Menschen, Menschen mit und ohne Behinderung sowie Männer und Frauen unterschiedlicher Herkunft. ►



**„Alle sollen
gut und bezahlbar
wohnen können.“**

Susanne Bay



Susanne Bay MdL
Heilbronn

Sprecherin für Bauen
und Wohnen



A woman with short brown hair, wearing a patterned short-sleeved shirt and blue pants, is leaning against a tree trunk with her arms crossed. She is smiling. In the background, there is a yellow wooden house with a door and a window. A wooden fence is in front of the house, and a wooden rack filled with logs is next to the door. The scene is outdoors with green foliage.

**„Ich möchte nirgendwo
anders leben.“**

Martina Braun

Wir lieben Landleben

Die Bürgerinnen und Bürger des Landes sollen die bestmögliche gesundheitliche Versorgung haben. Selbstverständlich auch in den ländlichen Regionen, verspricht Sozial- und Integrationsminister Manne Lucha. Gut so, sagt unsere Expertin für Ländlichen Raum Martina Braun: Leben in Stadt und Land soll gleichermaßen attraktiv bleiben.

- ◀ Gute Schulen, schnelles Internet, mehr Bus und Bahn: Grüne Politik hat im Ländlichen Raum viel erreicht. Die überzeugte Schwarzwaldbewohnerin Martina Braun – hier vor einem Bienenhaus – setzt sich mit Engagement und viel Herz dafür ein, dass das Leben auf dem Land attraktiv bleibt.

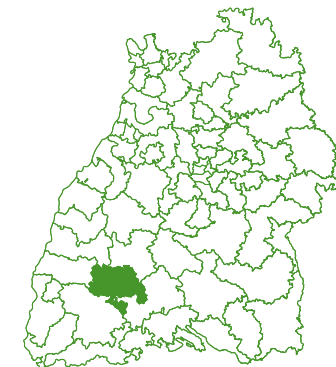
Ländlicher Raum. Für die einen klingt das nach Paradies im Grünen, für die anderen nach Dörfern abseits von pulsierendem Leben, Supermarkt und der nächsten Arztpraxis. Was stimmt?

Martina Braun: Ich möchte nirgendwo anders leben als auf dem Land. Als Abgeordnete bin ich oft und gerne in Stuttgart – aber mir geht das Herz auf, wenn ich wieder nach Hause auf unseren Bauernhof bei Furtwangen komme. Oder wenn ich in meinem Wahlkreis Villingen-Schwenningen unterwegs bin. Dann denke ich jedes Mal: Was für eine einzigartige Landschaft, was für hübsche Städtchen und Dörfer mit engagierten Menschen! Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land haben Baden-Württemberg stark gemacht. Ich sehe es als eine unserer wichtigsten Aufgaben für die Zukunft an, dies zu erhalten und weiterzuentwickeln.

Manne Lucha: Es gibt für mich nichts Schöneres als meine ländlich geprägte Heimat Oberschwaben. Aber das wird Martina Braun auch über den Schwarzwald sagen. Oder die Abgeordneten-Kollegin Petra Krebs über das Allgäu. Oder Kollege Martin Grath über die Ostalb. Wir Grüne sind fest verwurzelt im Ländlichen Raum. Wir wissen, wie lebenswert es dort ist, wir wissen aber auch um die großen Herausforderungen. Unsere Bevölkerung wird älter, und der Glanz der Großstädte lockt die jungen Menschen in die Ballungsgebiete. Die Wirtschaft im Ländlichen Raum sucht händeringend nach Fachkräften. Und auch junge Ärztinnen und Ärzte lassen sich kaum mehr auf dem Land nieder.

Was tut das Land, damit der Ländliche Raum lebenswerte Heimat und wirtschaftsstarker Arbeitsort bleibt?

Martina Braun: Das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (ELR) – um nur unser wichtigstes Förderinstrument zu nennen – haben wir gezielt auf Herausforderungen wie den Erhalt lebendiger Ortskerne zugeschnitten. Allein in meiner Region sind zum Beispiel drei oder vier Mehrzweckhallen mit ELR-Hilfe gebaut worden. Typische Projekte sind auch der Erhalt oder das Einrichten von Lebensmittelläden oder Dorfgasthäusern. Wir alle wissen, wie wichtig so etwas fürs Dorfleben ist.



Martina Braun MdL
Villingen-Schwenningen

Sprecherin für Ländlichen Raum



Genauso wichtig ist es für den Ländlichen Raum, dass unsere Schulen weiterhin leistungsfähig und attraktiv sind. Das heißt, dass alle Schulabschlüsse in erreichbarer Nähe abgelegt werden können. Dabei spielt die Gemeinschaftsschule als moderne weiterführende Schule eine große Rolle.

Wir haben außerdem das touristische Potenzial weiterentwickelt. So ziehen der Nationalpark im Nordschwarzwald und das neue Biosphärengebiet Südschwarzwald viele Touristinnen und Touristen in unsere Region. Wir reden hier übrigens nicht nur über einen wichtigen Beitrag zum Erhalt unserer Naturparadiese – sondern auch über viele Tausend nicht exportierbare Arbeitsplätze bei uns auf dem Land!

Wir Grüne wissen, dass das schnelle Internet in der Fläche ein entscheidender Standortfaktor ist. Unter den Flächenländern nimmt Baden-Württemberg beim Ausbau den Spitzenplatz ein. Den wollen wir behalten – deshalb stecken wir auch in Zukunft kontinuierlich viel Geld in den Breitbandausbau. Denn schließlich wollen wir, dass sich Firmen und junge Familien bei uns im Ländlichen Raum niederlassen.

Mit der ÖPNV-Offensive werden wir guten Öffentlichen Personennahverkehr im ganzen Land ermöglichen. Jede Gemeinde, so ist unser Plan, soll bis im Jahr 2025 im stündlichen Mindesttakt von 5 bis 24 Uhr mit Bus oder Bahn erreicht werden. Und wer ein Elektro-Auto fährt, wird bis 2020 auch auf dem Land alle zehn Kilometer eine Strom-Tankstelle finden.

Kann die hohe Qualität unserer gesundheitlichen Versorgung auch auf dem Land gewährleistet werden?

Manne Lucha: Ich will und werde sicherstellen, dass alle Menschen in Baden-Württemberg auch in Zukunft am richtigen Ort das richtige Angebot für eine optimale Behandlung erhalten – also eine bestmögliche medizinische Versorgung. Unser Landärzteprogramm, mit dem wir junge Ärztinnen und Ärzte für den Ländlichen Raum gewinnen wollen, hat sich bewährt, das werden wir fortsetzen. Damit fördert das Land unter anderem die Niederlassung von Hausärztinnen und Hausärzten mit bis zu 30.000 Euro. Wir stellen zudem rund vier Millionen Euro für digitale Projekte im Gesundheits- und Pflegebereich zur Verfügung, etwa für Telemedizin. Sie bietet in meinen Augen große Chancen im Ländlichen Raum – etwa dann, wenn ein Arzt via Internet eine Spezialistin oder einen Spezialisten aus der Ferne hinzuziehen kann.

Wir investieren so viel in unsere Krankenhäuser wie noch nie. Die medizinischen Behandlungsmöglichkeiten werden immer ausgefeilter, sie erfordern immer mehr spezialisierten Sachverstand. Wir entwickeln vor diesem Hintergrund die Versorgungsstrukturen bedarfsgerecht und wirtschaftlich weiter. Es wird größere und hochspezialisierte Kliniken an weniger Standorten geben. Auf der anderen Seite werden die Menschen mit leistungsfähigeren Häusern besser versorgt sein. Gleichzeitig bauen wir das ambulante Angebot für die wohnortnahe Versorgung aus – etwa durch Medizinische Versorgungszentren (MVZ).

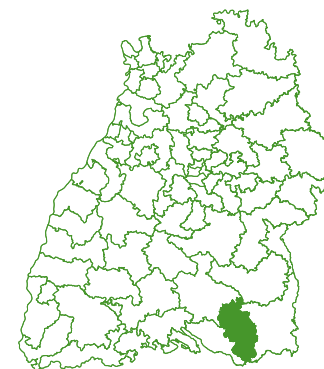
Ich will die Voraussetzungen für eine vielfältige Pflege-landschaft schaffen. Unsere Seniorinnen und Senioren wünschen sich überwiegend, den Lebensabend nicht im Heim, sondern möglichst zu Hause verbringen zu können. In der Pflege setzen wir deshalb auf den Ausbau passgenauer Angebote für unterschiedliche Bedarfe im ambulanten, teilstationären und stationären Bereich. Zum Beispiel, indem wir Fördermittel für die Kurzzeitpflege zur Verfügung stellen, um pflegende Angehörige zu entlasten. Und wir treiben mit der Strategie „Quartier 2020“ lebendige und barrierefreie Viertel und Dörfer voran, in denen Menschen alt werden können, weil sie ein professionelles unterstützendes Umfeld und helfende Hände vorfinden.

Die Zukunft sehe ich in einem „sektorenübergreifenden Versorgungskonzept“, das wir in drei Modelkommunen im Ländlichen Raum erfolgreich erprobt haben. Es wird alle medizinischen Angebote eng verzahnen – ambulante und stationäre Versorgung, Gesundheitsförderung, Prävention, Rehabilitation, Pflege sowie Palliativmedizin. Vor allem in schwachen Regionen könnten lokale Gesundheitszentren im Mittelpunkt stehen. Hausärzte, Physiotherapeutinnen, Ergotherapeuten oder Pflegekräfte arbeiten dort Hand in Hand und werden eng an die Krankenhäuser angebunden sein.

Ein gutes Netz an Einrichtungen für Gesundheit und Pflege – Manne Lucha sorgt dafür. Hier ist er zu Besuch in der Stiftung St. Franziskus Heiligenbronn in Schramberg, einer beispielhaften Einrichtung für Menschen mit Behinderungen und Beeinträchtigungen im Ländlichen Raum. ►

„Ich will eine optimale
medizinische Versorgung
für jede und jeden.“

Manne Lucha



Manne Lucha MdL

Ravensburg

Minister für Soziales
und Integration



Mit Vielfalt die Natur erhalten

Wer den dramatischen Rückgang der Artenvielfalt stoppen will, muss unsere einzigartigen und vielfältigen Landschaften erhalten. Warum das „Sonderprogramm Biodiversität“ und Großschutzgebiete die richtige Antwort darauf sind und welche Rolle gesunde Böden dabei spielen, erklären Dr. Markus Rösler und Dr. Bernd Murschel.

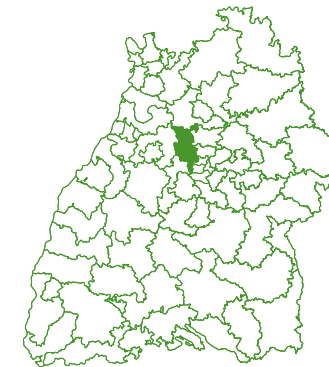
Es war der 12. Oktober 1991. Bei einem Vortrag zum damals heiß diskutierten „Nationalpark Schwarzwald“ hatten zwei Menschen dieselbe Idee: „Wir brauchen neben einem Nationalpark für wilde Natur auch ein Biosphärenreservat für Natur, Kultur und Wirtschaft in Baden-Württemberg.“ Es waren: Professor Michael Succow, namhafter Biologe und Agrarwissenschaftler, sowie **Markus Rösler**, Student – und heute Landtagsabgeordneter für die Grünen in Baden-Württemberg.

Kurz nach dieser Veranstaltung promoviert Markus Rösler zum Thema und erarbeitet Grundlagen für ein „Biosphärengebiet Schwäbische Alb“. Beschreibt, wie viele Arbeitsplätze in Schreinereien, in der Landwirt-

schaft, der Schäferei, im Tourismus oder im Garten- und Landschaftsbau erhalten und sogar neu geschaffen werden können, wenn so ein riesiges Freiluftlabor entsteht, in dem Menschen regionale Kreisläufe anstoßen. 2009, also 18 Jahre nach der Idee, verleiht die Unesco dem Gebiet den Titel als „Unesco-Biosphere Reserve“. Und die Erfolgsgeschichte geht weiter: 2014 wird im Schwarzwald – endlich – der erste Nationalpark Baden-Württembergs gegründet. Zwei Jahre später kommt mit dem Biosphärengebiet im südlichen Schwarzwald ein weiteres Großschutzgebiet neben den bestehenden sieben Naturparks hinzu.

Für Rösler und seinen Abgeordneten-Kollegen **Bernd Murschel** sind das „Meilensteine für den Naturschutz“. Und zwar dringend notwendige. Denn der Verlust der Artenvielfalt nimmt dramatische Geschwindigkeit auf. Binnen 30 Jahren hat sich die Anzahl der Vögel halbiert, bei Insekten gehen Studien von 75 Prozent weniger Biomasse aus. Rösler: „Mit Nationalpark und Biosphärengebieten trägt unser wirtschaftlich starkes Flächenland endlich einen Teil zum Erhalt der weltweiten Biodiversität bei. Wir sind es unseren nachfolgenden

Gemeinsam unterwegs, das Ziel im Blick: Dr. Markus Rösler (rechts) und Dr. Bernd Murschel (links) wissen um die immense Bedeutung unserer Böden und Kulturlandschaften für Klima, Umwelt und Artenvielfalt im Land. Ihr Ziel ist es, Bodenverlust und -zerstörung und den rasanten Schwund vieler Tier- und Pflanzenarten zu stoppen. ▶



Dr. Markus Rösler MdL
Vaihingen/Enz

Sprecher für Naturschutz

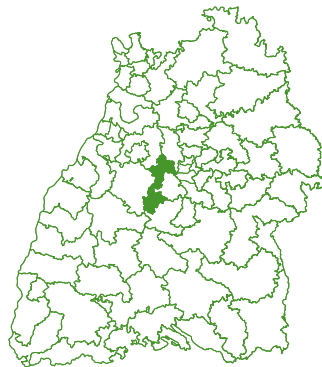




**„Böden sind die
Haut der Erde.“**

Dr. Bernd Murschel

◀ Schadstofffilter, Kohlenstoffspeicher, Lebensraum für Milliarden Lebewesen: Unsere Böden leisten enorm viel für Tier- und Pflanzenwelt. Bodenphysiker Dr. Bernd Murschel – hier am Bodenlehrpfad in Aidlingen – setzt sich für den Schutz unserer Böden ein, deren Verlust unwiederbringlich ist.



Dr. Bernd Murschel MdL
Leonberg

Sprecher für Umweltpolitik

Generationen schuldig, ihnen unberührte Naturräume und vielfältige Kulturlandschaften zu hinterlassen.“ Die beiden Politiker wissen um den Ernst der Lage. „Wir sprechen von einer zentralen Menschheitsfrage. Geht es Tieren und Pflanzen schlecht, geht es den Menschen schlecht“, betont Bernd Murschel.

Die grün-geführte Landesregierung hat den Naturschutz deshalb ins Zentrum ihrer Politik gestellt. „Wir investieren in unser grünes Naturerbe“, sagt Murschel. Von 2011 bis 2016 hat die grün-geführte Landesregierung die Naturschutzmittel von 30 auf 60 Millionen Euro pro Jahr erhöht. „Bis 2021 werden wir diese Summe auf 90 Millionen Euro pro Jahr aufstocken. Das Geld fließt unter anderem in den Erhalt unserer artenreichen Kulturlandschaften“, erklärt Rösler.

Mit dem „Sonderprogramm Biodiversität“ legt das Land noch eine ordentliche Schippe drauf. Dabei handelt es sich um einen ganzen Katalog an Maßnahmen, die dem rasanten Verlust an Pflanzen und Tierarten entgegenwirken sollen. 2018 und 2019 stehen 36 Millionen Euro zur Verfügung – für Erhalt und Entwicklung von Natura-2000-Gebieten, Extensivierung von Kulturlandschaften, Moorschutz, Biotopverbund und Wiedervernetzung von Lebensräumen. Den 33 Landschaftserhaltungsverbänden im Land kommt hierbei eine wichtige Rolle zu.

Achtsamkeit versprechen Murschel und Rösler, die umwelt- beziehungsweise naturschutzpolitische Sprecher der Fraktion sind, auch im Umgang mit dem Wald. Baden-Württemberg ist eines der Bundesländer mit dem höchsten Waldanteil – das soll so bleiben. Durch

die 2014 eingeführte FSC-Zertifizierung unseres Staatswaldes wird eine nachhaltige Waldbewirtschaftung garantiert. Rösler: „Denn der Wald ist mehr als nur Holzlieferant: Als Kohlendioxidspeicher ist er Klimaschützer Nummer Eins, für die Biologische Vielfalt spielt er eine entscheidende Rolle und für uns Menschen ist er Erholungs- und Rückzugsort, auch für das Erleben von Stille.“

Der promovierte Bodenphysiker Bernd Murschel ist es, der den Blick auf eine weitere und völlig unterschätzte Ressource lenkt – den Boden. „Böden sind die Haut der Erde. Die Biodiversität und Artenvielfalt ist unter unseren Füßen um ein Vielfaches höher als über dem Erdboden.“ Böden sind Filter für Schadstoffe und einer der größten natürlichen Kohlenstoffspeicher; sie steuern den Wasserkreislauf und regeln über Verdunstung und Temperatur das Klima. „Und nur gesunde Böden liefern hochwertige Nahrungsmittel“, betont Bernd Murschel.

Doch weltweit sind Böden durch Versiegelung, Erosion und Verdichtung bedroht, mahnt Murschel. „Wir haben uns deshalb den vorsorgenden Schutz der Böden zur Aufgabe gemacht.“ Dazu zählt insbesondere die Einschränkung des Flächenverbrauchs und der Flächenversiegelung. Mit der Novelle der Ökokontoverordnung, die Flächenversiegelung mit Naturschutzmaßnahmen ausgleicht, soll der Bodenschutz weiter gestärkt werden. Murschel: „Wir können es uns nicht leisten, unsere Böden zu zerstören. Jahrtausende werden benötigt, bis sich durch Verwitterung der Gesteine eine ein bis mehrere Meter mächtige Schicht Boden gebildet hat. Boden lässt sich in menschlichen Zeitbegriffen nicht vermehren oder wiederherstellen.“

„Nationalpark und Biosphärengebiete sind Meilensteine im Naturschutz.“

Dr. Markus Rösler

Als Streiter für die Natur ist ►
Dr. Markus Rösler viel in Schutzgebieten unterwegs, wie hier im Heckengäu.





**„Ästhetische Erlebnisse
inspirieren und bereichern
unser Leben.“**

Jürgen Walter

Kultur baut Brücken

Wer Kultur schafft, wagt Neues und ermöglicht so Teilhabe. In den Museen, Theatern und Konzerthäusern des Landes, aber auch in Vereinen, Clubs und soziokulturellen Zentren treffen unterschiedliche kulturelle Erfahrungen, Nationalitäten, Lebenswelten und Generationen aufeinander. Kultur bereichert unser Zusammenleben und bringt Menschen zueinander – und zwar in ganz unterschiedlichen Facetten, wie Manfred Kern, Jürgen Walter und Barbara Saebel berichten können.

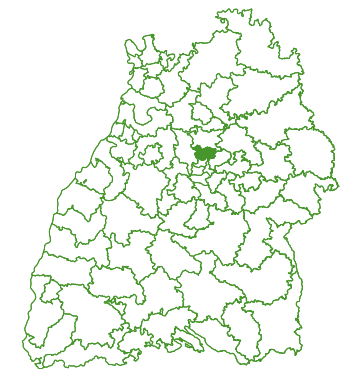
Es ist ein Ort mit Geschichte, an dem sich unsere drei Abgeordneten zum kulturpolitischen Austausch treffen: Nur ein Steinwurf vom Landtag entfernt liegt die Oper Stuttgart. Mit dem „Neuen Lusthaus“ als Bühne des Württembergischen Hofes reicht die Entstehung der Oper bis in das 17. Jahrhundert zurück.

◀ Kunst und Kultur verbinden Menschen. Manfred Kern (links), Barbara Saebel (Mitte) und Jürgen Walter (rechts) – hier vor der Oper Stuttgart – sind überzeugt: Kulturförderung ist eine Investition in unsere Gesellschaft und in unsere Zukunft.

Nach einem Brand wurden die neuen Königlichen Hoftheater zu Beginn des 20. Jahrhunderts von dem Münchner Architekten Max Littmann als Doppeltheater mit Opern- und Schauspielhaus neu erbaut. Nach dem Zweiten Weltkrieg blieb nur das mit klassizistischen Säulen geschmückte Große Haus für die Oper Stuttgart und das Stuttgarter Ballett erhalten. Die jetzt anstehende Sanierung ist eines der wichtigsten Kulturbauprojekte in dieser Legislaturperiode. Aber es ist nicht nur der in die Jahre gekommene Bau, der die europaweit bekannte Oper Stuttgart vor Herausforderungen stellt: Eine Gesellschaft, die sich immer stärker individualisiert, die Beschleunigung, die alle Lebensbereiche erfasst und die Auswirkungen der Digitalisierung – allein diese drei Aspekte machen deutlich, dass sich Kulturpolitik mit radikalen Veränderungen auseinandersetzen muss.

Kunst und Kultur halten die Gesellschaft zusammen

Für **Manfred Kern**, kulturpolitischer Sprecher der Fraktion, liegt in diesen Veränderungen eine Chance: Kunst und Kultur haben für den Zusammenhalt eine grundlegende Funktion: Sie sind das Bindemittel – der Kitt – für eine Gesellschaft. Um diese besondere Kraft der Kunst- und Kultureinrichtungen zu stärken, hat die grün-geführte Landesregierung ein „Sonderprogramm Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ ins Leben gerufen,



Jürgen Walter MdL
Ludwigsburg

das dialog- und teilhabeorientierte Kulturformate unterstützt. Überhaupt ist es ein Herzensanliegen von Kern, junge Menschen an kulturelle Orte heranzuführen. „Wir stärken die Jugendkunstschulen und Musikschulen und erhöhen die Ausgaben für kulturelle Bildung, etwa für die Zusammenarbeit von Kultureinrichtungen mit Schulen.“

Perspektiven wechseln und Grenzen überwinden

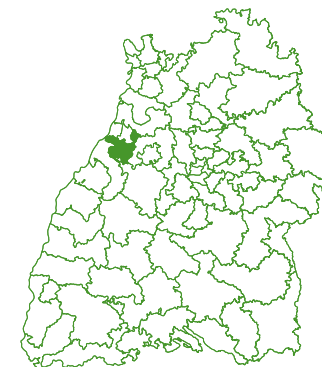
Außerdem findet derzeit ein breit aufgestellter Kulturdialog gemeinsam mit Künstlerinnen und Künstlern, Kultureinrichtungen und dem Publikum statt, in dem neue kunstpolitische Leitlinien erarbeitet werden.“ Wie wichtig Kunst und Kultur für ein demokratisches, tolerantes und friedliches Zusammenleben sind, weiß der Schwetzingen Abgeordnete Kern schon aus seinen stark musikalisch geprägten Kindertagen. „Ich habe schon früh im Kinderchor des Mannheimer Nationaltheaters gesungen, mir selbst das Gitarrespielen beigebracht und in verschiedenen Tanzcombos mitgemacht. Viele Jahre lang war ich Teil des Schwetzingen Kammerchors Quatro Forte, seit zehn Jahren singe ich beim Heidelberger HardChor, und nebenbei mache ich hin und wieder Jazz.“

Die Leidenschaft für den Jazz teilt Kern mit **Jürgen Walter**. Er sitzt seit 1992 im Landtag und war von 2011 bis 2016 Kunststaatssekretär im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst. Die Liebe zum

Jazz hat selbst seinen Studienort in den USA beeinflusst. Als Fan der Gruppe Oregon verbrachte er im gleichnamigen US-Bundesstaat in der Stadt Eugene sein Auslandsstudium. Aus eigener Erfahrung kennt er die Bedeutung von ästhetischen Erlebnissen. „Kultur hat mein Denken und Fühlen immer wieder erweitert, mein Leben bereichert und mich glücklich gemacht. Dies habe ich zum Beispiel im Theaterhaus in Stuttgart, in der Carnegie Hall in New York, im Amphitheater in Epidauros, in der Stadtkirche in Esslingen oder beim Jazzfestival in Ramatuelle ähnlich empfunden. Ich bin daher gerne an Orten, an denen Menschen ihre Kreativität in Kunst umsetzen. Sicherlich haben manche Orte eine ganz spezielle Ausstrahlung, aber letztendlich sind es die Menschen und ihre Kunst, die uns bewegen.“ 2012 initiierte Walter den Innovationsfonds Kunst, um neue experimentelle Projekte zu fördern. Hier geht es vor allem um Projekte, die dazu beitragen, junge Menschen für Kunst und Kultur zu begeistern.

Raus ins Leben – das ist auch das Motto von **Barbara Saebel**, Abgeordnete aus Ettlingen. Die leidenschaftliche Freizeit-Gärtnerin und erfahrene Kommunalpolitikerin setzt sich als Sprecherin für die kulturellen Liegenschaften des Landes ein. Von repräsentativen Schlössern über mittelalterliche Klöster bis hin zu Burgen, Grabkapellen oder römischen Bädern: Baden-Württemberg ist reich an baugeschichtlichen Schönheiten und viele davon haben ihre Türen und Tore für interessierte Besucherinnen und Besucher weit geöffnet. „Wir wollen hier Orte der Begegnung schaffen und ihre vielfältigen historischen Bezüge anspruchsvoll

und lebendig präsentieren.“ Und noch ein Aspekt ist Saebel als überzeugte Europäerin wichtig: „Kultur überwindet Grenzen und bietet die Chance, dass wir aktuelle, gesellschaftspolitische Fragen aus unterschiedlichen Perspektiven betrachten und ein empathisches und offenes Europa fördern.“ Deshalb setzt sie sich als Mitglied im Europaausschuss zum Beispiel für die Umsetzung der Kulturplattform innerhalb der EU-Donauraumstrategie ein. „Mit solchen grenzüberschreitenden Projekten stärken wir eine lebendige Zivilgesellschaft und eine gemeinsame Identität entlang dieser wichtigen europäischen Lebensader.“



Barbara Saebel MdL
Ettlingen

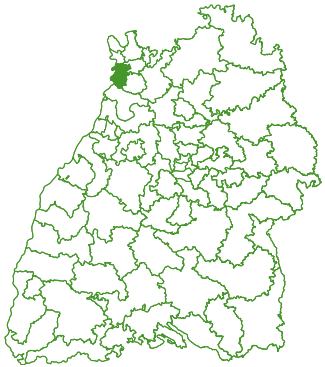
Sprecherin für Kulturliegenschaften



Kulturelle Einrichtungen jungen Menschen weiter zu öffnen und Kultur einem neuen Publikum zugänglich zu machen, das begreifen Manfred Kern (links), Barbara Saebel (Mitte) und Jürgen Walter (rechts) – hier im prächtigen Opernfoyer – als wichtige Aufgabe, die sie mit ihrer Politik vorantreiben wollen.

Manfred Kern

„Kunst und Kultur sind der Kitt für die Gesellschaft.“



Manfred Kern MdL
Schwetzingen

Sprecher für Kulturpolitik



„Wir schaffen Orte
der Begegnung.“

Barbara Saebel

Politik für mutige Macherinnen und Macher: Wir investieren
in mehr Freude am Lernen, einen wachen Forschergeist und
in kreative Gründerideen – von den Kitas bis an die Hochschulen.
Wir bauen die Zusammenarbeit mit unseren europäischen Nachbarn
aus und gestalten die Integration in unseren Kommunen,
weil wir wissen: Kluge Köpfe sind unser Kapital.

So machen wir
Baden-Württemberg

erfolgreich.

START INS LEBEN



Wir sind Spitze bei der frühkindlichen Bildung.

10 x mehr für die Kleinkindbetreuung: von 109 Millionen Euro in 2010 auf **rund 1 Milliarde Euro** in 2019.

Fokus auf Qualität: Mit dem **Pakt für gute Bildung und Betreuung** fließen 80 Millionen Euro unter anderem in Sprachförderung, Ausbildungsoffensive, Stärkung der Inklusion, Kooperation zwischen Kindergarten und Grundschule und Kindertagespflege.

Bundesweit bester Betreuungsschlüssel:



7,1 Kinder pro Fachkraft im Kindergarten

3,1 Kinder pro Fachkraft in Krippen

Viel erreicht



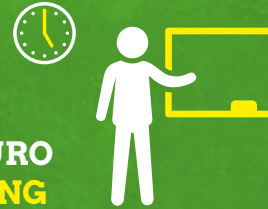
und noch viel vor!



WIR DENKEN GLOBAL

Wir haben die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit gegenüber 2017 nahezu verdoppelt: von 1,2 auf 2,3 Millionen Euro. Damit fördern wir Initiativen des Netzwerks Entwicklungszusammenarbeit BW und unterstützen unsere Partnerländer.

JEDER 5. EURO FÜR BILDUNG



Länger gemeinsam Lernen ist erfolgreich: **mehr als 300 Gemeinschaftsschulen** **mehr als 470 Ganztagschulen**

HAND IN HAND ZUM ZIEL



Im Ausbildungsjahr 2018/19 wurden in Baden-Württemberg **mehr als 2.300 neue Ausbildungsverträge** mit Geflüchteten abgeschlossen.

+ 320 Mio. €
Pakt für Integration
mit den Kommunen

1.200 Lotsen für
die Integration

EUROPA DER VIELFALT



2011 haben wir die **EU-Donauraumstrategie** neu aufgestellt. Ziel: Das rund eine Million Quadratkilometer große Einzugsgebiet der Donau zu einer der attraktivsten Regionen des 21. Jahrhunderts zu machen.

Reden über Europa: Wir organisieren einen **Dialogprozess** zur Zukunft der EU. Mit Bürgerforen, Expertenworkshops und grenzüberschreitendem Austausch entwickeln wir ein Leitbild für Europa.

FORSCHEN OHNE GRENZEN



Fünf Unis, drei Länder, eine Region: Den Universitätsverbund Eucor entwickeln wir langfristig zu einer europäischen Universität weiter. Dafür fließen über das **Interreg-Programm** der EU von 2016 bis 2018 4,2 Millionen Euro.

SCHNELLES INTERNET FÜR ALLE



Mehr als 80 Prozent der Haushalte haben schnelles Internet. Wir bleiben dran – in dieser Legislatur investieren wir rund eine halbe Milliarde Euro in eine moderne **Gigabit-fähige Infrastruktur**.



+ 1.000.000.000 € IN DIE DIGITALE ZUKUNFT



KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

**+ 120 Mio. €
für ein KI-Netzwerk**

Künstliche Intelligenz (KI) ist die Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts.

Unser Silicon Valley: Mit dem **Cyber Valley** in Stuttgart und Tübingen schaffen wir einen Leuchtturm der KI-Forschung mitten im Land – beim maschinellen Lernen heute schon unter den ersten zehn Einrichtungen weltweit!

WIR SIND EXZELLENT



Starker Auftritt: 7 der 9 Landesuniversitäten waren in der aktuellen Runde der Exzellenzstrategie mit Forschungsclustern erfolgreich. 21% aller Cluster kamen damit nach Baden-Württemberg. 6 Unis sind im Rennen um den Titel der **Exzellenzuniversität**.

Wir treiben den **Technologietransfer** zwischen Hochschulen und Unternehmen voran: mit 3 „Zentren für angewandte Forschung“ an den Hochschulen für Angewandte Wissenschaften.



MEHR GRÜNDERGEIST

Wir schaffen Bedingungen in Baden-Württemberg, um Existenzgründungen zu fördern. An Hochschulen fördern wir die Gründerkultur in Forschung und Lehre systematisch.



**+ 20 Mio. €
Wagniskapital**

**+ 14 Mio. €
Frühphasenfinanzierung**

**+ 5 Mio. €
Landeskampagne**

Aufbruch in eine neue Gründerzeit

Baden-Württemberg lebt von seiner mittelständisch geprägten Wirtschaft. Damit diese stark und wettbewerbsfähig bleibt, fördern wir neue Ideen von Existenzgründerinnen und Existenzgründern. Die Hohenheimer Gründerin Alina Schick hat im Gespräch mit unserer Wissenschaftsministerin Theresia Bauer und unserer wirtschaftspolitischen Sprecherin Andrea Lindlohr nachgehakt: Wo steht Baden-Württemberg als Gründerland?

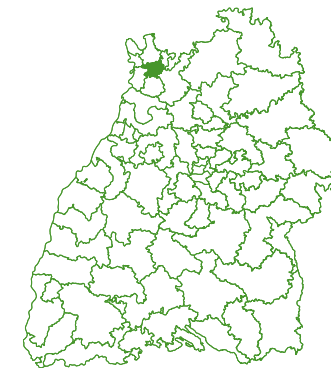
Alina Schick: Worauf kommt es aus Ihrer Sicht bei der Gründung eines Start-ups an?

Andrea Lindlohr: Am Anfang steht eine gute Idee. Aber die Frage ist ja immer: Wie wird aus einer guten Idee ein tragfähiges Geschäftsmodell und ein marktfähiges Produkt? Da kommt dann die Politik ins Spiel: Junge Gründerinnen und Gründer benötigen ein Netzwerk, auf das sie aufbauen können, und Finanzierungsmodelle, die ihnen Sicherheit und Unterstützung bieten. Dafür haben wir 2017 unsere Landeskampagne „Start-up BW“ gestartet. So wollen wir Gründerinnen und Gründern einen guten Rahmen für ihre Vorhaben und eine Plattform zum gegenseitigen Austauschen und Vernetzen bieten.

Was ist notwendig, um junge Menschen für das Gründen zu begeistern?

Theresia Bauer: Es geht darum, dass wir Selbstständigkeit als mögliche Berufsperspektive ins Bewusstsein rücken. Es braucht viel Mut, eigene Wege zu gehen. Wir wollen jungen Menschen deshalb so früh wie möglich das nötige Rüstzeug an die Hand geben, um nicht nur als Empfänger von Wissen, sondern auch als kreative Ideengeber eigene Impulse setzen zu können. Diese Haltung wollen und müssen wir vermitteln. Die Hochschulen sind genau der richtige Ort, an dem Gründergeist entstehen kann: Sie bieten geschützte Räume zum Experimentieren, Erforschen, Anwenden, zum Erfahrungen sammeln – Räume, um Zukunft zu


Mut und Durchhaltevermögen braucht es auf beiden Seiten, ► finden Theresia Bauer (links) und Andrea Lindlohr (rechts): Gründerinnen und Gründer, die mit einer guten Idee ins Risiko gehen, und Politik, die mit Fördermitteln die richtigen Rahmenbedingungen setzt. Gründerin Alina Schick (Mitte) will von den Politikerinnen wissen, was Politik leistet, um Start-ups zu unterstützen.



Theresia Bauer MdL
Heidelberg

Ministerin für Wissenschaft,
Forschung und Kunst



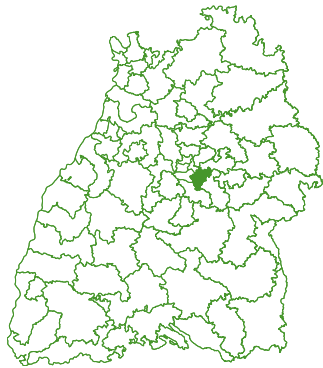
A photograph of three women standing outdoors in a lush green setting. The woman on the left has short blonde hair and wears glasses and a colorful patterned top. The woman in the center has long brown hair and wears a blue button-down shirt. The woman on the right has short blonde hair and wears a blue t-shirt. They appear to be in a conversation. A quote is overlaid on the image.

**„Wir brauchen eine
neue Risikokultur.“**

Theresia Bauer

„Wir geben mutigen Ideen Starthilfe.“

Andrea Lindlohr



Andrea Lindlohr MdL
Esslingen

Stv. Fraktionsvorsitzende
Sprecherin für Wirtschaftspolitik



erproben. Hier setzen wir mit unserer Landesförderung und unserer Reihe „Start Up Stories“ an. Junge Menschen sollen unsere Hochschulen als Persönlichkeiten verlassen, die mutig genug sind, etwas Eigenes zu machen, und klug genug, damit Erfolg zu haben.

Baden-Württemberg will als Gründerland auf Platz 1 in Deutschland. Warum sind Start-ups so wichtig für unser Land?

Andrea Lindlohr: Wir leben als starker Industrie- und Wissenschaftsstandort davon, dass wir uns ständig weiterentwickeln. Wir dürfen uns nicht auf dem Erreichten ausruhen. Wenn wir keine neuen Lösungen für die Zukunft entwickeln, werden wir irgendwann im internationalen Vergleich abgehängt. Deshalb brauchen wir auch mehr Gründungen aus Unternehmen heraus, die etablierte Firmen herausfordern und Anstöße für notwendige Erneuerungsprozesse geben. Im digitalen Zeitalter ist nicht Größe das relevante Kriterium für die Stärke eines Unternehmens, sondern seine Anpassungsfähigkeit. Es geht dabei nicht nur um Technologie, sondern auch um Verfahren, Denkweisen, Prozesse, Systeme und ganze Kulturen.

Theresia Bauer: Absolut richtig, wir erleben eine Zeit der radikalen Umbrüche: von der Transformation in der Mobilität über die Digitalisierung bis zur Künstlichen Intelligenz. Es reicht nicht aus, wenn wir das Vorhandene optimieren. Was wir brauchen, sind disruptive Prozesse, eine Art schöpferische Zerstörung. Das ist auch

der Punkt, an dem schon in der Vergangenheit viele Unternehmen gescheitert sind, deren Geschäftsmodelle veraltet waren. Oder die nicht in der Lage waren, ihre Geschäftsmodelle an neue Technologien und Märkte anzupassen. Denken Sie an den Siegeszug der Digitalkamera: Unternehmen wie Kodak und Agfa sind einfach vom Markt verschwunden, weil sie die Zeichen der Zeit nicht erkannt haben.

Sie haben den notwendigen Wandel gerade angesprochen: Für viele Gründerinnen und Gründer ist es gerade in der Startphase schwierig, in eine Förderung zu kommen und Investoren zu gewinnen. Aus eigener Erfahrung weiß ich: Das gilt vor allem für die Begründungs-Branche, die für Kapitalgeber auf den ersten Blick oft weniger attraktiv erscheint.

Andrea Lindlohr: Die Frühphase, in der Investoren und Risikokapital-Gesellschaften noch nicht einsteigen wollen, weil ihnen das Risiko zu hoch scheint, ist ein kritischer Moment. Das Land bietet jetzt mit den neuen Programmen „Start-up BW Pre-Seed“ eine Art „Boot Camp“ oder „Sprungbrett“ für Gründerinnen und Gründer, womit sie finanziert und professionell betreut und begleitet werden. Das Programm nützt gerade auch Green-Tech-Gründern, die sich mit ihren innovativen, aber zunächst ungewöhnlich wirkenden Ideen oft schwer tun bei der Suche nach Investoren. Damit geben wir eine Starthilfe, die das Projekt zur Markt- und Finanzierungsreife bringen soll.

Theresia Bauer: Wir dürfen nicht zulassen, dass unsere guten Ideen durch die Lappen gehen, weil die Förderkulisen nicht passgenau sind. Da müssen wir unsere Programme immer wieder kritisch durchleuchten. Denn es stimmt: Wenn wir einen echten Gründergeist entwickeln wollen, brauchen wir eine neue Risikokultur. Und dafür muss sich auch die Politik bewegen und bei der Finanzierung neue, mutigere Wege suchen. Das ist ein kontinuierlicher Lernprozess – auf allen Seiten.

Die Politik spricht gerne vom „Mut zum Scheitern“: Wie können wir eine solche Fehlerkultur in unserer leistungsorientierten Gesellschaft verankern?

Theresia Bauer: Das fängt schon in der Schule an: Welche Rückmeldung geben wir Schülerinnen und Schülern zu ihren Stärken und Schwächen? Wie entwickeln wir eine faire, realistische Feedback-Kultur, die Fehler akzeptiert und dazu ermutigt, daraus zu lernen? In der Politik und der Verwaltung ist das extrem schwierig. Da wird schnell skandalisiert und deshalb lieber der vorsichtige Weg gewählt. Aber so eine Fehlervermeidungskultur bringt keine Entwicklung voran.

In Skandinavien erhalten junge Gründerinnen und Gründer zum Beispiel Extra-Förderungen, wenn sie gescheitert sind und nachweisen können, dass sie wissen, wo der Fehler liegt. Dann können sie einen zweiten Anlauf starten.

Theresia Bauer: Das ist ein spannender Ansatz. Wir haben im Land einen „Preis für mutige Wissenschaft“ eingeführt, der bundesweit einmalig ist. Da geht es uns genau darum, dass wir ungewöhnliche, mutige Ansätze belohnen, Menschen, die sich etwas zutrauen, ausgetretene Pfade verlassen und dabei auch das Risiko eingehen, zu scheitern. Die größte Hürde steckt nämlich in den Köpfen. Da müssen wir die Denkbarrieren überwinden.

Die Start-up-Szene ist extrem vielfältig. Es gibt sehr unterschiedliche Branchen- und Technologieschwerpunkte. Momentan gibt es aber häufig noch wenig Austausch unter den Akteuren.

Theresia Bauer: Das stimmt. Start-ups leben vom Mix unterschiedlicher Perspektiven. Im Moment verlieren sich die Aktivitäten aber noch zu sehr in der Fläche. Ich würde sagen: Die Dynamik ist da, die Mentalität stimmt auch. Jetzt müssen wir die zentralen und die dezentralen Gründerszenen an den unterschiedlichen Orten im Land noch stärker vernetzen und an einigen Orten auch konzentrieren.

Muss es auch einen direkten und regelmäßigen Austausch zwischen Start-up-Unternehmern und der Landesregierung geben?

Andrea Lindlohr: Ja, das ist auf jeden Fall sinnvoll, um Strategien anzupassen und zu verbessern. Und das passiert auch. Wir suchen in der Fraktion regelmäßig den Austausch mit unserem „GründerInnenfrühstück“. Und auf Landesebene haben wir einen ThinkTank gegründet, also ein Expertengremium, das die Rückmeldungen aus der Start-up-Szene bündelt. Zum Beispiel beschäftigt Start-ups die Frage, wie sie qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter finden können.

Das ist wichtig. Es ist zum Beispiel extrem schwierig, Ingenieurinnen und Ingenieure zu gewinnen und gute Leute dauerhaft zu binden.

Andrea Lindlohr: Für unseren Wirtschaftsstandort besteht die Gefahr, dass die großen und etablierten Unternehmen den kleinen und neuen Unternehmen die Fachkräfte vom Markt wegkaufen. Darum brauchen Start-ups eine vernünftige Einwanderungspolitik, damit sie zum Beispiel eine Informatikerin aus dem Ausland anwerben können – und das ohne riesige bürokratische Hürden und monatelange Wartezeit. Um Fachkräfte und Wagniskapital aus dem Ausland anziehen zu können, müssen wir noch stärker international sichtbar werden.





MIT GRAVITATIONSFORSCHUNG DAS STADTKLIMA VERBESSERN

Visioverdis-Gründerin Alina Schick im Kurzporträt:

Nein, wie eine gewöhnliche Fassadenbegrünung sieht das nicht aus, was da an der Uni Hohenheim von der Wand wächst. Ist es auch nicht. Hinter den horizontal wachsenden Ligusterbäumchen, die sich langsam um die eigene Achse drehen, steckt viel Know-How. Schöpferin dieser sogenannten GraviPlants ist Alina Schick, **Biologin, promovierte Agrarwissenschaftlerin und Geschäftsführerin** des Hohenheimer Start-ups Visioverdis.

„Wir verändern die Wahrnehmung von Licht und Gravitation bei Pflanzen, indem wir sie drehen. Sie nehmen dann Licht und Gravitation anders wahr. Die Idee stammt aus der Weltraumforschung. So wachsen sie horizontal.“ Anders als die klassische Fassadenbegrünung erlaubt die **GraviPlant-Technologie** eine mehrschichtige Begrünung. „Im Prinzip imitieren wir mit dem Wechsel aus Bäumen und Sträuchern das, was wir in der Natur vorfinden“, erklärt Schick. Und das wirkt im Großstadtdschungel Wunder: Die Pflanzen binden Kohlenstoffdioxid, produzieren Sauerstoff, filtern Feinstaub, schirmen vor Lärm ab und kühlen die Umgebung durch Verdunstung und Beschattung.

Den **Sprung in die Selbstständigkeit** wagte Schick nach der Finanzkrise 2009. „Ich wollte mich von externen Einflussfaktoren möglichst unabhängig machen und gleichzeitig aus meinen GraviPlants, die ich schon im Studium gezüchtet habe, beruflich etwas machen.“ Mit den vertikalen Hightech-Gärten hat die 42-Jährige geschickt eine Marktlücke genutzt: „Die Luftbelastung durch Feinstaub, Stickstoffoxide und Ozon ist längst nicht mehr nur in asiatischen Mega-Cities ein Problem. Wir müssen uns also neue Räume erschließen, um unsere Städte ökologischer, sauberer und gesünder zu machen.“

Unser Bildungsauftrag: Heute für morgen lernen

Bildung ist Grundlage für Kreativität, selbstständiges Leben, soziale Integration, demokratische Teilhabe und gesellschaftliche Veränderung. Deshalb wollen Sandra Boser und Andrea Bogner-Unden eine Bildungslandschaft gestalten, die Bildung als einen ganzheitlichen Ansatz denkt.

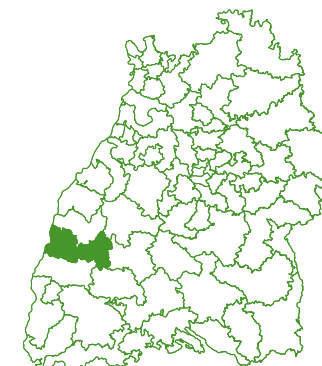
Die Schultüte, der erste Schritt ins Klassenzimmer, die Sitznachbarin: Der erste Schultag bleibt eine besondere Erinnerung. „Ich war damals unglaublich neugierig, was mich erwarten wird. Und das ist es, was ich bei meinen Schulbesuchen immer wieder erlebe: Kinder wollen lernen und entdecken. Vom ersten Tag an. Je besser sie dabei von Anfang an unterstützt werden, umso erfolgreicher ist ihr Start ins Leben“, ist **Sandra Boser**, bildungspolitische Sprecherin der Fraktion, überzeugt. Wichtige Meilensteine auf diesem Weg sind bereits geschafft: Seit 2014 ist die Ganztagschule an Grundschulen im Schulgesetz verankert. „Die Grundschule ist der Ort, der den späteren Bildungsweg grundlegend mitgestaltet. Grundschulen haben die heterogenste Schülerschaft, den höchsten Anteil an inklusiven Schülerinnen und Schülern und leisten Enormes beim Thema

Integration. Deshalb legen wir auch in Zukunft einen besonderen Fokus auf die Stärkung der Grundschulen. Eine qualitativ gute Ganztagschule ist für uns ein wichtiges Instrument für den Ausgleich von Bildungschancen und für mehr Bildungsgerechtigkeit“, sagt Boser. „Mit dem neuen ‚Pakt für gute Bildung und Betreuung‘ setzen wir auf mehr Qualität in unseren Kindertageseinrichtungen. Dafür brauchen wir genügend Erzieherinnen und Erzieher, die sich gut um die Kinder kümmern können. Wir investieren in bessere Rahmenbedingungen für die Fachkräfte und in zusätzliche Maßnahmen bei der Sprachförderung und der Inklusion.“

Kein Abschluss ohne Anschluss

Seit 2012 bereichern die Gemeinschaftsschulen die Bildungslandschaft im Ländle – inzwischen starten an den ersten Schulen die neuen gymnasialen Oberstufen. „Das gemeinsame Lernen hat sich als Erfolgsmodell an mehr als 300 Schulen etabliert“, freut sich Boser. „Die Gemeinschaftsschule als leistungsstarke und leistungsgerechte Schule bereitet Schülerinnen und Schüler individuell auf ihren persönlich besten Bildungsabschluss vor. Dass

Bildung ist zentraler Baustein auf dem Weg zu mehr gesellschaftlicher Teilhabe. Sandra Boser (rechts) und Andrea Bogner-Unden (links) setzen auf ein Bildungssystem, das leistungsstark und gleichzeitig leistungsgerecht ist – von der Kita bis zur Hochschule. ▶



Sandra Boser MdL
Lahr

Stv. Fraktionsvorsitzende
Sprecherin für Bildungspolitik

A photograph of two women standing in a library. The woman on the left is older, with short blonde hair, wearing a dark blue blazer and a colorful scarf with a blue and green floral pattern. The woman on the right is younger, with long brown hair, wearing a dark blue blazer over a patterned blouse. They are both smiling. The background is a wooden bookshelf filled with books. A green surface is visible at the bottom of the frame.

**„Die Vielfalt der Schulen
und pädagogischen Konzepte
ist unsere Stärke.“**

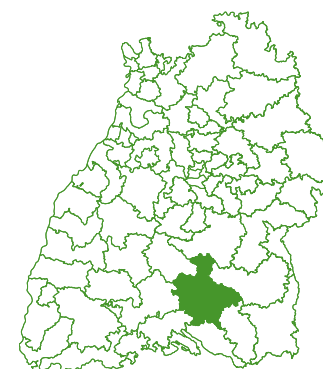
Sandra Boser

„Es gibt kein Lebensalter,

das ohne Dazulernen auskommt.“

◀ Bildung im Wandel: Früher waren es Tafel und Schulhefte, heute lernen Kinder über Multimedia-Boards und Tablets.

Andrea Bogner-Unden



Andrea Bogner-Unden MdL
Sigmaringen

Sprecherin für Weiter- und
Erwachsenenbildung



dies gelingt, haben die ersten guten Abschlussergebnisse an den Gemeinschaftsschulen gezeigt.“ Unser Fokus liegt auf der Qualität, und so ist auch die Reform der Oberstufe an den Gymnasien ein wichtiger Beitrag, um Schülerinnen und Schüler optimal auf Studium und Beruf vorzubereiten. „Ich bin davon überzeugt, dass gute Schule von unten wächst, wenn wir die Rahmenbedingungen optimal gestalten. Deshalb stärken wir die Schulleitungen als zentrale Stellschrauben für die pädagogische Entwicklung der Schulen und setzen in Zukunft auf ein systematisches Bildungsmonitoring, das unsere Schulen in ihrer Entwicklung unterstützt.“

Lebenslanges Lernen zahlt sich aus

Ein Aspekt ist Sandra Boser, die Mutter von zwei Söhnen ist, besonders wichtig: Es darf keinen Abschluss ohne Anschluss geben. „Mein eigener Bildungsweg von der Realschule über das Wirtschaftsgymnasium an die duale Hochschule hat mir gezeigt, wie wichtig es ist, dass es für alle Kinder und Jugendlichen – unabhängig von ihrer sozialen Herkunft – ein möglichst passendes Bildungsangebot mit Aufstiegschancen gemäß ihrer Talente und Begabungen gibt. Die Vielfalt der Schulen und der pädagogischen Konzepte ist unsere Stärke. Die beruflichen Schulen spielen dabei eine ganz besondere Rolle. Sie sind das Rückgrat unseres starken dualen Ausbildungssystems und begleiten die Schülerinnen und Schüler im Vorfeld oder während der Ausbildung für den Beruf“, betont Boser.

Soziale Gerechtigkeit im Bildungssystem ist auch für **Andrea Bogner-Unden**, Sprecherin für Weiter- und Erwachsenenbildung, der Antrieb für ihr politisches Engagement. „Wir haben ein Bildungssystem übernommen, das zu viele zurücklässt. Der Bildungserfolg eines Menschen hängt immer noch zu stark von seiner sozialen Herkunft ab. Ausbildung und Weiterbildung sind eine Investition in die Zukunft – mit hoher Rendite und der Chance auf gerechte Teilhabe. Es gibt kein Lebensalter, das ohne Dazulernen auskommt“, ist Bogner-Unden überzeugt, die 33 Jahre als Lehrerin für Gemeinschafts-, Wirtschaftskunde und Sport gearbeitet hat. Mit dem Bündnis für Lebenslanges Lernen (BLLL) haben wir Ende 2011 alle relevanten Träger der Weiterbildung gebündelt und 2015 mit dem Weiterbildungspakt zur „Stärkung des Lebenslangen Lernens“ wichtige Grundlagen gelegt.

Die digitale Zukunft gestalten

Ein wichtiges Anliegen ist für Bogner-Unden das Thema Grundbildung und Alphabetisierung: „In Deutschland gelten rund 7,5 Millionen Erwachsene als sogenannte funktionale Analphabeten, darunter circa eine Million in Baden-Württemberg. Mit dem 2017 neu gegründeten Landesbeirat für Grundbildung und Weiterbildung gehen wir dieses wichtige Thema jetzt engagiert an und unterstützen Menschen mit Schwierigkeiten beim Lesen und Schreiben.“ Die Wissens- und Informationsgesellschaft stellt neue Anforderungen an jede und jeden

Einzelnen, an die Bildungsinstitutionen, an die Wirtschaft und an den Staat. Die Fähigkeit, Informationen zu verarbeiten und einzuordnen, sowie die Fähigkeit, Wissen aus diesen Informationen zu generieren und zu erneuern, gewinnen immens an Bedeutung. Vor allem die Digitalisierung verändert die Formen des Lernens und Arbeitens radikal. „Wir müssen als Gesellschaft insgesamt Antworten auf die veränderten Arbeitsbedingungen geben. Die ersten Schritte machen wir deshalb schon am Anfang der Bildungskette – an den Schulen und in den Ausbildungen der Betriebe“, betont Bogner-Unden.

Sandra Boser ergänzt: „Wir verankern digitale Themen im Unterricht und den Bildungsplänen, führen den Informatikunterricht flächendeckend ein und machen Lehrkräfte in Aus- und Fortbildung fit für das Unterrichten im digitalen Zeitalter. Der Tablet-Schulversuch ist ein wichtiges Instrument, um den pädagogischen Mehrwert beim Einsatz digitaler Medien im Unterricht zu überprüfen. Mit den Lernfabriken an beruflichen Schulen bereiten wir Fach- und Nachwuchskräfte auf die Anforderungen der Industrie 4.0 vor“, erklärt Boser. Und auch in der Erwachsenen- und Weiterbildung liegt in den digitalen Instrumenten eine Chance für mehr Teilhabe. „Mit dem digitalen Weiterbildungscampus (DWC) haben wir eine Online-Plattform der allgemeinen, beruflichen und wissenschaftlichen Weiterbildung geschaffen, auf der praktisch alle digital unterstützten Lehr- und Lernformate wie zum Beispiel Live-Online-Kurse umgesetzt werden können“, ergänzt Bogner-Unden.

A young man and woman are standing in a library, smiling at the camera. The man is on the left, wearing a grey blazer over a black shirt, and is holding a green book. The woman is on the right, wearing a black blazer over a white top, and is holding an open green book. They are surrounded by tall bookshelves filled with books. The lighting is warm and the atmosphere is bright and positive.

**„Wissenschaft ist
Gradmesser einer
freiheitlichen Gesellschaft.“**

Alexander Salomon

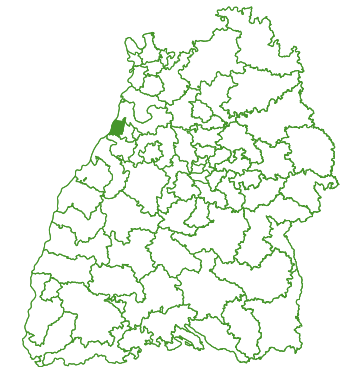
Wissen schafft Zukunft

An den Hochschulen in Baden-Württemberg wird die Welt erforscht und die Zukunft gestaltet. Dazu benötigen Hochschulen Freiräume für Forschung und Lehre. Nese Erikli und Alexander Salomon sprechen darüber, was Lehrende, Forschende und Studierende brauchen, um kreativ sein zu können. Und was nötig ist, damit Baden-Württemberg auch in Zukunft die Heimat für kluge Köpfe und wissenschaftliche Exzellenz bleibt.

◀ Noch sind längst nicht alle Wissensspeicher digital und virtuell: In der Stuttgarter Unibibliothek ist das Wissen noch (be-)greifbar und neben den Studierenden stöbern auch Nese Erikli und Alexander Salomon gerne in den vielen Regalen.

Nese Erikli: Ich bin davon überzeugt, dass eine starke Wissenschaftslandschaft die Voraussetzung für eine Gesellschaft ist, die sich weiterentwickelt, ihre ökonomische und soziale Innovationskraft entfaltet, sich hinterfragt und sich auch immer wieder neu erfindet. Wenn Wissenschaft als Ideengeberin, Beraterin, Innovatorin, Stütze, Triebkraft und auch Mahnerin der Gesellschaft wirken soll, ist sie auf ein Umfeld angewiesen, das sie fördert, stützt, mit einem Vertrauensvorschuss ausstattet – und manchmal auch kritisiert.

Alexander Salomon: Wissenschaft muss frei sein von politischen oder ökonomischen Zwängen und Zwecken. Deswegen ist die Grundfinanzierung der Hochschulen so wichtig. Wir haben mit dem Hochschulfinanzierungsvertrag „Perspektive 2020“ eine völlig neue Grundlage geschaffen. Bis 2020 steigt die Grundfinanzierung jedes Jahr um drei Prozent. Dazu kommen 600 Millionen Euro zusätzlich, die wir in ein Sonderprogramm zur Sanierung von Hochschulgebäuden gesteckt haben. Der Hochschulfinanzierungsvertrag gibt den Hochschulen Planungssicherheit. Das möchte ich auch über 2020 hinaus bieten, daran arbeiten wir. Denn der Wissenschaftsstandort Baden-Württemberg ist für uns Verpflichtung und Antrieb zugleich. Und da geht es nicht nur um die Exzellenzuniversitäten, die sind super, keine Frage, sondern um alle Hochschulen.



Alexander Salomon MdL
Karlsruhe II

Sprecher für Wissenschaft und Hochschule,
Medien und Netzpolitik



Nese Erikli: Freiheit heißt aber auch Verantwortung. Für mich stehen die Hochschulen, gerade weil wir ihnen dieses Fundament garantieren, auch in einer Bring-schuld. Ich finde es wichtig, dass sich unsere Hochschulen und Universitäten um eine engere Verbindung zur Gesellschaft bemühen. Wissenstransfer wird oft nur auf die Industrie bezogen und oft nur als Transfer von der Hochschule in ihr Umfeld gedacht. Aber es gibt ja auch eine Zivilgesellschaft mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern. Das Konzept „Citizen Science“ bedeutet, dass Bürgerinnen und Bürger die Arbeit von Wissenschaftlern und Forscherinnen unterstützen und dazu beitragen, neues Wissen zu schaffen. Gerade mit den digitalen Technologien heutzutage hat „Citizen Science“ eine weitere Dimension erhalten: So ist es möglich, unabhängig vom Ort an Forschungsprozessen teilzuhaben und Menschen im Alltag mitforschen zu lassen. Ein Beispiel: Auf einer Plattform der Uni Freiburg kann jede und jeder seine Wildtierbeobachtungen melden. Über solche Projekte schaffen wir einen niederschweligen Zugang zu wissenschaftlichem Arbeiten. Das schafft einen Mehrwert für die ganze Gesellschaft.

Alexander Salomon: Als Karlsruher habe ich mir unser Reallabor genau angeschaut. Das ist ein ähnlicher Ansatz, den wir landesweit fördern. In Reallaboren werden Praktiker aus Kommunen, Sozial- und Umweltverbänden oder Unternehmen von Anfang an in den Forschungsprozess einbezogen. Die Forschungsfragen dieser Akteure fließen in die Arbeit ein. Dann geht es gemeinsam mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern um konkrete Probleme. Zum Beispiel um die

Wiederbelebung eines Stadtteils oder die Einführung neuer Mobilitäts- und Energiesysteme. So entsteht Wissen, das in der Praxis etwas bewirkt.

Nese Erikli: Ich finde es großartig, dass wir das Thema Gründerkultur im Studium verankert haben. Und auch, wie wir den Transfer aus der Wissenschaft in die Praxis mit Modellprojekten stärker fördern – das gefällt mir sehr gut. Ein Beispiel: Das Forschungsprogramm Bioökonomie an der Uni Hohenheim, das Verwertungsketten von Rohstoffen und Stoffströmen erforscht. Und im neu geschaffenen Kompetenzzentrum Ökolandbau werden Fragen wie die Folgen des Klimawandels auf Landwirtschaft, Tierwohl oder Pflanzenschutz thematisiert. Oder, ganz groß gedacht: das Cyber-Valley als Leuchtturm der Künstlichen-Intelligenz-Forschung in Tübingen ist eben nicht nur ein Grundlagen-ThinkTank, sondern soll auch helfen, Künstliche Intelligenz als Thema bei Mittelständlern und Unternehmen zu setzen.

Wissenschaftliche Karrierewege attraktiver machen

Alexander Salomon: Beste Voraussetzungen für die Wissenschaft zu schaffen, hat etwas mit den Strukturen zu tun. Da haben wir in der letzten Legislaturperiode einiges verbessert, etwa beim Zusammenspiel der Hochschulgremien. Und ganz entscheidend: Wir haben die Verfasste Studierendenschaft wieder eingeführt. Das war ein richtig großer Brocken. Jetzt gibt es eine starke Vertretung für 360.000 Studierende im Land.

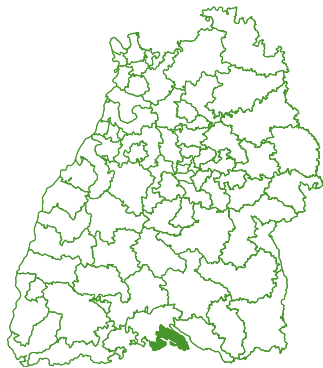
Nese Erikli: Das war alles in der letzten Legislaturperiode – ich bin froh darüber, dass wir gute Bedingungen für die Hochschulen auch weiterhin im Blick haben. Jetzt stehen zum ersten Mal in Deutschland Doktorandinnen und Doktoranden als Gruppe mit eigenständigem Status im Hochschulgesetz. Damit können die Belange junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in allen Hochschulgremien Gehör finden.

Alexander Salomon: Damit sind wir bei den Arbeitsbedingungen. Der Hochschulfinanzierungsvertrag schafft die Voraussetzung für unbefristete Stellen in der Wissenschaft. Ganz wichtig ist mir auch, dass wir wissenschaftliche Karrierewege attraktiver gestalten. Die Tenure-Track-Professur führt zu früh planbaren und verlässlichen Karrierewegen in der Wissenschaft.

Nese Erikli: Ja, das finde ich auch. Wo ich noch Nachholbedarf in Baden-Württemberg sehe, ist, dass wir Menschen aller gesellschaftlichen Schichten an die Hochschulen bringen. Denn offene Hochschulen sind in jeder Hinsicht die Basis für eine offene Gesellschaft. Wir dürfen nicht zulassen, dass forschersche Neugier und der Zugang zu Wissen ein Privileg von Wenigen ist. Der Zugang zu Wissen ist ein Grundrecht! Deswegen finde ich auch den Fonds für verfolgte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler so wichtig. Er ermöglicht es, Forscherinnen und Forschern, die aus ihrer Heimat fliehen müssen, ihre Arbeit hier in Baden-Württemberg fortzusetzen. Das ist ein ganz wichtiges Zeichen dafür, dass die Wissenschaft frei ist und dass sie kritisch sein darf, ja sein muss.

„Es ist wichtig, Brücken zwischen Gesellschaft und Wissenschaft zu bauen.“

Nese Erikli



Nese Erikli MdL
Konstanz

Sprecherin für Forschungspolitik,
Bürgerbeteiligung und Demokratie





**„Bessere Berufsperspektiven
für Geflüchtete beschleunigen
die Integration.“**

Elke Zimmer

Mut machen beim Fuß fassen

Bewerbung, Ausbildung, Berufseinstieg. Der komplizierte Teil der Integration hat erst begonnen. Elke Zimmer und Daniel Lede Abal sind sich einig: Wenn Zugewanderte erfolgreich in die Arbeitswelt aufgenommen werden, wird ihre Eingliederung in die Gesellschaft besonders gut gelingen.

Von Sprachkursen über Praktika und Qualifizierungen: Für Geflüchtete ist der Einstieg ins Arbeitsleben ein langer und steiniger Weg: „Geflüchtete Menschen müssen Deutsch lernen, viele einen komplett neuen Beruf“, sagt **Elke Zimmer**, Sprecherin der Grünen Fraktion für berufliche Bildung. „Es ist unsere Aufgabe, ihnen eine Perspektive zu eröffnen, damit sie schneller vorankommen.“

Auch wenn die meisten Geflüchteten ohne Ausbildung nach Deutschland kommen, zeigen die Zahlen: 80 Prozent haben in ihrer Heimat eine Grundschule besucht, die Hälfte ist jünger als 35 Jahre. „In der Migration

- ◀ Elke Zimmer und Daniel Lede Abal wollen Menschen, die nach Deutschland geflohen sind, eine Perspektive bieten und ihnen den Einstieg in Ausbildung und Arbeit einfacher machen.

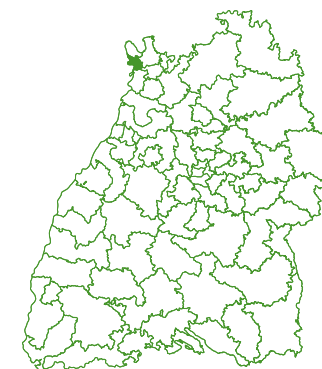
steckt eine große Chance für unsere Wirtschaft. Gerade das Entwicklungspotenzial junger Menschen müssen wir nutzen, um unserem Fachkräftemangel zu begegnen“, sagt der integrationspolitische Sprecher **Daniel Lede Abal**.

Vor diesem Hintergrund hat die grün-geführte Regierung das Schulkonzept für Migrantinnen und Migranten mit Startschwierigkeiten weiterentwickelt. Ein Instrument ist das Vorqualifizierungsjahr Arbeit/Beruf mit Schwerpunkt Erwerb von Deutschkenntnissen (VABO). „Ein wichtiger Schritt in dieser Regierungsperiode war, die Vorbereitungs-klassen an beruflichen Schulen zu stärken“, sagt Zimmer. In den VABO-Klassen werden sowohl Schülerinnen und Schüler unterrichtet, die in ihrem Heimatland bereits eine Schulausbildung beendet haben, als auch jene, die weder lesen noch schreiben können.

„Dieser Unterricht legt den Grundstein zum Erlernen der deutschen Sprache und einer anschließenden beruflichen Bildung für Geflüchtete. Mit der Weiterentwicklung des Konzepts kann besser auf die unterschiedliche Zusammensetzung von Schülerinnen und Schülern in den Klassen eingegangen werden, was allen zu Gute kommt“, sagt Elke Zimmer.

Eine weitere Maßnahme zur Unterstützung von jungen Menschen mit unterschiedlichsten Startschwierigkeiten

ist das duale Ausbildungsvorbereitungsjahr (AV dual), das Jugendlichen einen besseren Übergang von der Schule in die Ausbildung ermöglicht. „Wir wollen junge Menschen motivieren und fit für den Job machen“, sagt Zimmer, die als Berufsschullehrerin tätig war. „Mit diesen Maßnahmen erhöhen wir ihre Chancen für einen erfolgreichen Start in die Ausbildung durch individuelles Lernen, sozialpädagogische Begleitung und häufigere Praxiseinheiten in den Betrieben.“



Elke Zimmer MdL
Mannheim II

Sprecherin für Berufliche
Bildung und ÖPNV



Seit der Regierungsübernahme 2011 haben wir umfangreiche Programme auf den Weg gebracht, um junge Fachkräfte auszubilden und ihnen eine Zukunft in ihrer neuen Heimat zu bieten. Die Spannweite reicht von Sprachförderung über Weiterbildungsmöglichkeiten bis hin zu Begleitung durch Betreuer in Beruf und Alltag. „Mit Deutschkursen allein ist es nicht getan. Wir brauchen mehr Fallmanagerinnen und -manager, die Geflüchtete auf ihrem langen Weg begleiten – von der ersten Unterkunft über Gespräche zur Berufsaussicht bis zum ersten Tag in der Firma“, sagt Lede Abal.

Überall werden zupackende Hände gebraucht

Daniel Lede Abal sieht Migration als Chance und Integration als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. „Die Menschen, die zu uns kommen, nehmen wir ernst und unterstützen sie, damit sie erfolgreich sein können und zu einem Teil unserer Gesellschaft werden.“ Auch geduldeten Personen mit abgelehntem Asylbescheid sollten größere Perspektiven eröffnet werden. „Überall werden engagierte und zupackende Hände gebraucht. Wir wollen niemandem verweigern, einer sinnvollen Tätigkeit wie beispielsweise einem Praktikum nachzugehen“, sagt Lede Abal. Besonders in der Pflegebranche würden engagierte Helfer gesucht. Falsch sei, zuerst im Ausland nach ihnen Ausschau zu halten. „Menschen hierzulande erst auszubilden und dann abzuschieben, können wir uns nicht leisten“, sagt Daniel Lede Abal. Statt Arbeits-

willige abzuschieben, müsse überlegt werden, wie sie in Berufe, in denen Fachkräfte besonders benötigt werden, eingegliedert werden könnten.

Chancen schaffen für gezielte Zuwanderung

Die Grüne Fraktion unterstützt den Vorschlag nach einem Einwanderungsgesetz, um gezielt Fachkräfte aus dem Ausland zu gewinnen. „Wer zu uns kommen will, soll von vornherein wissen, welche Voraussetzungen nötig sind, um in Deutschland leben und arbeiten zu können. Wir brauchen ein Einwanderungsgesetz für eine gesteuerte und geordnete Zuwanderung in den deutschen Arbeitsmarkt“, sagt Lede Abal. „Ein solches Gesetz bietet gleichermaßen Vorteile für Wirtschaft wie Zugewanderte.“

Zudem dürften Fachkräfte, die schon im Land sind, nicht verloren gehen. „Wir setzen auf die konsequente Anwendung der 3+2-Regelungen bei Flüchtlingen“, sagt Lede Abal. Diese Regelung besagt: Wer eine qualifizierte Berufsausbildung absolviert, kann danach zwei Jahre in seinem erlernten Job in Deutschland bleiben. Für Geflüchtete und Betriebe macht dies Arbeit und Ausbildung planbar.

Lede Abal und Zimmer freuen sich, dass das Land Baden-Württemberg nicht eine Änderung der bundesgesetzlichen Regelung abwartet, sondern

im November 2018 auf Landesebene eine pragmatische Lösung gefunden hat, auch Auszubildenden in Altenpflege- und Krankenpflegehelferberufen den Aufenthalt zu ermöglichen. „Dafür haben wir lange gekämpft. Die Neuregelung ist eine gute Nachricht für die Geflüchteten, aber auch für unsere Einrichtungen und Betriebe, die dringend helfende Hände brauchen. Sie haben jetzt Rechtssicherheit.“

WILLKOMMEN ZUKUNFT

Früher hat **Yusuf Abdi Salim** als Koch und Bootsbauer gearbeitet. 2016 flüchtete er vor dem Krieg in Somalia nach Deutschland. Nach einem Freiwilligen Sozialen Jahr in Vaihingen/Enz macht er nun eine Ausbildung zum Einzelhandelskaufmann bei einer Lebensmittelkette in Stuttgart. Weil Sport seine große Leidenschaft ist, hat er sich in Ludwigsburg einer American-Football-Mannschaft angeschlossen. Bei einem Stadtpaziergang durch Stuttgart erzählt er Elke Zimmer und Daniel Lede Abal seine Geschichte.



**„Ein Einwanderungsgesetz bringt
Vorteile für Wirtschaft
und Zugewanderte.“**



Daniel Lede Abal MdL
Tübingen

Stv. Fraktionsvorsitzender
Sprecher für Migration
und Integration

Daniel Lede Abal



Grenzen überwinden, Europa gestalten

- ◀ Auf der Dreiländerbrücke in Weil am Rhein wird Europa sicht-, hör- und vor allem spürbar: Mit einer Spannweite von 230 Metern verbindet sie das deutsche Weil am Rhein mit Huningue auf der französischen Rheinseite, Basel liegt unmittelbar südlich. Die Grenze wirkt wie aufgehoben, wenn sich die verschiedenen Sprachen und Dialekte mischen. Hier trifft sich Josha Frey (links) mit Marco Jansen, der die pro-europäische Bürgerbewegung „Pulse of Europe“ im Dreiländereck ins Leben gerufen hat. Wie in vielen europäischen Städten treffen sich Menschen dort regelmäßig zur „europäischen Stunde“, um ein Zeichen für Europa zu setzen.

Baden-Württemberg profitiert schon wegen seiner zentralen Lage wie kaum ein anderes Land von Europa. Damit das so bleibt, bringen wir uns in die Diskussion um die Zukunft der Europäischen Union ein. Im Interview spricht Josha Frey, europapolitischer Sprecher und stellvertretender Präsident des Oberrheinrats, über die Chancen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und die Herausforderungen der Zukunft.

Du bist Vize-Präsident des Oberrheinrats: Was kann grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf regionaler Ebene effektiv bewirken?

Josha Frey: Mehr als ein Drittel der EU-Bürgerinnen und -Bürger lebt und arbeitet in Grenzregionen innerhalb der EU. Diese Grenzen wirken sich mittel- und unmittelbar auf ihr Leben aus. Wir wollen, dass die Bürger dies als Chance wahrnehmen. Aber so ein Zusammenwachsen in einer Dreiländerregion wie am Oberrhein klappt nicht von alleine. Als vor 20 Jahren der Oberrheinrat ins Leben gerufen wurde, war nicht abzusehen, ob das Experiment eines trinationalen Beratungsgremiums als politisches Sprachrohr gelingen würde. Die Erkenntnis, dass durch Zusammenarbeit mit den Nachbarn Mehrwerte entstehen, hat sich durchgesetzt. Wir haben gezeigt, dass es sich lohnt, über den Tellerrand zu schauen: Ganz konkret haben wir zum Beispiel die Diskussionen über grenzüberschreitende Rettungsdienste oder Verkehrsprojekte angestoßen.

Ich setze mich dafür ein, dass wir die Zweisprachigkeit, vor allem bei den Jugendlichen, weiter fördern. Auch in Umweltfragen formulieren wir wichtige Anliegen und weisen auf Missstände und Potenziale hin, die nicht an den Grenzen Halt machen.

Wo gestaltet das Land Europa aktiv mit?

Josha Frey: Ein starkes und geeintes Europa ist ohne die Geschichte seiner Städte und Regionen nicht denkbar. Der föderalistische Gedanke und die Mitwirkung der Bundesländer ist neben der kommunalen und regionalen Selbstverwaltung ein Kernpunkt einer demokratischen und bürgernahen Europäischen Union (EU). Die sogenannte Subsidiarität bedeutet im Zusammenhang mit der EU, dass Aufgaben nur dann auf die europäische Ebene verlagert werden, wenn sie nicht „vor Ort“ – also in den Kommunen, Ländern oder Mitgliedsstaaten – besser wahrgenommen werden können. Das betrifft zum Beispiel die Mitwirkung bei so grundsätzlichen Fragen wie den Folgen des Brexit, die EU-Migrations- und Flüchtlingspolitik, Klima- und Luftreinhaltungsmaßnahmen oder die EU-Strukturpolitik. Auf institutioneller Ebene ist das Land mit dem Europaausschuss und über den Ausschuss der Regionen in der EU aktiv.

Wie wird europäische Politik konkret auf Landesebene umgesetzt?

Josha Frey: Einen besonderen Schwerpunkt legt die Landesregierung seit 2011 auf die Donaoraumstrategie.

Hier engagieren wir uns gemeinsam auf Themenfeldern, die alle Donau-Anrainer betreffen: Es geht um eine bessere Anbindung des Donauraums in den Bereichen Mobilität, Infrastruktur und Tourismus. Die gemeinsamen Anstrengungen im Umweltschutz werden ausgebaut. Außerdem werden die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen gestärkt und mehr Anreize für Investitionen und gegenseitigen Austausch im Forschungs- und Bildungsbereich geschaffen. Und wir stoßen Maßnahmen für starke zivilgesellschaftliche Strukturen und bessere Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger an.

Was müssen wir tun, damit der europäische Gedanke noch näher an die Menschen rückt?

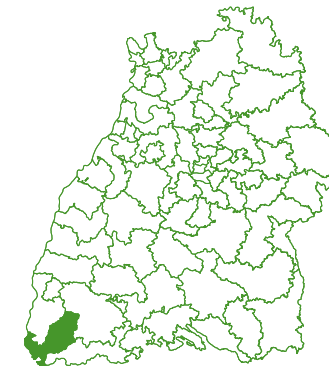
Joshua Frey: Mir schwebt vor, dass wir künftig auch grenzüberschreitende Regionalversammlungen direkt wählen und so die demokratische Legitimation dieser Gremien stärken. Bis jetzt geben wir Empfehlungen und Resolutionen ab. Wir sollten diesen grenzüberschreitenden Gremien mehr Möglichkeiten geben, direkt die Politik der Grenzregionen zu gestalten. Europa lebt von seinem unverwechselbaren kulturellen Reichtum und seiner Vielfalt. Diese Unterschiede dürfen wir nicht verwischen, aber wir müssen dazu beitragen, dass das Wissen übereinander wächst. Das funktioniert am besten, wenn wir den europäischen Gedanken im Alltag leben – in den Schulen, in den Unternehmen und in kulturellen und sozialen Gemeinschaftsprojekten.

„Die EU ist lebendiges Symbol für die Überwindung des Nationalismus.“

Was ist dein Traum für die Zukunft der Europäischen Union?

Joshua Frey: Für mich ist die EU der Anker für unsere gemeinsamen Werte, Stabilisator und lebendiges Symbol für die Überwindung des Nationalismus. Doch die Europäische Union ist im Umbruch und wir müssen Antworten auf die neuen Herausforderungen finden: Wie gestalten wir die digitale Revolution? Wie sichern wir Wohlstand und soziale Gerechtigkeit für die Zukunft? Wie bekämpfen wir den Klimawandel und den Verlust der Artenvielfalt? Wie gewährleisten wir künftig unsere innere und äußere Sicherheit? Ich wünsche mir, dass wir die Schwachstellen innerhalb der EU und ihrer Institutionen ehrlich benennen und uns auf das rückbesinnen, was Europa ausmacht: Demokratie, Solidarität, Freiheit und Frieden. Deshalb haben wir im Land mit dem „Europadialog“ einen breit angelegten Diskussionsprozess gestartet. Wir wollen die EU transparent mit den Bürgerinnen und Bürgern weiterentwickeln. Am Ende wird ein Vorschlag für ein Leitbild Baden-Württembergs für Europa stehen.

Joshua Frey



Joshua Frey MdL
Lörrach

Sprecher für Europa-
und Suchtpolitik



SO ARBEITEN WIR MIT UNSEREN EUROPÄISCHEN NACHBARN ZUSAMMEN:

Das Netzwerk der **Vier Motoren** für Europa wurde am 9. September 1988 gegründet. Die Regionen Lombardei (Italien), Katalonien (Spanien), Auvergne-Rhône-Alpes (Frankreich) und Baden-Württemberg bündeln hier ihre Interessen als vier wirtschafts- und forschungsstarke Regionen in Europa.

Die **Eurodistrikte** Strasbourg-Ortenau, Pamina, Region Freiburg-Centre et Sud Alsace und der Trinationale Eurodistrikt Basel sollen als Modellregionen neue Formen der grenzüberschreitenden Kooperation erproben.

Der 1997 gegründete **Oberrheinrat** ist das „Parlament“ der trinationalen Metropolregion am Oberrhein. Dem Gremium gehören 71 gewählte Mitglieder aus den vier Teilregionen Elsass, Baden, Südpfalz und Nordwestschweiz an. Dazu zählen Parlamentsmitglieder, Landrätinnen und Landräte, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Wichtigster Partner des Oberrheinrats ist die Oberrheinkonferenz, der Experten der Verwaltungen der drei Länder angehören.

Die **Internationale Bodenseekonferenz (IBK)** ist ein Zusammenschluss auf Verwaltungsebene der Bodensee-Anrainerstaaten mit wechselndem Vorsitz. Sie wurde 1972 gegründet, um grenzüberschreitende Probleme zu lösen und die regionale Zusammenarbeit zu fördern.

Zur **Europäischen Konföderation der Oberrheinischen Universitäten (EUCOR)** haben sich 1989 die fünf oberrheinischen Universitäten in Basel, Freiburg, Karlsruhe, Mulhouse und Strasbourg zusammengeschlossen. In diesem Rahmen werden zahlreiche Kooperationen im Bereich der Lehre, der Forschung und der institutionellen Zusammenarbeit zwischen den benachbarten Universitäten umgesetzt.

Mit Weitblick modernisieren: Wir setzen auf wirksamen Klimaschutz auf allen Ebenen und machen Baden-Württemberg zur Pionierregion für die Mobilität von morgen. Wir gestalten den Wandel in der Arbeitswelt und richten unsere Haushaltspolitik nachhaltig aus – denn das ist gelebte Generationengerechtigkeit.

So machen wir
Baden-Württemberg

zukunftsfest.

SATTE LEISTUNG

Power durch Sonne und Wind:
Die Leistung von Windkraftträdern
stieg von 1.029 Megawatt (2016) auf
1.491 Megawatt (März 2018).

Diese **Mehrleistung** entspricht ungefähr einem
jährlichen Strombedarf von 147.000 Haushalten.

Bis 2020 will die Landesregierung 86.000
Quadratmeter **Photovoltaik-Anlagen** auf
Dächern von Landesgebäuden installieren.



NACHHALTIGE FINANZPOLITIK

Premiere beim **Schuldenabbau**: Wir tilgen erstmals
in der Geschichte des Landes mehr als 1 Milliarde Euro.



Nachhaltige und ethische Kriterien für Geldanlagen
des Landes: Keine Investitionen in Kohle, Fracking,
Erdöl, Waffengeschäfte und Kinderarbeit.



6 Landeshaushalte
ohne neue Schulden



+ 5,8 Mio. €
für neue Ideen

RESSOURCEN EFFIZIENT NUTZEN

Alles im Fluss: Mit dem „Think Tank
Industrielle Ressourcenstrategien“
und dem Konzept der Ultraeffizienzfabrik
gehen wir **neue Wege bei Recycling
und Kreislaufwirtschaft**.

Viel erreicht



und noch viel vor!



VORFAHRT FÜR SANIERUNGEN

Wir sanieren Gebäude,
Straßen und Brücken mit
rund **5 Milliarden Euro**
und bauen so versteckte
Schulden ab.



+ 3 Mrd. €
für die Kommunen



GUT AUFGESTELLTE KOMMUNEN

Das Land ist ein verlässlicher Partner: Seit 2011 sind die
Leistungen an Kommunen um 3 Milliarden Euro gestiegen.

Extra Zukunftspaket: 1,6 Milliarden Euro für Bildung
und Betreuung, Digitalisierung, Mobilität, Krankenhaus-
förderung und gelingende Integration vor Ort.

VEREINTE KRÄFTE IM KLIMASCHUTZ

Unser **Klimaschutzbündnis „Under2Coalition“**
ist eine starke Lobby für den Klimaschutz: Unser
Ministerpräsident bringt mehr als 222 Regionen
und Städte und 1,3 Milliarden Menschen auf
6 Kontinenten zusammen.





AUTO DER ZUKUNFT AUF DER ÜBERHOLSPUR

Mit dem **Strategiedialog der Automobilwirtschaft** arbeiten wir daran, dass das Auto der Zukunft weiterhin bei uns im Land entwickelt, gebaut und weltweit gefahren wird.



vom **AUTOLAND NR. 1** zum **MOBILITÄTSLAND NR. 1**

Schon jetzt Platz 1 für Baden-Württemberg im Ländervergleich: Für die Sicherheit im Straßenverkehr und den Kampf gegen Verkehrslärm gibt es für uns Bestnoten.

Vorausfahren: Mit den Landesinitiativen zur E-Mobilität investieren wir bisher mehr als **80 Millionen Euro** in diese Zukunftstechnologie. Bis 2020 können wir überall im Land Strom tanken – alle 10 Kilometer gibt es eine E-Ladesäule.



**Alle 10 km
auftanken**



**8 Mio. €
in die Batterietechnologie**

Wir stellen die Weichen für eine digitalisierte Produktion von Lithium-Ionen-Batterien in Baden-Württemberg.



MEHR BUS MEHR BAHN MEHR KOMFORT

Für saubere Luft in unseren Städten und mehr Alternativen zum Auto: Wir bauen das Angebot auf der Schiene und bei den Regiobuslinien aus. Wir investieren in mobile Tickets und intelligente Verkehrssteuerung.

+ 450 Mio. € für intelligenten Verkehr



EIN ZIEL EIN TICKET

Mit dem neuen **bwtarif** fahren alle landesweit über Verbundgrenzen hinweg. Plus: Die Fahrt mit dem Bus oder der Stadtbahn am Start- und Zielort ist im Ticket inbegriffen.

**Im Schnitt
25% günstiger
als bisher!**



FREIE FAHRT FÜR FAHRRÄDER

Landesstraßen nur für Fahrradfahrer: Wir schaffen 10 neue Radschnellwege bis 2025. So kommen Pendlerinnen und Pendler ohne Stau zur Arbeit.

Intelligent investieren, sinnvoll sparen

Erstmals in der Geschichte Baden-Württembergs zahlt das Land Kreditmarktschulden zurück. Die Kommunen im Land stehen hervorragend da. Dass der Landeshaushalt solide bleibt und Land, Städte und Gemeinden kräftig in die Zukunft investieren können – dafür sorgen Edith Sitzmann, Thekla Walker und Dr. Ute Leidig mit einer klugen Mischung aus Sparen, Sanieren und gezielten Investitionen.

Wie sie die Finanzen des Landes langfristig wetterfest machen will - erklärt unsere Finanzministerin Edith Sitzmann.

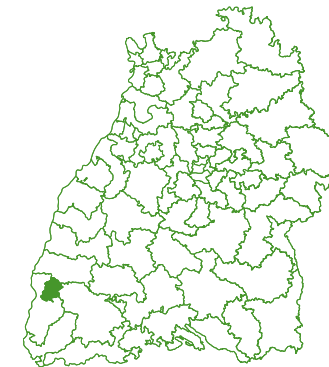
Edith Sitzmann: Die grün-geführte Landesregierung ist mit dem Ziel angetreten, die Schuldenbremse souverän und verlässlich einzuhalten und den Landeshaushalt dauerhaft solide aufzustellen. Nachhaltige Finanzen sind ein zentrales grünes Thema. Und wir kommen hier richtig gut voran.

Die Ausgangslage ist nicht einfach. Schuldenstand im Jahr 2018: rund 47 Milliarden Euro. Diese Politik auf Pump haben wir beendet und die Trendwende eingeleitet. Fünf Jahre hintereinander haben wir keine neuen Schulden gemacht – und mit dem Haushalt für 2018 und 2019 folgte die nächste Premiere: Erstmals in der Geschichte unseres Landes werden wir mehr als eine Milliarde Euro Kreditmarktschulden tilgen.

Zur Wahrheit gehört auch: Es gibt sogenannte implizite, also versteckte Schulden – und die übersteigen die Kreditmarktverschuldung des Landes bei Weitem. Hierzu zählen unter anderem der Sanierungstau bei Landesgebäuden und Straßen oder die Pensionsverpflichtungen. Und diese versteckten Schulden gehen wir an: Seit das Finanzministerium in grüner Hand ist, hat das Land über fünf Milliarden Euro implizite Schulden getilgt – damit dieses Geld nicht morgen unsern Kindern und Enkeln fehlen wird.


Die Pensionsausgaben betragen schon heute fast fünf Milliarden Euro im Jahr. Bis 2050 werden sie voraus-

Nachhaltigkeit ist bei den Finanzen Programm: Edith Sitzmann (links) und Thekla Walker (rechts) setzen für Baden-Württemberg auf eine kluge Mischung aus Investieren, Sanieren und Sparen.



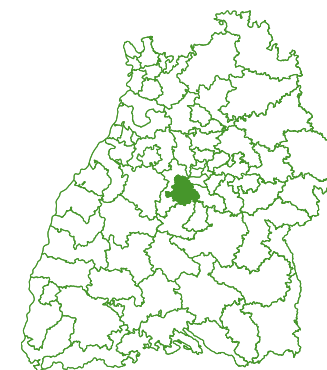
Edith Sitzmann MdL
Freiburg II
Finanzministerin



A photograph of two women standing outdoors in front of a building. The woman on the left has short blonde hair, wears red-rimmed glasses, a light pink shirt, and a dark patterned blazer. The woman on the right has long blonde hair and is wearing a teal blazer. She is holding a bright green piggy bank. The background shows a building with windows and a green bush.

**„Wir stellen unser Land
bestmöglich für die
Zukunft auf.“**

Edith Sitzmann



Thekla Walker MdL
Böblingen

Stv. Fraktionsvorsitzende
Sprecherin für Finanz- und
Tierschutzpolitik



**„Wir setzen das Geld gezielt ein:
für Bildung, moderne Mobilität
und den Erhalt unserer Umwelt.“**

Thekla Walker

Dieses grüne Sparschwein thront normalerweise ►
auf dem Schreibtisch von Finanzministerin
Edith Sitzmann. Für das Fotoshooting haben wir
es auf den Treppen vor dem Finanzministerium im
Neuen Schloss an die frische Luft gesetzt.

sichtlich auf knapp neun Milliarden Euro jährlich anwachsen. Das ist eine enorme Zahlungsverpflichtung für die Zukunft. Was wir in diesen guten Jahren für die Pensionen zurücklegen, hilft den kommenden Generationen, wenn die jährlichen Ausgaben kaum mit den laufenden Einnahmen zu stemmen sind. Unser erstes Ziel bis Ende 2019 ist daher die Erhöhung der Rücklagen auf fast acht Milliarden Euro.

Auch aufgeschobene Sanierungen verursachen hohe Kosten in der Zukunft. Gezielt in Sanierung zu investieren ist wirtschaftlich sinnvoll und zahlt sich langfristig im Haushalt aus. Wir nehmen zunächst also knapp zwei Milliarden Euro zusätzlich für Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen in die Hand. Je niedriger die impliziten Schulden in der Zukunft ausfallen, je mehr wir heute vorsorgen, desto mehr Spielräume haben künftige Generationen.

Wirtschaftlich läuft es gut in Baden-Württemberg, sehr gut sogar. Die Beschäftigung ist auf einem Rekordstand. Der Aufschwung kommt bei immer mehr Menschen im Geldbeutel an. Wenn es unseren innovativen Unternehmen gut geht und viele Menschen Arbeit haben, dann entwickeln sich auch die Steuereinnahmen positiv. Aber kein Aufschwung währt ewig. Mein Ziel ist es, die guten



Zeiten zu nutzen, um unser Land bestmöglich für die Zukunft aufzustellen und für schlechtere vorzusorgen.

Welche Zukunftsaufgaben dem Land viel Geld wert sind – erklärt unsere finanzpolitische Sprecherin der Fraktion Thekla Walker.

Thekla Walker: Die Finanzen eines Landes wirken immer etwas abstrakt und schwer fassbar. Aber hinter den Einzelplänen, Titeln und Zahlen stehen ganz konkrete Herausforderungen und Aufgaben, die wir anpacken wollen. Grundlage ist für uns Grüne immer eine nachhaltige Haushaltspolitik.

Das heißt: Wir investieren in die zentralen Herausforderungen der Zukunft. Damit unser Land auch morgen

und übermorgen noch wettbewerbsfähig und lebenswert ist. Wir haben sehr gründlich abgewogen, wofür wir am Dringlichsten mehr Geld zur Verfügung stellen und wofür nicht.

Wir setzen einen Schwerpunkt für den Erhalt einer intakten Natur und Umwelt. So viel Geld für Natur- und Umweltschutz wurde noch nie investiert. Wir tun das aus einem gutem Grund: Wenn der Klimawandel und das Artensterben weiter ungebremst voranschreiten, dann gefährdet das unseren Wohlstand, unsere Natur und damit unsere hohe Lebensqualität hier in Baden-Württemberg. Das Land selbst wird seiner Vorbildfunktion für den Klimaschutz gerecht, indem es nicht nur investiert, sondern Stück für Stück seine Gebäude energetisch saniert und deren Dächer zur Energiegewinnung durch Photovoltaik oder Solarthermie nutzt.

Wir packen den Transformationsprozess des Mobilitätssektors an und setzen konsequent auf die neue Mobilität. Deshalb investieren wir kräftig in eine intelligente, zukunftsfähige Verkehrsinfrastruktur, in Elektromobilität, in den Ausbau von Radschnellwegen oder den Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs.

Es ist gut, dass sich in unserer Gesellschaft immer mehr die Überzeugung durchsetzt, dass der Wohlstand und Erfolg eines Landes nicht nur vom Gesamtwert aller Güter, Waren und Dienstleistungen abhängt. Es geht vielmehr auch um die Frage, wie es um den gesellschaftlichen Zusammenhalt in einem Land bestellt ist – ein weiterer Schwerpunkt unserer Investitionen.

Die Wohnraumförderung – insbesondere die soziale Wohnraumförderung – setzen wir deshalb auf Rekordniveau fort. Genauso wichtig ist es uns, dass wir kräftig in die Bildung investieren - jeden fünften Euro gibt das Land inzwischen für Bildung aus. Wir wollen gleiche Chancen für alle Kinder, unabhängig von der Herkunft und dem Geldbeutel der Eltern. Wir wollen ein leistungsstarkes Bildungssystem. Bei der Qualität der Kleinkindbetreuung sind wir inzwischen bundesweit Spitze. Insgesamt nimmt das Land sehr viel Geld für Digitalisierungsmaßnahmen, für Künstliche Intelligenz und für den Breitbandausbau in die Hand. Bei der Inneren Sicherheit stärkt die grün-geführte Landesregierung die Polizei unter anderem mit vielen hundert neuen Stellen. Wir schaffen die Voraussetzungen, dass Baden-Württemberg seine Spitzenstellung bei der inneren Sicherheit behaupten und ausbauen kann.

Warum das Land ein verlässlicher Partner der Kommunen ist – erklärt Dr. Ute Leidig, die sich für starke Städte, Gemeinden und Landkreise einsetzt.

Ute Leidig: Starke Städte, Gemeinden und Landkreise sind die Voraussetzung für gutes Zusammenleben und gesellschaftliche Integration. Deshalb ist es von großem Wert für unser Land, dass die Kommunen in Baden-Württemberg so gut dastehen wie nie zuvor. Sie haben im Vergleich die niedrigste Pro-Kopf-Veranschuldung aller Bundesländer, die zweithöchsten Pro-Kopf-Investitionen und sie erzielen schon seit mehreren Jahren Überschüsse. Das soll auch so bleiben! Denn viele drängende Zukunftsaufgaben lassen sich nur bewältigen, wenn Land und Kommunen gemeinsam an einem Strang ziehen.

Seit 2011 sind die Leistungen des Landes an die Kommunen um rund drei Milliarden Euro angestiegen. Mit dem Ausbau der Wohnraumförderung, dem Pakt für Integration oder dem Gesetz zur ÖPNV-Finanzierung hat der Landtag wichtige Programme und Gesetze auf den Weg gebracht, die unsere Kommunen bei ihren wichtigen Aufgaben finanziell unterstützen. Die Kommunen profitieren zudem vom neu eingerichteten kommunalen Sanierungsfonds in dreistelliger Millionenhöhe.

Nach intensiven Gesprächen mit den kommunalen Spitzenverbänden haben wir 2018 ein umfangreiches Zukunftspaket für die Kommunen mit einem Volumen

von rund 1,6 Milliarden Euro geschnürt, davon kommt eine Milliarde vom Land. Zentral wichtiger Punkt ist dabei der Pakt für gute Bildung und Betreuung, für den sich die Grüne Fraktion von Beginn an eingesetzt hat. Ein Erfolg ist für uns auch die Fortführung des Landesverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG): Wir wollen die Kommunen beim Straßen- und Radwegebau sowie beim Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs unterstützen. Uns Grünen ist es wichtig, dass unsere Kommunen umwelt- und klimafreundliche Mobilität gewährleisten können.

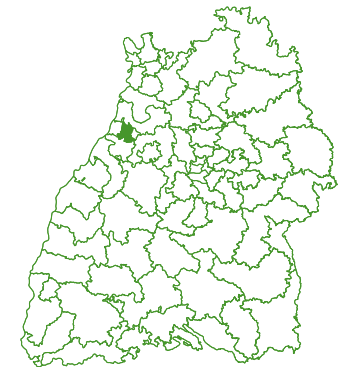
Stark gemacht haben wir uns auch für ein Digitalisierungsprogramm für die Schulen im Land, die Krankenhausförderung sowie eine faire und ausreichende Finanzierung der Unterbringung von geduldeten Geflüchteten. Städte und Landkreise leisten hier vorbildliche Arbeit und das Land steht zu seiner finanziellen Verantwortung.

Die Einigung zeigt: Das Land ist ein verlässlicher Partner der Kommunen. Wir wollen eine gute Daseinsvorsorge in den Städten, Gemeinden und Landkreisen – und dafür statten wir sie finanziell sehr gut aus. Wir reden nicht von starken Kommunen – wir machen sie stark.

Betreuungsplätze, Radwegeausbau, Krankenhausförderung, Integration: Die grün-geführte Landesregierung stattet ihre Städte und Gemeinden finanziell gut aus. Das Land als verlässlicher Partner der Kommunen – dafür setzt sich Ute Leidig ein. ►

**„Wir wollen
starke Kommunen
und statten sie
dafür gut aus.“**

Dr. Ute Leidig



Dr. Ute Leidig MdL
Karlsruhe I



Im Aufwind

Der richtige Umgang mit begrenzten Ressourcen, der Umstieg auf erneuerbare Energien und der Kampf gegen den Klimawandel zählen zu den wichtigsten Aufgaben der Politik. Welchen Beitrag kann Baden-Württemberg leisten? Franz Untersteller, Jutta Niemann und Daniel Renkonen stellen die wichtigsten Projekte und Instrumente vor.

Under2Coalition

Ein weltweites Bündnis aus Bundesstaaten, Ländern, Regionen und Städten, die sich freiwillig verpflichtet haben, sich im besonderen Maße für den Klimaschutz einzusetzen. Ziel ist, die weltweite Erderwärmung unter 2°C zu halten („Under 2“). Die Idee zur Gründung wurde vom Grünen Umweltminister **Franz Untersteller** und dem kalifornischen Gouverneur Jerry Brown in die Wege geleitet und die Absichtserklärung auf der Klimakonferenz 2015 in Paris unterschrieben. Demnach wollen die Mitglieder die Treibhausgas-Emissionen bis 2050 um 80 bis 95 Prozent senken (im Vergleich zum Jahr 1990). Inzwischen vertritt die Under2Coalition mehr als eine Milliarde Menschen und 40 Prozent der globalen Volkswirtschaft. Das Bündnis setzt sich weltweit für eine klimaneutrale und kohlenstoffarme Wirtschaft ein. „Mehr und mehr Regionen zeigen Interesse, sich ihr anzuschließen. Für die Zukunft würde ich mir wünschen, dass wir weitere Mitglieder gewinnen, um die Klimaziele noch entschiedener voranzutreiben“, so Untersteller.

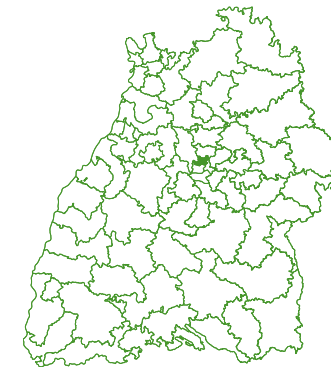
Klimaschutzgesetz

Wer mehr wirtschaftet, muss auch mehr für den Klimaschutz tun – davon sind die Landtagsgrünen überzeugt. „Gerade als erfolgreicher Industriestandort stehen wir in der Verantwortung“, sagt der klimapolitische Sprecher der Fraktion **Daniel Renkonen**. Der Anteil des Industriestandorts Baden-Württemberg an der weltweiten Treibhausgasemission liegt bei 0,3 Prozent – ein überdurchschnittlicher Wert. „Deshalb haben wir auf Landesebene ein eigenes Klimaschutzgesetz beschlossen, um Treibhausgase zu reduzieren und die Auswirkungen des Klimawandels durch regelmäßige Untersuchungen beobachten zu lassen, um früher auf klimatische Veränderungen wie Starkregen oder extreme Hitzewellen reagieren zu können“, sagt Daniel Renkonen.

Integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept

Doch wie können die richtigen Maßnahmen ergriffen und Klimaschutzziele eingehalten werden? Hier kommt das Integrierte Energie- und Klimaschutzkonzept (IEKK) ins Spiel. Es bündelt die wichtigsten Strategien, die in


Photovoltaik, Windkraft, intelligente Wärmenetze, Energieberatung und Gebäudesanierung: Mit der Kombination unterschiedlicher Ansätze gelingt uns der Umbau zu einem klimaschonenden Energiesystem, meinen Jutta Niemann (links), Franz Untersteller (Mitte) und Daniel Renkonen (rechts).



Franz Untersteller MdL
Stuttgart III

Minister für Umwelt, Klima
und Energiewirtschaft



A photograph of three people standing in front of a brick building. On the left is a woman with short brown hair and glasses, wearing a dark blue cardigan over a teal top and dark jeans. In the center is a man with grey hair, wearing a grey suit jacket, a light green tie, and a white shirt. On the right is a man with dark hair and glasses, wearing a black blazer over a bright blue shirt and dark trousers. They are standing on a gravel path. The background shows a brick building with windows and a young tree with green leaves.

**„Wir bündeln unsere Ideen beim
Klimaschutz und animieren
andere zum Nachmachen.“**

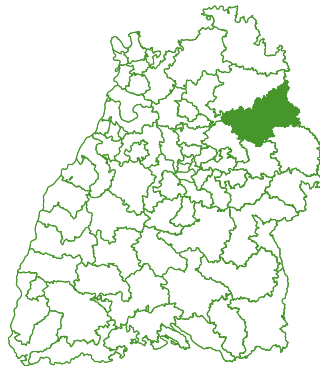
Franz Untersteller

**„Wir wollen einen neuen
Solar-Boom anstoßen –
der Anfang ist gemacht.“**

Jutta Niemann



- ◀ Energie durch die Kraft der Sonne tanken – am besten mit Photovoltaik-Anlagen: Im Ländlichen Raum setzen immer mehr Bauernhöfe auf die freien Flächen ihrer Dächer und investieren in die Zukunft.



Jutta Niemann MdL
Schwäbisch-Hall

Sprecherin für Energiepolitik



den nächsten Jahren umgesetzt werden müssen: Bis 2050 will Baden-Württemberg 90 Prozent seiner Kohlenstoffdioxid-Emissionen einsparen. „Das wird nicht einfach. Um dies zu schaffen, müssen wir den Anteil der erneuerbaren Energien bei der Stromerzeugung ausbauen und den Energieverbrauch in allen Bereichen deutlich senken“, sagt die energiepolitische Sprecherin **Jutta Niemann**.

Umwelt schonen spart Geld

Ressourceneffizienz

Wirtschaftlich wachsen und dabei weniger Ressourcen verbrauchen – auf diese Weise will die grün-geführte Landesregierung Ökonomie und Ökologie vereinen. „Wir setzen uns bereits erfolgreich dafür ein, dass wir Rohstoffe besser verwerten, um Materialien mehrfach einsetzen zu können. Das spart Kosten und schont die Umwelt“, sagt Franz Untersteller. Hintergrund ist der weltweit steigende Verbrauch an Ressourcen, unter dem die Umwelt leidet. Die Folgen: abgeholzte Wälder, verschmutzte Flüsse, zerstörte Ökosysteme. „Würden alle Menschen auf der Welt so konsumieren wie wir in Deutschland, würden drei Planeten Erde nicht reichen“, so Untersteller. Angesichts steigender Import-Preise und zunehmender Abhängigkeit von Lieferanten hat Baden-Württemberg eine Landesstrategie entwickelt, die für die Landespolitik Richtlinien für einen schonenden

Umgang mit Ressourcen vorgibt. „Unser Ziel ist, Rohstoffe in einem geschlossenen Kreislauf zu halten und sie besser einzusetzen. Das schützt unsere Umwelt und macht unsere Wirtschaft weniger abhängig von Importen.“

100 Betriebe für Ressourceneffizienz

Auch deshalb hat Umweltminister Untersteller die Initiative „100 Betriebe für Ressourceneffizienz“ ins Leben gerufen. Die Allianz zeigt Beispiele, wie Unternehmen Energie sparen und weniger Ressourcen verbrauchen können. „Die Initiative wird die bisherigen Aktivitäten zur Ressourceneffizienz im Land mit konkreten, vorzeigbaren Ergebnissen unterstützen. Die Exzellenzbeispiele sollen über Baden-Württemberg hinaus Strahlkraft entfalten und die Leistungsfähigkeit der einheimischen Wirtschaft unterstreichen“, betont Franz Untersteller.

ThinkTank industrielle Ressourcenstrategien

Hierbei sollen Industrie und Forschung gemeinsam eine Antwort darauf finden, welche Geschäftsmodelle durch ressourceneffiziente Technologien geschaffen werden können und welche Chancen die Digitalisierung für effizientere Produktionsverfahren bietet. Unter besonderem Einsatz der Grünen Landtagsfraktion wurde der ThinkTank als eigenständiges Projekt am Karlsruher Institut für Technologie KIT gegründet. „Wir dürfen alle gespannt sein, welche wegweisenden Lösungen und Handlungsempfehlungen in den kommenden Jahren im ThinkThank für unsere Wirtschaft entstehen“, sagt Franz Untersteller.

Ultraeffizienzfabrik

Eine moderne Fabrik, die keine Abluft, keinen Abfall oder Abwasser produziert; eine Produktionsstätte, die ohne Immissionen auskommt und vorhandene Ressourcen bestmöglich nutzt: Dafür steht die Ultraeffizienzfabrik, die als Forschungsvorhaben im Jahr 2017 an den Start gegangen ist. „Wir wollen herausfinden, wie wir in Zukunft ressourcenschonend und energiesparend produzieren können“, sagt Niemann. Mit dieser neuen und innovativen Produktionsform wollen die Landtagsgrünen den Südwesten als attraktiven Industriestandort für die Zukunft stärken. „Wir entwickeln die Fabrik der Zukunft, die mit geschlossenen Stoff- und Energiekreisläufen neue Maßstäbe setzt. Die Erkenntnisse wollen wir in die Breite tragen. Mit Hilfe von digitalen Analysen sollen Unternehmen erkennen können, wenn es Optimierungsbedarf in der Produktion gibt. Gemeinsam mit Forschungseinrichtungen können sie dann effiziente Technologien entwickeln.“

Energie tanken aus Sonnenkraft

Solaroffensive

Die Grüne Landtagsfraktion setzt sich maßgeblich dafür ein, dass das Energiesystem in Baden-Württemberg umgebaut wird – weg von der klimaschädlichen Kohle, hin zu einem höheren Solar-Anteil. „Wir haben die ersten Schritte getan, um einen neuen Solar-Boom anzustoßen. Landesweit besteht theoretisch die Möglichkeit, auf 50.000 Dächern Solarkraftanlagen zu installieren. Als Land gehen wir als Vorbild voran und weiten Photovol-

taikanlagen auf landeseigenen Gebäuden massiv aus“, sagt Jutta Niemann. Bis 2020 sollen Anlagen auf einer Fläche von rund 86.000 Quadratmetern entstehen. „Wir benötigen den raschen Ausbau der erneuerbaren Energien, um die Energiewende voranzubringen und unsere Klimaschutzziele einzuhalten. Als Land müssen wir zeigen, dass sich Photovoltaik finanziell lohnt, damit möglichst viele Hausbesitzerinnen und -besitzer ihre Dächer mit Photovoltaik-Anlagen ausstatten“, sagt Jutta Niemann.

Gebäudesanierung

Abgas aus Auspuffrohren oder rauchende Industrieschornsteine prägen das Bild von Luftverschmutzung. Oft wird aber vergessen, dass ein Viertel aller CO₂-Emissionen auf Wohngebäude zurückgeht. „Jeder Hauslebauer kann sich am Klimaschutz beteiligen, wenn er sein Gebäude auf Vordermann bringt“, sagt Daniel Renkonen. Von schlecht gedämmten Kellerdecken über mangelhaft isolierte Fassaden bis hin zu veralteten Heizungen: Offensichtliche Mängel sind mit bloßem Auge oft nicht zu erkennen. „Hinweise geben Beraterinnen und Berater der Energie- und Klimaagenturen. Sie überprüfen, wie die energetische Sanierung finanziert und welche Fördermittel beantragt werden können“, sagt Renkonen. Die Grünen machen sich dafür stark, das Personal in den Agenturen auszubauen. „Wir benötigen mehr Energieberaterinnen und -berater für die Überzeugungsarbeit. Ein Wechsel weg von fossilen Brennstoffen lohnt sich. Im Land gibt es noch eine Million Ölheizkessel, die dringend ausgetauscht werden müssten.“

Das grün-geführte Umweltministerium treibt die
Energiewende energisch voran – unter anderem
mit einem soliden Mix verschiedener erneuerbarer
Energien wie Solar-, Wind- und Wasserkraft.

„Jede und jeder von uns kann zu Hause etwas für den Klimaschutz tun.“



Daniel Renkonen MdL
Bietigheim-Bissingen

Sprecher für Klima-
und Verkehrspolitik



Daniel Renkonen





**„Baden-Württemberg
bekommt beim Lärmschutz
Bestnoten.“**

Thomas Marwein

Mobilität: Mix der vielen Möglichkeiten

Baden-Württemberg ist auf dem Weg zu einer modernen und nachhaltigen Mobilität: Den Ausbau von Bus und Bahn, Elektromobilität, Fuß- und Radverkehr treibt Winfried Hermann als Verkehrsminister energisch voran, ebenso ein gutes Straßennetz. Thomas Marwein als Lärmschutzbeauftragter setzt sich dafür ein, dass der Lärmschutz entlang der Strecken stimmt.

Wenn ich mich in zehn Jahren auf den Weg zu meinem Arbeitsplatz oder zum Großeinkauf begeben – nehme ich Bus, Bahn oder Auto?

Winfried Hermann: Es wird ein Mix aus allem sein – wesentlich mehr als heute: Mit Bus oder E-Bike zum Bahnhof; vom Bahnhof mit U-Bahn oder Mietfahrrad zum Büro; mit dem Carsharing-Auto zum Supermarkt; mit dem Zug oder Mietauto in den Urlaub. Klar ist: Die Menschen wollen und müssen mobil sein. Die Mobilität der Zukunft wird jedoch leiser, sauberer, umwelt- und klimaverträglicher sein als heute – dank Elektro-Mo-

◀ **Schluss mit dem Lärm:** Mehr Verkehr bedeutet mehr Krach. Winfried Hermann (rechts) und Thomas Marwein (links) halten mit ihrer Politik energisch dagegen – mit einer sinnvollen Verkehrsverlagerung und geeigneten Lärmschutzmaßnahmen.

bilität und Ladesäulen im ganzen Land, dank deutlich verbessertem und bezahlbarem Öffentlichen Nahverkehr, einem gut ausgebauten und sicheren Radwegenetz sowie einem umfangreichen Angebot an Miet- und Teilautos. Daran arbeiten wir hier in Baden-Württemberg.

... das Stichwort ist „vernetzte Mobilität“.

Winfried Hermann: Richtig. Bevor ich losgehe, schaue ich in mein Smartphone. Es wird mir anzeigen, mit welchem Verkehrsmittel ich pünktlich und am bequemsten zu meinem Ziel komme. Über Chipkarten und Apps lassen sich ÖPNV-Fahrten buchen und abrechnen ebenso wie Car- und Bike-Sharing. Ob Park&Ride-Angebote und Rufbusse; ob Routenplaner, die auf Basis von Live-Daten Alternativen zur Stau-strecke oder zum ausgefallenen Zug berechnen; ob Echtzeitanzeigen an den Haltestellen: Die Vernetzung im gesamten Verkehrsbereich ist zentrales Ziel unserer Grünen Politik. Wir werden alle digitalen Innovationen nutzen, um Mobilität für die Menschen so einfach und komfortabel und zugleich so klima- und umweltfreundlich wie möglich zu machen. Auch das Auto der Zukunft wird ein anderes sein.

Thomas Marwein: Es muss ein anderes sein – nämlich emissionsfrei mit alternativen Antriebssystemen, batterieelektrisch oder mit Brennstoffzellen.

Denn herkömmliche Autos, Lastwagen und Motorräder heizen unserem Klima gewaltig ein – mehr als 30 Prozent der in Baden-Württemberg ausgestoßenen Treibhausgase gehen derzeit auf ihr Konto. Wenn wir den CO₂-Ausstoß reduzieren wollen, um das Klima zu stabilisieren, dann muss der Verkehr seinen Beitrag leisten. Von der Autoindustrie hängen in Baden-Württemberg hunderttausende Arbeitsplätze ab. Wenn wir diese erhalten wollen – wenn wir wollen, dass unsere



Thomas Marwein MdL
Offenburg

Lärmschutzbeauftragter
der Landesregierung



Autobauer der internationalen Konkurrenz nicht hinterherfahren, dann müssen wir den Wandel zum emissionsfreien und übrigens auch autonomen Fahren mit der Industrie zügig voranbringen. Die grün-geführte Landesregierung ist deshalb mit Wirtschaft, Wissenschaft, Gewerkschaften und Umweltverbänden in einen strategischen Dialog zur Transformation der Automobilindustrie getreten. Wir wollen, dass das Auto und die Mobilitätsdienstleistungen der Zukunft hier in Baden-Württemberg entwickelt und gebaut werden. Und nicht nur in China oder anderswo.

Für eine Mobilitätswende brauchen wir einen attraktiven Nahverkehr. Was tut das Land, um die Menschen zum Umsteigen in Bus und Bahn zu bewegen?

Winfried Hermann: Mit dem neuen Baden-Württemberg-Tarif ist endlich Schluss mit dem jahrzehntealten Tarife-Wirrwarr im Land: Damit kann jede und jeder günstiger und mit nur einem Ticket durch alle 22 Verkehrsbünde im Land fahren. Mit der Mobilitätsgarantie wollen wir bis 2025 gewährleisten, dass alle Kommunen im Land zwischen 5 und 24 Uhr mindestens im Stundentakt mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar sind. Durch Wettbewerb und neue Verträge fahren die Züge schon seit 2016 im dichteren Takt und bieten deutlich mehr Komfort. Und mit unserem Elektrifizierungskonzept wollen wir erreichen, dass unser Schienennetz zukunftsfähig wird.

Zu einer guten Verkehrs-Infrastruktur zählt auch ein gutes Straßennetz.

Winfried Hermann: In den Straßenbau investieren wir seit vielen Jahren Rekordsummen. Dabei gilt die grüne Maxime „Sanieren vor Planieren“. Das heißt: Wir geben dem Erhalt unserer Straßen und Brücken Vorrang vor prestigeträchtigen Neubauten. Auch in den kommenden Jahren setzen wir diesen wegweisenden Kurs fort. Anstehende Projekte werden nach objektiven Kriterien bewertet und auf eine Prioritätenliste gestellt. Dabei orientieren wir uns an den Verkehrszahlen, Baukosten, Unfallzahlen, Eingriffen in Natur und Landschaft und der Lärmentlastung der Bürgerschaft. Unter Grün ist Straßenbau planbar, transparent und zuverlässig geworden.

Stichwort Lärmbelastung: Wenn von Verkehr die Rede ist, muss auch darüber gesprochen werden.

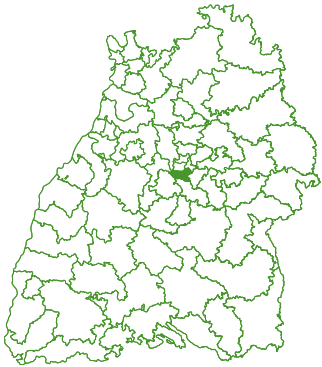
Thomas Marwein: Lärm ist nicht nur lästig, Lärm macht auf Dauer krank. Die grün-geführte Landesregierung hat sich das Ziel gesetzt, insbesondere auch Verkehrslärm zu reduzieren – mit zusätzlichen Initiativen jenseits der herkömmlichen Lärmschutzwände. Wir haben als einziges Bundesland einen eigenen Lärmschutzbeauftragten. Und wir sind in den vergangenen Jahren richtig gut vorangekommen. Tempo 30 aus Lärmschutzgründen ist

selbst an Ortsdurchfahrten von Bundesstraßen kein Tabu mehr. Dem Gesundheitsschutz der Anwohnerinnen und Anwohner räumen wir hohes Gewicht bei der Abwägung von verkehrsrechtlichen Maßnahmen ein. Für Straßen in der Baulast des Landes haben wir die Auslösewerte für die Lärmsanierung nochmals abgesenkt. Und wir haben mit einer Handlungsempfehlung auch innerorts den Einbau lärmindernder Fahrbahnbeläge ermöglicht.

Welches mittelfristige Ziel hat sich der Lärmschutzbeauftragte von Baden-Württemberg gesetzt?

Thomas Marwein: Baden-Württemberg hat ein Modellkonzept entwickelt und erprobt, das ich für richtungsweisend halte. Es sieht vor, dass Lärmbetroffene künftig einen gesetzlichen Anspruch auf Lärmsanierung an bestehenden Straßen und Schienenwegen erhalten. Dreh- und Angelpunkt ist dabei ein Lärmsanierungskonzept, das von allen betroffenen Baulastträgern und Behörden gemeinsam erarbeitet, unterzeichnet und dann als verbindliche Lärmsanierungsvereinbarung getragen wird – inklusive Finanzierung. Der Clou daran ist, dass in die Berechnung der Belastung der Lärm aller relevanten Verkehrslärmquellen im gesamten Gebiet einfließt. Ich will auf die dringend erforderlichen Weichenstellungen im Bundesrecht hinarbeiten. Wir brauchen ein Gesamtlärmschutzgesetz.

Winfried Hermann im Gespräch mit Fachleuten aus dem
Straßenbau in Offenburg: An der Brücke des Südrings
zur B 3/B 33 wird die alte Lärmschutzwand
abgebrochen und durch eine moderne ersetzt.



Winfried Hermann MdL
Stuttgart II
Minister für Verkehr



**Wir sorgen für einen
guten Zustand unserer
Straßen und Brücken.“**

Winfried Hermann

Familienfreundlichkeit ist Chefsache

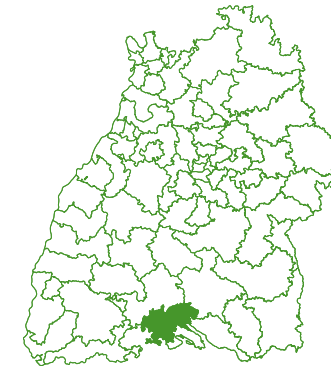
Was tun die Grünen für eine gerechtere Arbeitswelt? Ideen für familiengerechte Arbeitsmodelle sammeln Dorothea Wehinger und Alexander Schoch bei Unternehmen im ganzen Land – etwa beim Motor- und Getriebehersteller Maxon Motor, der seine Antriebe bereits zum Mars schickte. Eröffnet die digitale Arbeitswelt neue Chancen bei der Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Pflege?

Die Firmenphilosophie „Präzise bis ins kleinste Detail“ passt auf vier Millimeter. So lang ist das kleinste Getriebeteil von Maxon Motor: ein Metallzylinder, kleiner als eine Reißzwecke, in den 15 Zahnräder passen. „Bei der Montage kommt es auf Fingerspitzengefühl an“, sagt Geschäftsführer Dirk Zimmermann bei einem Rundgang im Firmensitz in Sexau bei Freiburg. Hier entstehen hochwertige Bauteile für Handprothesen, Fernsehkameras oder einen Marsmission-Roboter. Fingerspitzengefühl ist auch das Stichwort beim Umgang mit den

rund 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. „Wir wissen, dass wir nur mit einer attraktiven und fürsorglichen Unternehmenskultur Fachkräfte halten und gewinnen können“, sagt Zimmermann. Die grün-geführte Landesregierung hat Maxon Motor als einen von 58 Betrieben als familienbewusstes Unternehmen ausgezeichnet. Von den Anstrengungen des Getriebeherstellers ist Dorothea Wehinger beeindruckt: „Das Engagement für zufriedene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist vorbildlich und zukunftsweisend.“

Maxon Motor bietet Rückenurse, eine Fahrradwerkstatt und Fahrradleasing oder Suchtprävention für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Angestellten arbeiten auf Vertrauensbasis – ohne ein- und auszustempeln. Für Kinder werden Betreuungsangebote geschnürt, für Abiturientinnen und Abiturienten Bewerbungstrainings angeboten. „Wir unterstützen Frauen bei der Übernahme von Führungspositionen und schaffen Teilzeitstellen für Männer, um ihnen die Familienplanung zu erleichtern“, sagt Dirk Zimmermann.

Maxon Motor im südbadischen Sexau wurde als familienfreundlicher Betrieb 2017 ausgezeichnet. Beim Firmenrundgang erfahren Alexander Schoch und Dorothea Wehinger: Zufriedene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind die Voraussetzung für ein erfolgreiches Unternehmen. ▶



Dorothea Wehinger MdL
Singen

Sprecherin für Frauen-, Kinder- und Familienpolitik





**„Für die Vereinbarkeit von
Familie, Pflege und Beruf
braucht es eine gute Kinderbetreuung.“**

Dorothea Wehinger



◀ Geschäftsführer Dirk Zimmermann (links) und eine seiner Mitarbeiterinnen mit Alexander Schoch (rechts) und Dorothea Wehinger (Mitte rechts) in der Kantine: Hier können die Beschäftigten vergünstigt weitere Portionen für das Abendessen mit der Familie mitnehmen.

Alexander Schoch

„Die Hälfte der Macht gehört den Frauen!“

Wie Karrierechancen verbessert werden können, erklären der arbeitsmarktpolitische Sprecher der Fraktion Alexander Schoch und die frauenpolitische Sprecherin Dorothea Wehinger.

Wie setzen sich die Landtagsgrünen für mehr Fairness im Job ein?

Alexander Schoch: Das Land ist Arbeitgeber von Hunderttausenden Angestellten, Beamtinnen und Beamten, die Landesregierung ist sich daher ihrer Vorbildrolle bewusst. Wir unterstützen den Wiedereinstieg in den Beruf, die Teilzeitausbildung, den Umstieg von Teil-

zeit in Vollzeit und bieten Führungspositionen an, die auch in Teilzeit-Stellen ausgeübt werden können. Wir arbeiten daran, dass Eltern kein Karriereknick entsteht. Wir wollen, dass Männer und Frauen gleichermaßen die Chance der Elternzeit nutzen. Deshalb wollen wir auch unter bestimmten Voraussetzungen die Elternzeit analog zur Dienstzeit für Beförderungen anrechnen lassen.

Was tut das Land für Chancengleichheit im öffentlichen Dienst?

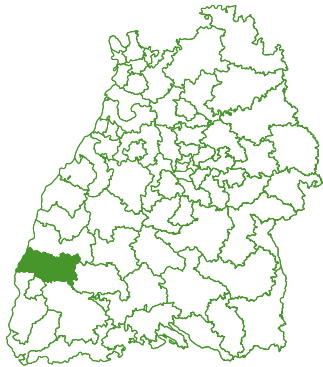
Alexander Schoch: Für uns ist klar: Die Hälfte der Macht gehört den Frauen! Deshalb setzen wir uns

entschlossen für Chancengleichheit in der Berufswelt ein. Mit dem Chancengleichheitsgesetz haben wir ein Programm auf den Weg gebracht, das die Karrierechance von Mitarbeiterinnen in der Verwaltung und landeseigenen Unternehmen voranbringt. Gremien sollen mit Frauen und Männern gleichbesetzt werden, Beauftragte für Chancengleichheit und Quotenregelungen für Fairness bei der Vergabe von Führungspositionen sorgen.

Auch mehr Väter wünschen sich eine bessere Balance zwischen Familie und Beruf. Als Land wollen wir bei Familiengerechtigkeit mit gutem Beispiel vorangehen. Wir erhoffen uns dadurch Nachahmungseffekte in den Kommunen, öffentlichen Unternehmen und der Wirtschaft.

Welche Aufgaben stehen für die Politik bei der Frauenförderung an?

Dorothea Wehinger: Viele Frauen haben Probleme, wieder in ihren alten Job einzusteigen. In kaum einem anderen Bundesland aber gibt es ein so großes Beratungsangebot. Mit dem Landesprogramm „Kontaktstellen Frau und Beruf“ können sich Frauen, die wieder in ihren Beruf zurückkehren wollen, kostenlos beraten lassen. Die Beratungen reichen von Weiterbildungsmaßnahmen bis zu Tipps für eigenständige Gründungen. Bis 2021 arbeiten wir auf einen flächendeckenden Ausbau hin. Künftig fokussiert das Beratungsangebot noch stärker Frauen aus dem Ausland, weswegen das



Alexander Schoch MdL
Emmendingen

Sprecher für Arbeitsmarktpolitik,
Energie- und Ressourceneffizienz

Mentorinnen-Programm für Migrantinnen fortgesetzt wird. Wir versprechen uns davon, mehr geflüchtete Frauen und Frauen mit Migrationshintergrund in unseren Arbeitsmarkt zu integrieren, um auch dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

Bringt die Digitalisierung neue Chancen für Frauen und Männer?

Alexander Schoch: Ja. Die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf ist ein wichtiger Beitrag zur Fachkräftesicherung. Verwaltungen und Unternehmen können mit Hilfe der Digitalisierung zeitgemäße und attraktive Arbeitszeitmodelle schaffen. Beispielsweise über die Abkehr von Präsenzpfllichten hin zu Home-Office: Wenn ich von zu Hause aus arbeiten kann, verschafft mir das höhere Flexibilität, Job und Familie unter einen Hut zu bringen. So können Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer neben dem Beruf auch die Kindererziehung oder die Pflege von Angehörigen stemmen. Wenn jede und jeder Beschäftigte die Arbeit nach individuellen Bedürfnissen gestalten kann, muss sich keine Mutter und kein Vater mehr zwischen Beruf und Familie entscheiden.

Warum ist Frauenförderung wichtig für die ganze Gesellschaft?

Dorothea Wehinger: Statistisch gesehen verdienen Frauen weniger, selbst bei gleicher Qualifikation, und arbeiten dreimal häufiger in Teilzeitjobs als Männer. Das Problem: Wer kürzer arbeitet, erhält weniger Gehalt und

später eine geringere Rente. Von Altersarmut sind in erster Linie Frauen betroffen. Hinzu kommt, dass Männer einen Dauersitzplatz auf den meisten Chefesseln haben: In der deutschen Wirtschaft ist nur jeder fünfte Vorgesetzte eine Chefin. Wir Grüne fordern mehr Frauen in Führungsetagen – verbunden mit der Botschaft: Frauen sind starke und gleichberechtigte Persönlichkeiten in der modernen Arbeitswelt.

Wie hängt die Berufstätigkeit der Mutter mit den Karrierechancen der Kinder zusammen?

Dorothea Wehinger: Früher nannte man berufstätige Mütter Rabenmütter – dieses Rollenbild hat sich glücklicherweise geändert. Viele Mütter wollen nach der Geburt ihres Kindes wieder in den Job einsteigen. Laut einer Studie der amerikanischen Universität Harvard entwickeln Töchter von arbeitenden Müttern mehr Ehrgeiz und sind später erfolgreicher. Ein Ergebnis, das Mut macht. Trotzdem gibt es einen großen Nachholbedarf für Frauen, die arbeiten und gleichzeitig ihre Kinder erziehen. Sie verdienen dafür Respekt und Wertschätzung. Dafür, dass Mütter und Väter Job und Familie vereinbaren können, haben wir Grüne die Voraussetzung geschaffen: Wir treiben den Ausbau der Ganztagschule und der Kinderbetreuung weiter voran, insbesondere in den kritischen Rand- und Notzeiten.



Die Zukunft ist sauber und leise

Pyrenäenpässe und Alpenüberquerung - drunter macht es der radfahrbegeisterte Hermino Katzenstein im Urlaub nicht. Für den Alltag und die Bürgerinnen und Bürger arbeitet er auf den Ausbau eines bequemen, lückenlosen und sicheren Radwegenetzes hin. An seiner Seite Thomas Hentschel, der die saubere und leise Elektromobilität im Land vorantreibt.

- ◀ Sauber über Straßen sausen – oder wie hier im Schneckentempo durch den Park: Bei der Mobilitätswende spielen E-Mobilität, Radfahren und zu Fuß gehen eine zentrale Rolle, davon sind Hermino Katzenstein (links) und Thomas Hentschel (rechts) überzeugt. Politisch ziehen beide an einem Strang; wenn's um ihre bevorzugte Art der Fortbewegung geht, sind sie unterschiedlicher Meinung.

Lehrjahre sind keine Herrenjahre. **Thomas Hentschel**, von Haus aus Jurist und seit 2016 Abgeordneter im Landtag, muss sich unter den strengen Augen seines „Meisters“ ordentlich ins Zeug legen. Nur dreieinhalb Stunden hat „Lehrling“ Hentschel Zeit, aus einem Peugeot-Roller Jahrgang 1995 einen zukunftstauglichen Elektro-Roller zu basteln. Benzin-Motor raus, neuer Antrieb rein – und ab zur Probefahrt und zur Zulassungsstelle: Das Experiment an der Carl-Benz-Schule in Gaggenau gelingt. Die berufliche Schule im Landkreis Rastatt hat sich die Elektromobilität als Schwerpunktthema vorgenommen. Ein Thema, dem die Zukunft gehört - davon ist Thomas Hentschel überzeugt.

Eine große Zukunft in Baden-Württemberg vor sich, das hat für Hentschels Abgeordneten-Kollegen **Hermino Katzenstein** auch das Fahrrad. Rund 200 Jahre nach seiner Erfindung – Karl Freiherr von Drais stellte am 12. Juni 1817 einem staunenden Mannheimer Publikum seine „Laufmaschine“ vor – boomt das Zweirad mit und ohne E-Motor wie noch nie. Wobei der radfahrbegeisterte Katzenstein privat vor allem für jenes brennt, das man mit eigener Muskelkraft vorwärtsbewegt. Kaum ein Hochgebirgspass, den der studierte Physiker noch nicht mit dem Rad erobert hat. Der Sportler Katzenstein kann aber auch eingestehen: „Wie herrlich ist dann die wohlverdiente Abfahrt zurück ins Tal.“

Für den Sprecher der Fraktion für Fuß- und Radverkehr verbindet Radfahren sämtliche Vorteile: Radfahren ist günstig – günstiger unterwegs ist nur, wer zu Fuß geht. Radfahren macht Spaß, ist schnell und gesund. Und

Radfahren ist ein Wirtschaftsfaktor: Insgesamt generieren knapp 900 Unternehmen sowie der Fahrradtourismus im Land einen jährlichen Gesamtumsatz von mehr als 2,1 Milliarden Euro und sichern rund 32.000 Arbeitsplätze – Tendenz steigend. Vor allem aber: Wer Rad fährt, trägt wesentlich zum Klimaschutz bei.

Leise und sauber vorwärtskommen – und dennoch uneingeschränkt mobil sein: Die Grüne Fraktion und die Landesregierung sind für Hentschel und Katzenstein auf dem genau richtigen Weg, wenn sie sowohl E-Mobilität auf zwei und vier Rädern als auch den Radverkehr energisch vorantreiben. „Wir investieren mit der Landesinitiative E-Mobilität kräftig in diese Zukunftstechnologie“, freut sich Thomas Hentschel, der in der Fraktion Sprecher für Elektromobilität ist. Inzwischen hat das Grüne Verkehrsministerium das nunmehr dritte E-Mobilitäts-Paket mit einem Gesamtvolumen von mehr als 81 Millionen Euro aufgelegt. Ziel ist es, so Hentschel, dass Baden-Württemberg innerhalb Deutschlands zum Zentrum der Entwicklung und Produktion sowie zum Leitmarkt im Bereich E-Mobilität wird.

Alle 10 Kilometer wird es eine Stromtankstelle geben

Bis 2020 sollen 2.000 Ladesäulen landesweit aufgestellt werden. Heißt: Alle zehn Kilometer können E-Mobilistinnen und -Mobilisten Strom tanken – von Mannheim bis zum Bodensee, von Offenburg bis Aalen. „Das Laden von Elektro-Fahrzeugen wird so unkompliziert

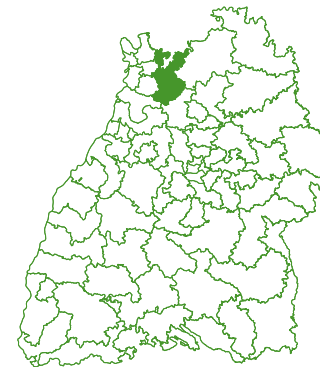
„Radfahren ist Klimaschutz!“

Hermino Katzenstein



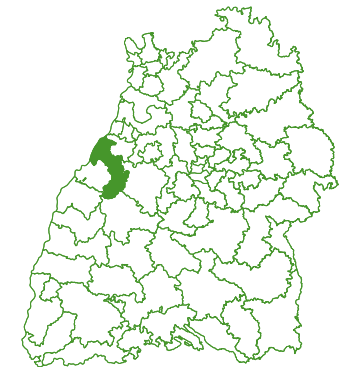
sein wie heute die Fahrt zur Tankstelle“, verspricht Hentschel. Weitere Schwerpunkte der Initiative sind die Förderung der Forschung; finanziell unterstützt wird unter anderem auch das Beschaffen von Elektro-, Hybrid- oder Brennstoffzellenbussen im Öffentlichen Nahverkehr ebenso wie von Carsharing-Fahrzeugen oder Fahrrädern mit E-Motor an Bahn-Haltestellen.

Ein Anliegen Hentschels ist es, besonders in Umweltzonen konventionelle Fahrzeuge durch saubere Antriebe zu ersetzen. „Das schließt insbesondere die Citylogistik, Kurier- und Paketdienste, Lieferdienste und die Einzelhandelslogistik ein.“



Hermino Katzenstein MdL
Sinsheim

Sprecher für Fuß- und Radverkehr



Thomas Hentschel MdL
Rastatt

Sprecher für Elektromobilität

Ambitioniert ist auch das Ziel beim Radverkehr, sagt Hermino Katzenstein. Der Radverkehrsanteil soll sich – gemessen an der Zahl der Wege – von acht Prozent im Jahr 2008 auf 16 Prozent in 2020 verdoppeln. Bis 2030 ist eine weitere Steigerung auf 20 Prozent geplant. Dazu hat das Verkehrsministerium mehrere Ansätze entwickelt: Die Kampagne RadKULTUR soll das Radfahren verstärkt ins Bewusstsein der Menschen bringen. Mit der RadSTRATEGIE als Grundlage für die Radverkehrsförderung wird der Weg aufgezeigt, wie Baden-Württemberg bis 2025 zu einem fahrradfreundlichen Land werden kann.

Wichtigste Voraussetzung dafür, dass die Menschen aufs Rad umsteigen, ist jedoch ein top ausgebautes Radwegenetz, weiß Hermino Katzenstein. „Aber nicht einzelne, gut ausgebaute Streckenabschnitte entscheiden über die Attraktivität eines Radweges. Entscheidend ist, dass man durchgängig, sicher und zügig von A nach B kommt“, betont Katzenstein. Deshalb arbeitet das Grüne Verkehrsministerium daran, das bisher lückenhafte Radverkehrsnetz zu schließen, das in früheren Jahren der Logik des Straßenbaus unterworfen war, sich also dem Autoverkehr unterordnen musste.

Das Radwege-Netz der Zukunft wird landesweit alle Ober- und Mittelzentren über definierte Haupttrouten für den Alltagsradverkehr verbinden – gut ausgeschildert und auch mit Radschnellwegen zwischen stark frequentierten Pendlerzielen. Über diese Fahrradfernstraßen freuen sich Katzenstein und Hentschel ganz besonders. Und es dürfen gerne immer mehr sein.

**„Mit E-Mobilität
sind wir auf dem
richtigen Weg.“**

Thomas Hentschel



Gut zusammen leben: Mitbestimmung und Vielfalt sind die Grundlage unserer Demokratie. Wir arbeiten für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, für gleiche Chancen und ein selbstbestimmtes Leben. Als Partei der Bürgerrechte stellen wir uns der Herausforderung, im Spannungsfeld von Freiheit und Sicherheit die Balance zu halten.

So machen wir
Baden-Württemberg

stark.



POLITIK DES GEHÖRTWERDENS



Neue Spielregeln: Wir haben die Hürden für **Bürgerbegehren** und **Bürgerentscheide** deutlich gesenkt. Das macht unsere Demokratie stark.

Rund **1.500 Petitionen** werden jährlich in Baden-Württemberg eingereicht.

Seit Februar 2017 hat Baden-Württemberg einen **Bürgerbeauftragten**. Bei Problemen mit Behörden hilft er weiter.



WIR NEHMEN ALLE MIT

Mit der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes verbessern wir die Lebenssituation von Menschen mit Behinderung.

Mit dem Landesarbeitsmarktprogramm haben wir 15.000 Langzeitarbeitslose in Arbeit gebracht. Baden-Württemberg hat die geringste Jugendarbeitslosigkeit aller Bundesländer.



50 Mio. €
für mehr Teilhabe
in den Kommunen

Viel erreicht



und noch viel vor!

STARKE JUGEND



~ 17 Mio. € / Jahr
für den Masterplan Jugend

Mit dem **Masterplan Jugend** unterstützen wir die Jugendverbände im ganzen Land bei Jugendfreizeiten, Seminaren und Projekten, z. B. Demokratie- und Medienbildung, Partizipation, Migration und Vielfalt.

Wir haben das Wahlalter bei Kommunalwahlen gesenkt – junge Menschen müssen über ihre Zukunft mitentscheiden dürfen. Seit 2015 können Jugendliche selbstständig einen Jugendgemeinderat oder eine andere Form der Jugendvertretung einführen.



Mitbestimmen &
WÄHLEN
AB 16!



LSBTTIQ
+ 400.000 €

FÜR MEHR VIELFALT

Mit dem **Aktionsplan für Akzeptanz und gleiche Rechte** bringen wir die Gleichstellung von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen, transgender, intersexuellen und queeren Menschen (LSBTTIQ) weiter voran.



+ 1.800 Nachwuchspolizisten pro Jahr
+ 20 Mio. € für Technik und Ausrüstung



VERSTÄRKUNG FÜR MEHR SICHERHEIT

Baden-Württemberg ist das **sicherste Bundesland.**

1.500 neue Polizeistellen werden mit der größten Einstellungsoffensive der Landesgeschichte geschaffen.

Wir wahren die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit.



+ 161 neue Stellen
in Justiz und Strafvollzug



+ 11 Mio. €
für Ausstattung von Berg- und Wasserrettung
sowie den Katastrophenschutz



DATENSCHUTZ IST GRUNDRECHT

Der **Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit (LfDI)** ist Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger rund um den Schutz ihrer persönlichen Daten.

STARKE QUOTE IM EHRENAMT

Jede und jeder Zweite in Baden-Württemberg engagiert sich ehrenamtlich. Damit liegt der Südwesten bundesweit an der Spitze. Unsere Demokratie lebt von Menschen, die Verantwortung übernehmen.

Sport führt die Menschen in unserem Land zusammen. Deshalb geben wir hier bis 2022 fast 90 Millionen Euro aus.



19%
im Sport



10%
im Sozialen



12%
bei Musik und Kultur

SPITZEN-ENGAGEMENT

Wo engagieren sich Bürgerinnen und Bürger am meisten?



STARKER VERBRAUCHERSCHUTZ

Wir stärken unsere **Verbraucherzentralen** mit mehr Personal und haben die Mittel seit 2011 auf mehr als 3 Millionen Euro verdoppelt.

Wir wollen diesen Service mit maßgeschneiderten Angeboten noch mehr in den Ländlichen Raum tragen.



MEILENSTEINE IM TIERSCHUTZ

Wir stärken den Tierschutz mit dem **Verbandsklagerecht** und mehr Mitwirkungsrechten für Verbände.

Mit der **Landesbeauftragten für Tierschutz** haben wir eine unabhängige Stimme.



**„Ich bin überzeugte
Verfassungspatriotin.“**

Muhterem Aras

Reden über Werte

Landtagspräsidentin Muhterem Aras sucht im ganzen Land mit Bürgerinnen und Bürgern das Gespräch darüber, was das Grundgesetz konkret mit unserem Alltag zu tun hat.

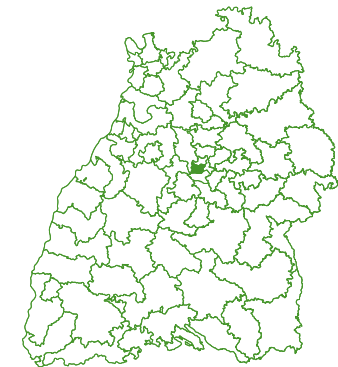
Ich verstehe das Amt der Landtagspräsidentin als Aufforderung, für unsere Demokratie und ihre Werte zu werben und für sie zu streiten. In Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern nehme ich ein gestiegenes Bedürfnis wahr, sich über grundsätzliche Fragen auszutauschen. Was verbindet uns, was trennt uns, wie gehen wir damit um? Das zeigt: Den Menschen ist eine funktionierende Gesellschaft ein Anliegen. Dieses Bedürfnis ist aber auch Zeichen für Verunsicherung – was sind eigentlich Grundwerte, was eher Alltagsnormen? Und wie verschafft man Grundwerten allgemeine Geltung? Wir sind lange davon ausgegangen, dass alle Menschen eine ähnliche Vorstellung davon haben. Das ist aber nicht der Fall. Deswegen brauchen wir Austausch. Der Landtag – als Herzkammer unserer Demokratie im Land – soll diesen Austausch suchen und ermöglichen.

- ◀ Muhterem Aras findet: Es lohnt sich, um die Werte zu kämpfen, die uns verbinden – Recht auf Würde und persönliche Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Gleichberechtigung der Geschlechter und gegenseitiger Respekt.

Dazu habe ich die Gesprächsreihe „Wertsachen – was uns zusammenhält“ ins Leben gerufen. Wir diskutieren mit den Bürgerinnen und Bürgern, was Verfassungsnormen mit unserem Alltag zu tun haben. Die Beschäftigung mit einzelnen Artikeln des Grundgesetzes macht das abstrakte Thema konkret fassbar. Die Resonanz ist groß. Zu den „Wertsachen“ kommen Menschen, die man sonst nicht auf politischen Veranstaltungen sieht. Auch das Meinungsspektrum ist breit. Kritisches Nachhaken gab es etwa zur Religionsfreiheit. Zu Artikel 3 – dem generellen Verbot von Benachteiligung – entstand mit Vertreterinnen und Vertretern der zweiten Einwanderergeneration eine Debatte über Alltagsdiskriminierung. Künstlerinnen, Journalisten und andere haben sich zu Artikel 5 – Meinungs-, Presse- und Kunstfreiheit – und zu aktuellen Bedrohungen dieses Kernelements unserer Demokratie ausgetauscht. Ich werde diese Gesprächsreihe über die ganze Wahlperiode fortsetzen. Der Landtag wird in allen Landesteilen zu Gast sein.

Ich bin überzeugte Verfassungspatriotin. Würden alle die Werte des Grundgesetzes verinnerlichen, dann hätten wir eine streitbare, aber friedfertige Gesellschaft. Der Geist des Grundgesetzes ist der des gegenseitigen Respekts. Es ist auf Vielfalt angelegt. Auf seiner Basis sind die unterschiedlichsten Lebensmodelle möglich. Aber auf einem gemeinsamen Fundament: Offenheit, Gleichberechtigung, Gemeinsinn, Verantwortung, wehrhafte Demokratie. Und Toleranz in der ursprünglichen

Definition. Nämlich den Mut aufzubringen, Unterschiede zu akzeptieren. So schaffen wir Zusammenhalt in Vielfalt. Das Grundgesetz bietet damit Heimat im besten Sinne. Für mich ist Heimat da, wo ich mit anderen die gleichen Werte teile. Die Werte einer Gesellschaft, die aus Vielfalt ihre Stärke zieht. Wir erhalten und festigen diese Werte, wenn wir uns ihrer immer wieder im gesellschaftlichen Gespräch versichern; wenn wir sie leben und vorleben. In diesem Sinne sind wir alle Verfassungsschützerinnen und Verfassungsschützer.

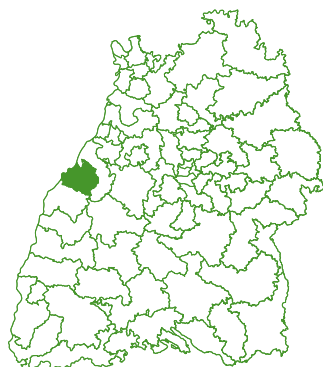


Muhterem Aras MdL
Stuttgart I

Landtagspräsidentin



Dialog als politische Marke



Bea Böhlen MdL
Baden-Baden

Vorsitzende
Petitionsausschuss

Demokratie lebt von Mitgestaltung. Bürgerinnen und Bürger sollen über Projekte, die sie betreffen, mitentscheiden können. Gute Politik beginnt beim Zuhören. Bea Böhlen und Willi Halder hören zu. Wir Grüne haben einen anderen Politikstil in Baden-Württemberg etabliert: Mit der Politik des Gehörtwerdens gehen wir neue Wege.

Zu **Willi Halders** Herzensanliegen gehört die Friedensarbeit. Zur Zeit des Kalten Krieges war das sein Einstieg bei den Grünen. „Ich werde in Gesprächen oft gefragt, wie ich meine Themen Religion, Frieden und Bundeswehr gedanklich unter einen Hut bekomme“, erzählt Halder. „Vieles liegt jedoch näher beieinander, als es auf den ersten Blick scheint“, so der Sprecher der Fraktion für Kirchen und Religionsgemeinschaften und für Bundeswehrangelegenheiten. Halders Leitsatz ist: „Nicht übereinander, sondern miteinander reden.“

Friedensbildung stärken, kulturelles Gedächtnis pflegen

Im Kooperationsmodell Kirche und Staat begegnet der Politiker Halder als religiös denkender Mensch den Kirchen und Religionsgemeinschaften auf vielfältige Weise. Seine Ansicht, dass religionspolitische und weltanschauliche Fragestellungen Räume für eine breite und differenzierte Debatte brauchen, setzt er passioniert um. Der interreligiöse Dialog ist fester Bestandteil von Halders parlamentarischer Arbeit.

Muss der Friedensbegriff isoliert von Sicherheitspolitik gedacht werden? Wie definieren unterschiedliche Akteure der Gesellschaft Frieden? Willi Halder bekennt sich klar zur Stärkung der Friedensbildung. „Die Erziehung der Jugend zur Friedensliebe ist ein Ziel aus der baden-württembergischen Landesverfassung. 2015 haben wir mit der ‚Servicestelle Friedensbildung‘ ein Leuchtturmprojekt geschaffen, das als zentrale Beratungs-, Informations- und Kontaktstelle die Bildungslandschaft in Baden-Württemberg ganz im Sinne des Beutelsbacher Konsenses ergänzt.“ Diese Servicestelle weiter zu stärken – das hat für Willi Halder einen ganz besonderen Stellenwert.

Friedensbildung ist für Halder ein Blick in die Zukunft und in die Vergangenheit. Auch die Erinnerungskultur ist eine wichtige Säule seiner Arbeit, für die sich der Waiblinger Abgeordnete seit vielen Jahren engagiert einsetzt. „Die baden-württembergischen Gedenkstätten sind bedeutsame Lernorte und unser aller kulturelles Gedächtnis.“ Als Vize-Bezirksvorsitzender Nordwürttemberg des Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge engagiert sich Halder vor allem für die Jugend- und Bildungsarbeit als erlebbare, teils persönliche Geschichte, als eindringliche Mahnung zum Frieden.

Bea Böhlen und Willi Halder oberhalb des „Volksvertreters“, der 7,20 Meter hohen Skulptur in Form einer Schachfigur im Bürger- und Medienzentrums des Landtags. ►



**„Transparenz und
Beteiligung stärken
unsere Demokratie.“**

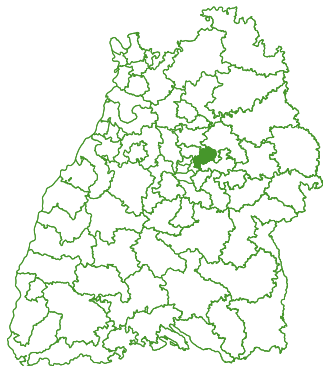
Bea Böhlen



**„Nicht übereinander,
sondern miteinander reden.“**

Willi Halder

- ◀ Zwei, die mit den Bürgerinnen und Bürgern im Gespräch bleiben: Bea Böhlen und Willi Halder engagieren sich für mehr Beteiligungsmöglichkeiten und interreligiösen Dialog.



Willi Halder MdL Waiblingen

Sprecher für Kirchen und
Religionsgemeinschaften
und für Bundeswehr-
angelegenheiten



Kommunalpolitik als Antrieb

Politisches Handeln erlebbar machen und die Beteiligung stärken: Das ist das Stichwort für **Bea Böhlen**, Vorsitzende des Petitionsausschusses des Landtags. Dass es persönlichen Einsatz braucht, wenn sich Dinge zum Besseren verändern sollen – das hat die leidenschaftliche Kommunalpolitikerin Böhlen ganz früh verinnerlicht. „In meiner Schulzeit habe ich gemerkt: Entweder, du setzt dich selbst für deine Belange ein, oder es passiert nichts. Deshalb habe ich früh Verantwortung übernommen und mich als Klassen- und Schülersprecherin engagiert.“ Daraus hat sich nach und nach ein intensives kommunalpolitisches Engagement entwickelt. Seit 2004 ist Böhlen Stadträtin im Baden-Badener Gemeinderat, seit 2007 Fraktionsvorsitzende. „Die Kommunalpolitik ist die unmittelbarste und direkteste Form der politischen Teilhabe. Und genau deshalb setze ich mich als Vorsitzende des Petitionsausschusses im Landtag dafür ein, dass unsere Bürgerinnen und Bürger mit ihren Anliegen ein offenes Ohr finden. „Wir wollen noch mehr Transparenz und mehr Öffentlichkeit herstellen und das Petitionswesen aus den Verhandlungsräumen des Landtags raus zu den Menschen im Land bringen.“

Der Austausch mit Bürgerinnen und Bürgern ist für uns ein Gewinn

Seit Ende 2017 bietet sie deshalb offene Sprechstunden an: Die Themenpalette reicht von Verkehrsanliegen über Bau- und Genehmigungsfragen bis hin zu Sozialthemen.

„Das Angebot wird sehr gut angenommen. Der Austausch vor Ort ist nicht nur eine Chance für die Bürgerinnen und Bürger und ihre Anliegen. Auch wir Abgeordnete erhalten im direkten Gespräch einen viel besseren Eindruck von der Problemlage.“

Der niedrigschwellige Zugang zur Verwaltung ist ein zentraler Baustein der Politik des Gehörtwerdens. Deshalb hat sich Böhlen bereits in der letzten Legislaturperiode dafür stark gemacht, einen Bürgerbeauftragten als Anlaufstelle zu etablieren. Ob per Post, E-Mail oder Telefon, der Bürgerbeauftragte ist direkt ansprechbar für Beschwerden oder Eingaben aus der Bevölkerung. „Mehr als 300 Anliegen in einem Jahr zeigen: Der Bürgerbeauftragte erfüllt eine Rolle als vertrauensvoller Vermittler zwischen Behörden und Bevölkerung“, ist Bea Böhlen überzeugt.

2013 hat die grün-geführte Landesregierung mit dem Beteiligungsportal Baden-Württemberg außerdem eine umfassende Plattform für die Bürgerinnen und Bürger geschaffen: „Hier können sich alle Interessierten informieren, Gesetzentwürfe der Landesregierung kommentieren oder sich bei anderen Online-Beteiligungsprojekten einbringen“, erläutert Böhlen. Parallel dazu wurde mit dem Informationsfreiheitsgesetz ein Auskunftsrecht der Bürgerinnen und Bürger gegenüber Landes- und kommunalen Behörden geschaffen.

Bea Böhlen und Willi Halder bringen es auf den Punkt: „Wir müssen miteinander im Gespräch bleiben, um weiterhin gute Politik für die Menschen in Baden-Württemberg zu machen.“



**„Wir stärken unsere
Polizei mit mehr
Beamtinnen und Beamten.“**

Petra Häffner

Sicher ist sicher

Wer Kriminelle überwachen, festnehmen und schnell verurteilen will, ist auf eine reibungslose Zusammenarbeit zwischen Polizei und Justiz angewiesen. Um ihre Arbeit zu verbessern, haben die Landtagsgrünen die Kapazitäten der Sicherheitsbehörden vergrößert und deren Handlungsspielräume erweitert. Für einen Ausgleich aus Sicherheit und Freiheit treten die Abgeordneten Uli Sckerl, Jürgen Filius und Petra Häffner ein. Hier stellen sie die wichtigsten Projekte in der Innenpolitik des Landes vor:

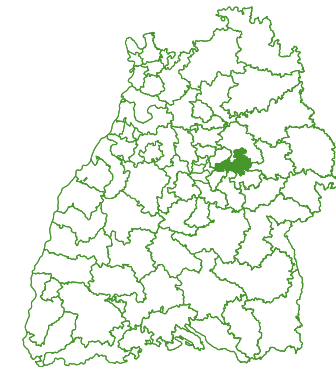
1. Rekord-Einstellungen bei der Polizei

Keine baden-württembergische Landesregierung hat jemals so viele neue Polizeistellen genehmigt: Mit 1.500 neuen Stellen im Vollzugs- und Verwaltungsbereich rüstet die grün-geführte Regierung die Landespolizei für neue Herausforderungen. „Wir stärken unsere Polizei mit mehr Beamtinnen und Beamten auf der Straße und an den Schreibtischen. Davon versprechen wir uns eine noch dynamischere und effizientere Polizeiarbeit“, sagt **Petra Häffner**, Sprecherin der Fraktion für Polizei-

politik. „Seit wir Grüne an der Regierung sind, erledigt Baden-Württemberg bei der klassischen Sicherheit zuverlässig seine Hausaufgaben“, sagt sie. Ein Beleg: die niedrigste Kriminalitätsquote in Deutschland.

2. Viele Ausbildungsplätze für Polizei-Anwärterinnen und -Anwärter

Da muss der Nachwuchs ran: Um die Polizei nachhaltig zu stärken, setzt die grün-geführte Regierung verstärkt auf junge Polizistinnen und Polizisten. „Ursprünglich hatten wir 1.400 Anwärterinnen und Anwärter pro Jahr vorgesehen. Diese Zahl erhöhen wir auf 1.800, sodass in den nächsten drei Jahren rund 3.600 fertig ausgebildete Polizistinnen und Polizisten ihren Dienst beginnen“, sagt Petra Häffner. Noch nie wurden so viele Ausbildungsplätze bei der Polizei geschaffen. „Seit 2011 sind die Herausforderungen an die Polizei durch den Terror und vermehrte Einsätze massiv gestiegen. Viele Polizistinnen und Polizisten wollen auch Familie und Beruf besser in Einklang bringen“, sagt Häffner. Bis heute sei der hohe Bedarf im Vollzugsdienst und bei Sonderseinheiten zu spüren. „Dem werden wir durch unsere Ausbildungsoffensive gerecht“, so Häffner.



Petra Häffner MdL
Schorndorf

Sprecherin für Polizei-
und Sportpolitik

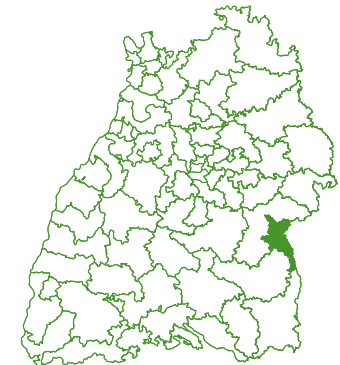
◀ Gerne persönlich und oft vor Ort: Petra Häffner ist der direkte und intensive Austausch mit der Polizei wichtig.



◀ Der Rechtsanwalt Jürgen Filius – hier vor dem Ulmer Landgericht – ist unser Experte für alle rechtspolitischen Fragen.

**„Der Leitsatz muss lauten:
Prävention vor Strafe,
Resozialisierung
vor Verbannung.“**

Jürgen Filius



Jürgen Filius MdL
Ulm

Sprecher für Rechtspolitik
und Hochschulmedizin



3. Anti-Terror-Gesetz gegen die islamistische Bedrohung

Die grün-geführte Landesregierung hat in dieser Legislaturperiode ein neues Landespolizeigesetz verabschiedet – vor allem vor dem Hintergrund terroristischer Bedrohungen. „Ziel ist, die Sicherheitsbehörden auf Augenhöhe mit technischen Entwicklungen und modernen Gefahren zu bringen“, sagt **Uli Sckerl**, der innenpolitische Sprecher der Fraktion. Anders als das umstrittene Bayerische Polizeiaufgabengesetz, das die Bürgerinnen und Bürger unter Generalverdacht stelle, seien die Befugnisse in Baden-Württemberg nur in einzelnen definierten Fällen von terroristischen Bedrohungen oder schwersten Gefahren anwendbar. Zudem wurden nur Befugnisse eingeführt, die minimalinvasiv und verhältnismäßig sind.

Uli Sckerl: „Wir Grüne haben sichergestellt, dass die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger gewahrt bleiben, beispielsweise was die Privatsphäre bei der Intelligenten Videoüberwachung betrifft. Eine Personen-erkennung ist bei uns nicht erlaubt. Nur bei dringender und erheblicher Gefahr für Leib und Leben oder bei terroristischen Gefährdungen kommen schärfere Maßnahmen – wie Handy-Überwachung von potenziellen Terroristinnen und Terroristen – zum Einsatz.“

Vorgesehen ist auch, dass Aufenthalts- und Kontaktverbote gegen Gefährder ausgesprochen werden können. „In absoluten Einzelfällen können terroristische Ver-

dächtige mit elektronischen Fußfesseln kontrolliert werden“, so Sckerl. Ein Schwerpunkt liegt außerdem auf der Verbesserung der Polizei-Ausstattung, etwa neuen Titan-Helmen und schusssicheren Westen.

4. Mehr Möglichkeiten für den Verfassungsschutz

Um Terror-Angriffe zu verhindern, hat die Landesregierung die Leistungsfähigkeit der Nachrichtendienste gestärkt. Hierzu wurde unter anderem das Landesamt für Verfassungsschutz personell aufgestockt. „Wir Grüne haben dafür gesorgt, dass unser Landesamt bundesweit führend in der Früherkennung islamistischer Bedrohung ist“, sagt Sckerl. „Mit der Novellierung des Polizeigesetzes sorgen wir für die richtige Balance zwischen Freiheit und Sicherheit.“

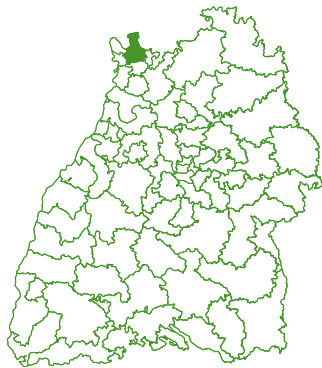
5. Mehr Richterinnen und Staatsanwälte gegen die Prozess-Flut

Strafverteidiger **Jürgen Filius** kennt das Problem: „Es ist niemandem geholfen, wenn offene Fälle auf Stapeln in den Gerichten liegen bleiben“, sagt der Sprecher für Rechtspolitik und ergänzt: „Die besten Gesetze bringen nichts, wenn es nicht genügend Leute gibt, die sie umsetzen.“ Der Anstieg zahlreicher Verfahren hat landesweit zu einer großen Belastung bei Staatsanwältinnen und Richtern geführt. „Diesem Problem treten wir mit

einer Einstellungswelle im Justizbereich entgegen.“ Eine besondere Herausforderung seien die zahlreichen komplexen und umfangreichen Strafverfahren bei Wirtschaftskriminalität, Terrorismus und Organisierter Kriminalität. Die grün-geführte Landesregierung hat deshalb 140 zusätzliche Richter- und Staatsanwaltsstellen im Jahr 2017 geschaffen – bis 2019 werden nochmals knapp 100 Richter und Staatsanwälte eingestellt. Filius: „Eine gute Zusammenarbeit von Polizei und Strafverfolgern ist unersetzlich, um Verbrechen zu bekämpfen und für Gerechtigkeit bei den Opfern zu sorgen.“

6. Besserer Datenschutz durch den Landesbeauftragten

Datenschutz, die Sicherheit persönlicher Daten und der verantwortungsvolle Umgang durch Verwaltung, Unternehmen und Privatpersonen gehören zu den Kernanliegen Grüner Datenpolitik. „Angesichts der fortschreitenden Digitalisierung wird das Thema immer wichtiger“, sagt Uli Sckerl. Ab sofort soll der Landesbeauftragte für Datenschutz als eigenständige und oberste Landesbehörde öffentlichen Stellen und Bürgerinnen und Bürgern beim Umgang mit vertraulichen Daten eine Orientierung geben. „Er soll weitere Aufgaben und Stellen zur Unterstützung erhalten – das haben wir im Doppelhaushalt 2018/2019 beschlossen“, so Sckerl. „Damit stärken wir zugleich die Funktion als unabhängige Kontrollinstanz und das Grundrecht der Bürgerinnen und Bürger auf den Schutz vor staatlichen Eingriffen.“



Uli Sckerl MdL
Weinheim

Stv. Fraktionsvorsitzender
Parlamentarischer Geschäftsführer
Sprecher für Innenpolitik, Datenschutz
und Informationsfreiheit

7. Neues Datenschutzrecht wahrt Bürgerrechte

Daneben hat die grün-geführte Landesregierung das neue Landesdatenschutzrecht an die aktuellen Bedürfnisse angepasst. „Wir haben eines der besten und ausgereiftesten Gesetze in Deutschland auf den Weg gebracht. Durch unseren Einsatz wurden etliche Verbesserungen und Änderungen getroffen, wodurch Bürgerrechte angemessen gewahrt werden, etwa beim Thema Videoüberwachung“, sagt Sckerl.

8. Polizeireform bringt mehr Streifen auf die Straße

Aufgabe der beschlossenen Polizeireform ist es, die Struktur und Organisation der Polizeipräsidien grundlegend umzustellen. „Wir sind zuversichtlich, dass in Zukunft deutlich mehr aktive Angehörige der Schutzpolizei in den Revieren und auf der Straße sein werden“, sagt Häffner. „Dadurch wollen wir die Sicherheit für unsere Bürgerinnen und Bürger erhöhen.“

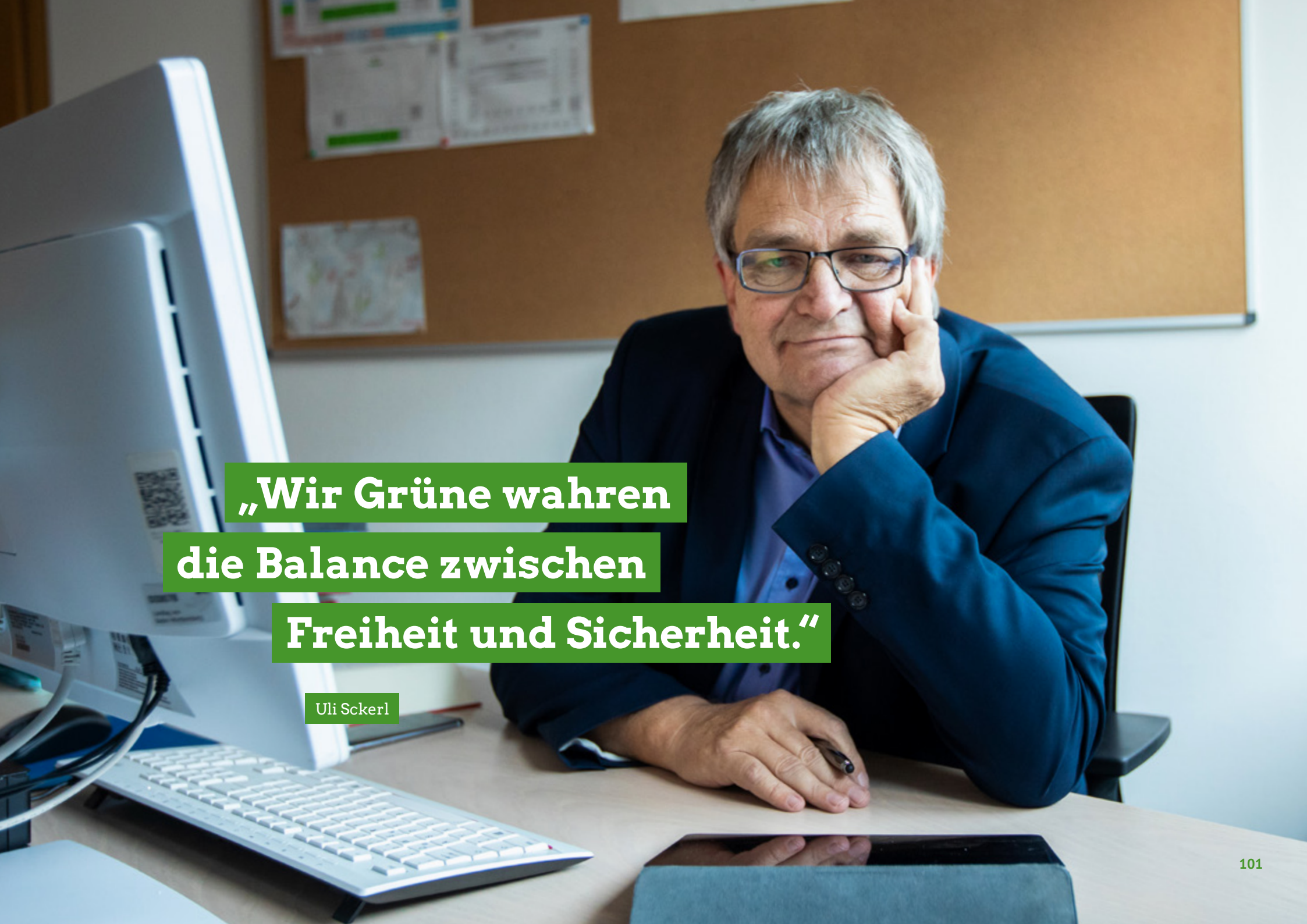
Vor allem den Menschen in den ländlichen Gebieten kommen die Änderungen zugute. „Indem wir die Verkehrspolizei neu organisieren – also die Zuständigkeit derjenigen Polizisten umstellen, die sich um Unfallaufnahme kümmern – wird die Unfallaufnahme in Zukunft schneller vonstattengehen“, sagt Petra Häffner.

9. Größere Sicherheit bei Fußballspielen durch Stadion-Allianzen

Sie binden jedes Wochenende Tausende von Polizeikräften: Die Einsätze an Fußball-Bundesliga-Spieltagen sind nötige Unterfangen, um für Sicherheit bei den Begegnungen zu sorgen. „Gewalt ist in keiner Form tolerierbar. Die Politik der harten Hand allein ist aber keine Lösung“, sagt Häffner, die auch sportpolitische Sprecherin der Fraktion ist. „Wir Grüne wollen die Probleme an der Wurzel packen. Dafür haben wir das Konzept der Stadion-Allianzen mitentwickelt, bei denen alle Beteiligten zusammenkommen, um Fanarbeit und Gewaltprävention aktiv zu fördern.“

Fanprojekte müssten weiter unterstützt, der Dialog zwischen Politik, Vereinen, Fans und Polizei gefördert werden. „Es darf keine Vorbehalte und Vorverurteilungen gegenüber einzelnen Gruppen geben“, sagt Petra Häffner. Und Jürgen Filius ergänzt: „Restriktive Sicherheitsmaßnahmen und Verbote zielen zu kurz. Der Leitsatz muss im Strafrecht ebenso wie im Fußball lauten: Prävention vor Strafe, Resozialisierung vor Verbannung.“

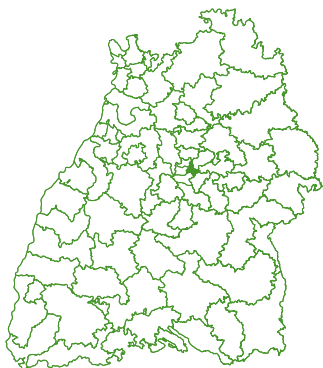
Der Parlamentarische Geschäftsführer Uli Sckerl ist einer der erfahrensten Abgeordnete der Grünen Fraktion – und als innenpolitischer Sprecher ein gefragter Mann. ▶

A middle-aged man with grey hair and glasses, wearing a blue suit jacket over a blue shirt, sits at a desk. He is resting his chin on his left hand and holding a pen in his right hand. A computer monitor is on the left, and a corkboard with papers is in the background.

**„Wir Grüne wahren
die Balance zwischen
Freiheit und Sicherheit.“**

Uli Sckerl

Gemeinsam Vielfalt leben



Brigitte Lösch MdL Stuttgart IV

Vorsitzende Ausschuss für Kultur,
Jugend und Sport

Sprecherin für frühkindliche Bildung
und Belange von LSBTTIQ

Mit dem Blick auf das bunte Treiben auf dem Schlossplatz sind sich Brigitte Lösch und Thomas Poreski einig: „Wir haben viele Weichen für eine moderne Sozialpolitik in Baden-Württemberg gestellt. Unser Land ist offener, menschlicher und vielfältiger geworden in den letzten sieben Jahren.“ Bedingungen zu schaffen, damit alle Menschen ihre Fähigkeiten einbringen und ein gutes, selbstbestimmtes Leben führen können – das ist für beide bis heute der Antrieb für ihr politisches Engagement.

Teilhabe stärken, Mitbestimmung ermöglichen

Für **Thomas Poreski**, der 2011 erstmals für den Wahlkreis Reutlingen in den Landtag gewählt wurde, lagen die Themen auf der Hand. Nach seinem Abitur in Sindelfingen studierte er Soziale Arbeit, Pädagogik und Politik. Dann folgten Stationen in der mobilen Jugendarbeit und politischen Bildung, als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bundestag, Bundesgeschäftsführer in der Wohnungslosenhilfe und Geschäftsführer bei einem großen Träger der Behinderten- und Jugendhilfe: Der berufliche Erfahrungsschatz des sozialpolitischen Sprechers der Fraktion ist groß. Die Jugendpolitik, über die vergangenen sieben Jahre zum „Masterplan Jugend“ gereift, hat Poreski entscheidend mitgeprägt. Alle, auch benachteiligte Jugendliche, sollen ihre Potenziale nutzen können – und mitbestimmen: „Denn Demokratie wird gelernt, indem sie erfahren und gelebt wird.“

In dieser Wahlperiode geht es um die Konsequenzen aus dem Armuts- und Reichtumsbericht und um einen besseren Kinderschutz, für den Thomas Poreski zahlreiche Initiativen gestartet hat.

Recht auf Gestaltung durchsetzen

Ein weiteres Herzensthema ist die Inklusion. Seit April 2009 gilt die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. „Es geht um das Anrecht auf Gestaltung: Ein großes Projekt, das ebenso viel Leidenschaft wie Achtsamkeit erfordert“, weiß Poreski, der sich ehrenamtlich unter anderem als Vizepräsident der Special Olympics Baden-Württemberg engagiert. Das baden-württembergische Landesbehindertengleichstellungsgesetz, bundesweit vorbildlich, ist ein „Baby“ des Vaters zweier erwachsener Kinder, ebenso das Wahlrecht auf inklusive Bildung: Eltern können nun selbst entscheiden, ob ihr Kind auf eine Regel- oder eine Sonderschule geht. Als nächstes großes Projekt steht nun die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes an. Auch hier gilt: weg vom Fürsorgeprinzip, hin zum Menschen, der mit seinen individuellen Fähigkeiten und Bedürfnissen im Mittelpunkt steht. Neben dem Sozial- und Integrationsausschuss ist Thomas Poreski Mitglied

Brigitte Lösch und Thomas Poreski arbeiten an einer Gesellschaft, in der alle mitwirken können. Denn jeder Mensch hat in unserer Gesellschaft seinen Platz – egal, woher er kommt und woran er glaubt, ganz gleich, wie er lebt und wen er liebt. ▶



**„Wir schaffen Akzeptanz
für die unterschiedlichsten
Lebens- und Lebensweisen.“**

Brigitte Lösch

im Wirtschaftsausschuss. Ein Widerspruch? Ganz und gar nicht: Die soziale Arbeitsmarktpolitik ist im Wirtschaftsausschuss verortet. Genauso seine Rolle als Sprecher für Technologiepolitik, für die der leidenschaftliche Fahrradfahrer ebenfalls biografische Bezüge mitbringt – mit einer Reihe von technischen Entwicklungen und Patentanmeldungen, von der Abgasreinigung bis zur Fahrradtechnik. Er ist überzeugt: „Ein zukunftsfähiger Arbeitsmarkt mit Perspektive entsteht nur im Zusammenspiel aus Ökologie und Ökonomie.“

Ein Tag für die Geschichtsbücher

Der 30. Juni 2017 war ein Tag für die Geschichtsbücher. Für **Brigitte Lösch**, die ihre politische Laufbahn 1989 im Gemeinderat von Geislingen an der Steige begonnen hat, ist dieser Tag auch das glückliche Ende

eines langen und leidenschaftlich geführten Kampfs. An diesem Tag verabschiedete der Bundestag nach einer emotionalen Debatte einen Gesetzentwurf des Bundesrats „zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts“. „Dieser Schritt war überfällig. Die Ehe für Alle ist für mich elementar für eine demokratische, moderne und offene Gesellschaft, die selbstbestimmte Lebensentwürfe schützt – egal wie man lebt“, sagt Lösch, die seit 2001 im Landtag ist und zuvor die Arbeit der Fraktion bereits als Beraterin begleitet hat. Der lange Weg zur vollen Gleichstellung von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen, transgender, intersexuellen und queeren (kurz: LSBTTIQ) Menschen ist für die Stuttgarter Abgeordnete damit aber noch lange nicht beendet. Das gilt besonders im Familienrecht. „Regenbogenfamilien müssen in allen Lebensbereichen gleichgestellt werden, zum Beispiel beim Thema Adoptionen.“ Und Baden-Würt-

temberg geht voran. Mit dem Aktionsplan „Für Akzeptanz und gleiche Rechte“ setzt Baden-Württemberg ein Zeichen. „Es geht um ein Klima der Akzeptanz für die unterschiedlichsten Lebens- und Lebensweisen, zum Beispiel um eine diskriminierungsfreie Arbeitswelt und um Beratungsangebote für Jugendliche“, so Lösch.

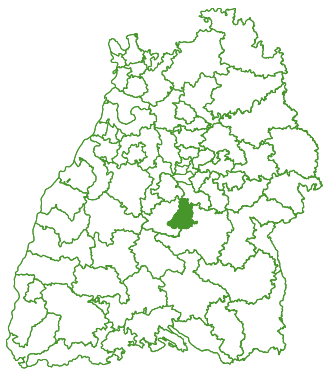
Anlaufstellen für Familien schaffen

Genauso kämpferisch gibt sich die Diplom-Sozialpädagogin beim Thema frühkindliche Bildung. „Noch immer sind die sozialen und beruflichen Perspektiven zu stark von der sozialen Herkunft abhängig.“ Über zehn Jahre lang hat Lösch in der offenen Kinder- und Jugendarbeit gearbeitet. Sie weiß: Wer Bildungsgerechtigkeit und Teilhabe für alle Kinder sichern will, muss Kinder früh fördern. „Mit dem ‚Pakt für gute Bildung und Betreuung‘ investieren wir in den nächsten Jahren massiv in mehr Personal, bessere Rahmenbedingungen für die Fachkräfte sowie zusätzliche Maßnahmen zur Sprachförderung und Inklusion.“ Mit viel Engagement hat Lösch sich außerdem dafür eingesetzt, dass sich die Kitas zu Kinder- und Familienzentren (KiFaZ) weiterentwickeln können. Die mittlerweile 91 KiFaZ im Land schaffen Begegnungs- und Erfahrungsorte, die Familien niederschwellig in ihrem Alltag unterstützen. „Wir stärken hier das Prinzip ‚Hilfe zur Selbsthilfe‘ und wollen damit lokale Netzwerke für den Alltag der Familien schaffen. Kinder- und Familienzentren beraten, bilden und fördern, sind sozialer Treffpunkt für Familien und Nachbarschaft, leisten wichtige Integrationsarbeit und tragen so auch zur Entwicklung des Stadtteils bei.“



Und was ist nun das Besondere an Grüner Sozialpolitik?

Lösch und Poreski fassen das so zusammen: „Wir setzen auf Teilhabe, Selbstbestimmung und sozialen Zusammenhalt. Das Stichwort lautet ‚Empowerment‘ und beinhaltet individuelle Rechte, persönliche Unterstützung und eine angemessene materielle Absicherung. Wie die Menschen ihr Leben damit gestalten, entscheidet jede und jeder frei und selbstbestimmt. Dieser freiheitliche Ansatz unterscheidet uns von allen anderen politischen Strömungen.“



Thomas Poreski MdL
Reutlingen

Sprecher für Menschen mit Behinderung und
Inklusion, Jugend- und Technologiepolitik



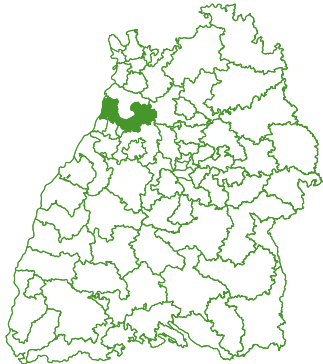
**„Demokratie wird gelernt,
indem sie erfahren
und gelebt wird.“**

Thomas Poreski



Starker Einsatz

Ob flotte Arzttermine, schnelle Rettungseinsätze bei Unfällen oder ausreichende Pflegeangebote für Angehörige: Das Thema Gesundheit geht jeden an. Was tut das Land für eine gute Versorgung? Ein Gespräch mit den Gesundheitsexpertinnen der Grünen Fraktion Petra Krebs und Andrea Schwarz – vom Digitalen Doktor bis zum Rettungsdienst der Zukunft.



Andrea Schwarz MdL
Bretten

Sprecherin für Entwicklungspolitik
und Bevölkerungsschutz

Frau Krebs, Sie sind gesundheitspolitische Sprecherin der Fraktion und gelernte Krankenschwester. Wann waren Sie das letzte Mal beim Arzt?

Petra Krebs: (lacht) Tatsächlich schon sehr lange nicht mehr, mit Ausnahme der Vorsorgeuntersuchungen. Bevor ich 2016 in den Landtag kam, habe ich jahrelang in der neurologischen Frührehabilitation gearbeitet, wo ich schwerbetroffene Patientinnen und Patienten betreut habe. Da bekommt man eine ganz andere Einstellung dazu, was Krankheit und Gesundheit bedeuten. Bei kleinen Übeln wie etwa einer Erkältung vertraue ich auf meine Selbstheilungskräfte, nach dem Motto „was kommt, geht auch wieder“.

Andrea Schwarz: Dem stimme ich voll und ganz zu: Manchmal muss man einfach Geduld haben. Tatsächlich ist es oft nicht so ganz einfach, Bagatelkrankheiten von tatsächlichen Krankheiten zu unterscheiden, die einer ärztlichen Behandlung bedürfen. Diese Fähigkeit müssen wir durch mehr Aufklärung verbessern.

Warum liegt Ihnen beiden das Thema Pflege und Rettungsdienste persönlich am Herzen?

Petra Krebs: Jede und jeder von uns kennt jemanden aus der Familie oder dem Freundeskreis mit einer Krebsdiagnose, einer psychischen Erkrankung oder einer anderen schweren Krankheit. Mich beschäftigt sehr, wie meine Eltern und Schwiegereltern mit gesundheitlichen Problemen zurechtkommen. Gleichzeitig kenne ich aus

meiner Zeit als Krankenschwester die beiden Seiten unseres Gesundheitssystems: die Sorgen und Nöte der Patientinnen und Patienten – aber auch die täglichen Belastungen und die hohe Arbeitsdichte des Pflegepersonals.

Andrea Schwarz: Als Sprecherin für Bevölkerungsschutz bin ich auch für das Rettungswesen zuständig. Bei meinen Besuchen konnte ich hautnah miterleben, wie aufreibend und herausfordernd die Arbeit bei der Feuerwehr, dem Technischen Hilfswerk oder beim Rettungsdienst ist. Ich habe einen Riesenrespekt davor, was hier geleistet wird. Beim DRK Esslingen konnte ich eine Zwölf-Stunden-Schicht mitfahren. Erst, wenn man tatsächlich einen Arbeitstag lang in einem Sanitärerkittel steckt, realisiert man, wie verantwortungsvoll und umfangreich diese Aufgabe ist, welche hohen körperlichen, aber auch psychischen Anforderungen die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen ausgesetzt sind.

Wie hat sich die Arbeit der Sanitäterinnen und Sanitäter verändert?

Andrea Schwarz: Ein Hauptproblem ist, dass die Zahl der Einsätze ständig steigt und somit auch der Druck auf diejenigen, die im Rettungsdienst arbeiten. Die Ursachen dafür sind vielfältig: Da spielt eine alter werdende Gesellschaft eine Rolle, eine veränderte Krankenhausstruktur, ein verändertes Hausarztverhalten, aber auch eine herabgesetzte Schwelle, die 112 anzurufen. All dies und der bekannte Fachkräftemangel führen zu einer Mehrbelastung des Einzelnen.



**„Ich habe einen riesigen
Respekt davor, was der
Rettungsdienst leistet.“**

▲ Prof. Dr. Jan Steffen Jürgensen, Geschäftsführender Ärztlicher Direktor (rechts), und Prof. Dr. Tobias Schilling, Ärztlicher Direktor Interdisziplinäre Notaufnahme, geben Petra Krebs (rechts) und Andrea Schwarz Einblicke in den Alltag am Katharinenhospital des Klinikums Stuttgart.

Andrea Schwarz



◀ In der modernen Krankenversorgung gewinnt die sektorenübergreifende Zusammenarbeit eine immer größere Bedeutung: Petra Krebs (rechts) und Andrea Schwarz (links) setzen sich für eine bessere Vernetzung zwischen Rettungsdiensten, Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen ein.

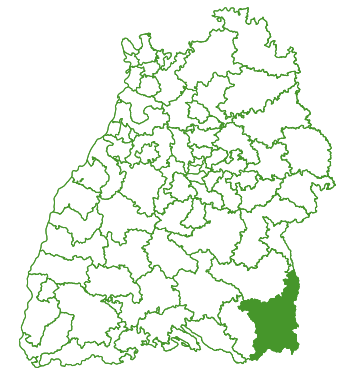
„Wer Hilfe benötigt, muss Hilfe erhalten, unabhängig vom Wohnort.“

Petra Krebs

Petra Krebs: Auch in unseren Krankenhäusern machen sich große Veränderungen bemerkbar. Die Krankenhauslandschaft ist im Wandel, Kliniken spezialisieren sich zunehmend. So können sie die hohen Qualitätsanforderungen erfüllen – und das müssen sie auch. Die Menschen wollen bestmöglich versorgt werden. Kleine Häuser werden zusammengelegt oder werden gar überflüssig. Fach- und Hausärzte sind überall im Land gefragt. Gleichzeitig nehmen in einer immer älter werdenden Gesellschaft psychische Erkrankungen, Diabetes oder Schlaganfälle zu.

Welche Antworten haben die Grünen auf die Gesundheitsversorgung der Zukunft?

Petra Krebs: Jede Bürgerin und jeder Bürger soll in allen Lebensphasen ein glückliches und gesundes Leben führen können. Wer Hilfe benötigt, muss Hilfe erhalten, unabhängig vom Wohnort. Eine gute Gesundheitsversorgung muss nicht bedeuten, dass jede Stadt eine Klinik hat. Wichtiger ist, im richtigen Krankenhaus behandelt zu werden. Die Zukunft liegt in der Bündelung von medizinischem Wissen und Kompetenz.



Petra Krebs MdL
Wangen
Sprecherin für Gesundheits- und Pflegepolitik und für Seniorinnen und Senioren

Ich setze mich daher für multiprofessionelle Teams in medizinischen Versorgungszentren ein. Dahinter steckt der Gedanke, dass Spezialistinnen und Spezialisten aus verschiedenen Bereichen an einem Ort mehr bewirken können als eine einzelne Ärztin oder ein einzelner Arzt.

Andrea Schwarz: Dass dieses Konzept in der ambulanten Notfallaufnahme funktioniert, zeigt die Interdisziplinäre Notfallaufnahme (INA) am Katharinenhospital des Klinikums Stuttgart. Momentan gibt es in Baden-Württemberg nur zwei dieser Einrichtungen, in der Landeshauptstadt und in Aalen. In Stuttgart arbeitet ein Team unterschiedlicher Fachärzte zusammen mit einem Notfallarzt als Koordinator, der über die Schwere der Krankheiten und über die Zuständigkeiten der Ärztinnen und Ärzte entscheidet. Die ersten Erfahrungen sind überaus positiv – nicht nur die Wartezeit, sondern auch die anfallenden Kosten konnten gesenkt werden.

Aber wie kann man sicherstellen, dass die Versorgung auf dem Land garantiert ist?

Petra Krebs: Im Kern geht es um die Frage: Welche Versorgung benötigen die Menschen – wo und wie viel? Da tut sich viel. Wir Grüne stärken die Krankenhauslandschaft durch zielgerichtete Förderung, damit das Geld dort ankommt, wo es gebraucht wird. Ein Beispiel ist das Landärzteprogramm, mit dem wir junge Medizinerinnen und Mediziner für die Arbeit im Ländlichen Raum begeistern wollen. Damit fördert Baden-Württemberg die Niederlassung von Hausärztinnen und Hausärzten

mit bis zu 30.000 Euro. Außerdem können digitale Innovationen die Versorgung in abgelegenen Regionen verbessern. Das Land hat vier Millionen Euro für digitale Projekte im Gesundheits- und Pflegebereich bereitgestellt. Ein Beispiel ist das Projekt „Doc Direct“, das erste telemedizinische Projekt seiner Art in Deutschland. Da schauen wir, ob es klappt, dass ein Arzt Patientinnen und Patienten per Telefon- oder per Videoschleife in einem Internetportal weiterhilft. Wichtig ist: Der Telearzt soll den normalen Arzt nicht ersetzen, nur ergänzen.

Andrea Schwarz: Gute medizinische Versorgung darf kein Luxusgut sein – das gilt auch für den Notfall. Ganz oben auf unserer Liste steht deshalb eine grundlegende Reform des Rettungswesens. Das ist nicht mit einer einzigen Maßnahme zu erreichen, sondern erfordert ein ganzes Bündel. Das beginnt damit, die „Helfer vor Ort“ zu stärken, bis hin zu einer Reform der Leitstellen. Wir Grüne stehen auch für das Etablieren einer Gemeindefirst-aidstation oder eines Gemeindefirst-aiders. Die Leitstellendisponenten sollen neben Notarzt und Rettungswagen eine dritte Alarmierungsoption erhalten. Insgesamt versprechen wir uns so mehr Kapazität für tatsächlich lebensbedrohliche Fälle.

Bis 2030 fehlen rund 40.000 Pflegekräfte im Land. Gleichzeitig werden Gesundheitsberufe anspruchsvoller. Wie geht das zusammen?

Petra Krebs: Die gesundheitliche Versorgung ist nur so gut wie ihr Personal. Wir brauchen bessere Löhne

in der Pflegebranche und müssen den Pflegenotstand entschlossen bekämpfen. Mehr Personal bedeutet für alle unmittelbar bessere Versorgung. Da ist die Bundesregierung gefragt. Aber auch wir als Land bringen uns ein. Dazu zählt die Strategie „Quartier 2020“ für lebendige und barrierefreie Viertel, in denen Menschen alt werden können, weil sie ein professionelles unterstützendes Umfeld und helfende Hände vorfinden. Eine Chance bieten auch neue Regeln bei der Zuwanderung von Pflegefachkräften aus dem Ausland.

Andrea Schwarz: Eine weitere Idee verbirgt sich in dem sperrigen Wort Landespflegestrukturgesetz. Mit einer modernen Pflegepolitik wollen wir erreichen, dass Pflegebedürftige möglichst lange in ihren eigenen vier Wänden bleiben können, weil sie Pflegeangebote in ihrer Nähe vorfinden, verbunden mit technischen Möglichkeiten wie Hausnotrufen.

Wie würden Sie als Krankenschwester die Welt am liebsten fit machen?

Petra Krebs: Am meisten wäre uns geholfen, wenn die Menschen ein Gefühl dafür entwickeln würden, wann sie professionelle Hilfe benötigen. Muss ich am Sonntag wirklich den Notdienst aufsuchen, oder reicht der Arztbesuch am Montag? Die Natur hat uns mit Selbstheilungs- und Abwehrkräften ausgestattet. Wichtig ist, sich gesund zu ernähren und sich zu bewegen. Ich gebe zu, da muss ich mir auch selbst an die Nase fassen.

Gegen Rechts? Ehrensache!

In der Kirche, in der Blasmusik oder im Fußballverein: Drei Stunden pro Woche engagiert sich jede Baden-Württembergerin und jeder Baden-Württemberger durchschnittlich in einem Ehrenamt – ein Spitzenwert in Deutschland. Für die Grünen Abgeordneten Stefanie Seemann und Alexander Maier ist dieser Einsatz das Bindemittel der Gesellschaft, das die volle Anerkennung und Unterstützung der Politik verdient.

Sein ehrenamtliches Engagement hat die Grundlage für den Sprung in den Landtag gelegt. **Alexander Maier** hatte die Nase voll von Demonstrationen, die Hass gegen Ausländer in Göppingen schürten. „Ich hatte das Gefühl, dass sich Rechtsextreme immer stärker ausbreiten“, blickt Maier auf die Ereignisse von 2012 zurück. Damals engagierte er sich als Sprecher der Grünen Jugend und beobachtete, wie sich in kurzer Zeit aggressive Sprüche in Drohungen, Angriffe und Ausschreitungen verwandelten.

Für Maier war der Zeitpunkt zum Handeln gekommen: Er initiierte einen Zusammenschluss von Menschen, die sich entschieden gegen rechtsextreme Tendenzen

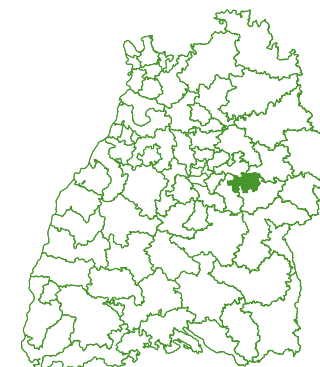
stemmen – durch öffentliche Aktionen oder Aufklärung und Fortbildungen über Rechtsextremismus. Inzwischen hat sich die Gruppierung „Kreis Göppingen nazifrei“ als angesehene Gegenbewegung gegen Rechtsextremismus in Göppingen etabliert.

„Ich wollte Gehör finden, Reaktionen auslösen und die leise Mehrheit sichtbar machen“, sagt Maier über die Gründung seines Vereins. „Es ist ein tolles Gefühl zu sehen, dass man etwas aus eigener Kraft bewegen kann.“ Inzwischen ist Maier einer der jüngsten Landtagsabgeordneten und Sprecher für Strategien gegen Rechtsextremismus der Grünen Fraktion. Persönlich geblieben ist ihm die wertvolle Erfahrung, dass Menschen durch das Ehrenamt die einmalige Chance erhalten, Themen anzupacken und umzusetzen, die die Politik selbst nicht zu erledigen vermag.

Einsatz für Geflüchtete „wertvoll“

Überdurchschnittlich viele Menschen in Baden-Württemberg engagieren sich freiwillig für andere in ihrer Freizeit. Nach den Ergebnissen des Deutschen Freiwilligensurveys 2014 ist jede und jeder Zweite

Ehrenamt heißt Einmischen und Mitmischen – alle zusammen ►
für die gute Sache: Stefanie Seemann und Alexander Maier packen selbst mit an und kleben gemeinsam Plakate für Aktionen gegen Rechtsextremismus.



Alexander Maier MdL
Göppingen

Sprecher für Strategien gegen
Rechtsextremismus

**„Ich möchte die
leise Mehrheit
sichtbar machen.“**

Alexander Maier



in Baden-Württemberg ehrenamtlich aktiv (48,2 Prozent), bundesweit nimmt der Südwesten damit den Spitzenplatz ein. „Wir sind das Land des Ehrenamts. Von der freiwilligen Feuerwehr, über Hilfsorganisationen bis zur Nachbarschaftshilfe – die Bandbreite hierzulande ist riesig“, sagt **Stefanie Seemann**, zuständig für das Thema Ehrenamt bei den Grünen. Besonders erfreulich sei, dass die Hilfsbereitschaft bis ins hohe Alter im Südwesten anhält: So setzen sich noch 30 Prozent der über 65-Jährigen in unterschiedlichen Einrichtungen für das Gemeinwohl ein.

Regelungen für Vereine vereinfachen

Eine Herausforderung sei die Nachwuchssorge bei Vereinen und Organisationen. „Wir setzen uns entschieden dafür ein, das Ehrenamt auch weiterhin attraktiv zu halten“, sagt Seemann. So unterstützt die Grüne Fraktion die wichtige Arbeit von Ehrenamtsprojekten, etwa bei der Qualifizierung von Ehrenamtlichen in der Integrationsarbeit. „Das Engagement für Geflüchtete verdient das Prädikat ‚Besonders wertvoll!‘. Projekte, in denen Menschen mit Migrationshintergrund in unsere Gesellschaft eingegliedert werden, werden wir weiter unterstützen und finanziell begleiten“, so Seemann. Sie sieht große Chancen bei der Integration von Geflüchteten in Vereinen. „Ich bin davon überzeugt, dass es eine tolle Sache ist, wenn wir mehr Menschen mit Migrationshin-

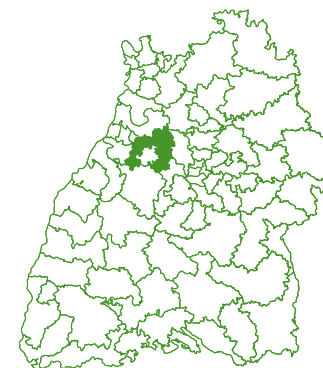
tergrund für den Einsatz für die Gesellschaft begeistern. Damit zeigen wir ihnen, dass sie hier gebraucht werden“, sagt Seemann.

Klar sei auch: Das Ehrenamt müsse attraktiver werden – was bedeute: mehr Spaß, weniger Papierkram. „Wir wollen die Aktiven von bürokratischen Hürden befreien und das Engagement durch einfachere Regelungen attraktiver machen“, sagt sie. Ein Beispiel dafür ist der Vorstoß von Finanzministerin Edith Sitzmann, die sich im Bundesrat für eine höhere steuerliche Freigrenze für Vereine einsetzt. „Wer sonntags aufsteht und für seinen Verein Waffeln backt, möchte, dass das Geld seinem Verein in voller Höhe zugutekommt“, sagt Stefanie Seemann, die selbst in unterschiedlichen Bereichen ehrenamtlich tätig ist.

Viele Vereine setzten sich mit der Frage auseinander, wie sie neue Mitglieder gewinnen können. „Das Land hat unter Führung der Grünen mit der Engagementstrategie hierzu erfolgreiche Maßnahmen eingeleitet. Eine Zwischenbilanz zeigt, dass ehrenamtliche Strukturen gestärkt und auf diese Weise Menschen für das Ehrenamt begeistert werden konnten“, sagt Seemann.

Ebenso soll die Anerkennung der ehrenamtlichen Arbeit bei Behörden und Arbeitgebern erhöht werden – etwa durch flexible Arbeitszeitregelungen für Ehrenamtliche. „Wir Grüne nehmen die Meinungen der Menschen ernst und setzen uns dafür ein, dass sich alle im Ehrenamt

besser einbringen können. Uns ist der direkte Kontakt wichtig. Wir wollen erfahren, wo der Schuh drückt“, sagt Stefanie Seemann. Alexander Maier ergänzt: „Ich wünsche mir, dass das ehrenamtliche Engagement langfristig rechte Strömungen zurückdrängt. Wir Grüne arbeiten mit aller Kraft an Strategien gegen Rechtsextremismus und setzen auf Prävention und Programme, um fremdenfeindliche Gewalt möglichst im Keim zu ersticken.“



Stefanie Seemann MdL
Enz

Sprecherin für Angewandte
Wissenschaften



**„Das Ehrenamt muss
attraktiver werden:
mehr Spaß, weniger
Papierkram.“**

Stefanie Seemann

Mehr Förderung + mehr Anerkennung = ►
mehr Nachwuchs im Ehrenamt: Stefanie
Seemann und Alexander Maier wollen es
mit ihrer Politik allen einfacher machen,
sich freiwillig zu engagieren.



Den Wandel mit Zuversicht gestalten

Wenn ich Unternehmen besuche und mit Ingenieuren, Mechanikern oder Gründerinnen spreche, bin ich immer wieder begeistert von ihrem Tüftlergeist und ihrer Kreativität. Davon, wie sie sich Tag für Tag nach der Decke strecken. Dank dieser Menschen geht es Baden-Württemberg heute so gut wie selten zuvor. Unsere Wirtschaft floriert. Mehr Menschen als jemals zuvor haben einen Arbeitsplatz. Aber unser Erfolg ist kein Naturgesetz und schon gar kein Ruhekiten. Er muss immer wieder neu erkämpft werden. Gerade in so bewegten Zeiten wie heute.

Zahlreiche Veränderungen prasseln auf uns ein. Bahnbrechende Technologien fassen Fuß, Innovationszyklen werden immer kürzer, neue Wettbewerber drängen auf die Märkte und die ökologische Krise erfordert ein entschlossenes Umsteuern. Fundamentale Umbrüche wie die digitale Revolution mischen die Karten völlig neu – und entscheiden heute über den Wohlstand von morgen.

Das verunsichert viele Menschen. Etwa die Buchhalterin, die sich fragt, ob künftig eine intelligente Maschine ihre Arbeit übernimmt. Oder den Arbeiter, der sich Sorgen macht wegen der Zeitenwende beim Automobil. Meine Landesregierung tut alles dafür, dass wir als industrielles Kernland die Chancen des Wandels erfolgreich nutzen und die Menschen dabei mitnehmen.

Für Klima, Wohlstand und Jobs mit Zukunft

So machen wir Baden-Württemberg vom Autoland Nr. 1 zum Mobilitätsland Nr. 1. E-Mobilität, autonomes Fahren, Car-Sharing und neue Geschäftsmodelle – das kommende Jahrzehnt verändert die Autoindustrie mehr als das ganze Jahrhundert zuvor. Dabei geht es um nichts weniger als

unsere ökologischen Lebensgrundlagen – ein stabiles Klima und saubere Luft – und unser ökonomisches Fundament – im Land hängen 440.000 Arbeitsplätze am Auto. Ich habe deshalb als erster Ministerpräsident einen Strategiedialog gestartet, der alle Akteure an einen Tisch bringt und zusammen die Transformation gestaltet. Gemeinsam sorgen wir dafür, dass das emissionsfreie Auto der Zukunft in Untertürkheim und Zuffenhausen vom Band rollt.

Digitalisierung menschlich gestalten

Die grün-schwarze Landesregierung gestaltet den digitalen Wandel kraftvoll und verantwortlich. Mit digital unterstützter Medizin wollen wir schwere Krankheiten besiegen, durch vernetztes und automatisiertes Fahren Staus und Verkehrsunfälle vermeiden, den Energieverbrauch mit Hilfe intelligenter Netze senken, die Bildungschancen durch digitale Medien verbessern und unsere Unternehmen mit neuen Technologien stärken. Das ist eine gewaltige Aufgabe. Wir haben deshalb als erste Landesregierung in Deutschland eine umfassende Digitalisierungsstrategie erarbeitet. Über eine Milliarde Euro investieren wir in den kommenden Jahren in den digitalen Wandel. Damit sorgen wir für schnelles Internet im ganzen Land und mit dem Cyber Valley haben wir das führende Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz in Europa geschaffen. Wir bereiten unsere Kinder mit Informatikunterricht und Medienbildung auf die digitale Welt vor und unterstützen unseren Mittelstand auf dem Weg in die Wirtschaft 4.0.

Wir geben hier also richtig Gas. Aber wir schlittern nicht technikaiv in den digitalen Wandel, sondern wir vertreten

eine humane Fortschrittsidee. Für uns ist klar: Die Digitalisierung ist kein Selbstzweck. Sie soll den Menschen dienen und unser Leben verbessern. Deshalb betrachten wir die Digitalisierung auch nicht als Schicksal, das uns einfach überkommt, sondern als Gestaltungsaufgabe, die wir mit aller Kraft annehmen.

Ökonomie und Ökologie verbinden

Das Gleiche gilt für die ökologische Modernisierung der Wirtschaft. Denn Klimaschutz ist nicht nur die Lebensversicherung für unsere Kinder, sondern auch die Zukunftsversicherung unserer Wirtschaft. Und mit grünen Ideen lassen sich längst schwarze Zahlen schreiben. Wir unterstützen deshalb unsere Unternehmen dabei, bei Ressourceneffizienz, Umwelttechnologien und grünen Produktlinien ganz vorne mitzuspielen.

Die Welt befindet sich inmitten tiefgreifender Veränderungen. Weitermachen wie bisher hilft da nicht weiter. Wir gestalten daher den Wandel aktiv mit und stellen damit heute die Weichen für den Erfolg von Morgen. Und ich bin mir sicher: Wenn wir gemeinsam anpacken, haben wir allen Grund zur Zuversicht.



Winfried Kretschmann MdL
Ministerpräsident
von Baden-Württemberg



**„Unser Erfolg ist
kein Ruhekitzen.
Er muss immer wieder
neu erkämpft werden.“**

Winfried Kretschmann



Fühlen Sie mal!

Im Umschlag dieser Broschüre steckt zu 50 Prozent der schnell nachwachsende Rohstoff Gras. Eine Innovation aus Baden-Württemberg. Echt nachhaltig.

Baden-Württemberg gestalten. Unser Antrieb. Unser Auftrag.

In der Grünen Landtagsfraktion arbeiten 47 Abgeordnete mit Herz und Engagement daran, dass Baden-Württemberg auch in Zukunft lebenswert, erfolgreich, zukunftsfest und stark bleibt.

Unsere Heimat ist ein erfolgreicher Industriestandort, ein Land mit wunderbaren Natur- und Kulturlandschaften und engagierten Bürgerinnen und Bürgern – das ist unser Antrieb. Unser Auftrag ist es, zu zeigen, wie wirtschaftlicher Erfolg und Wohlstand mit Ökologie und Klimaschutz zusammengehen. Und wir wollen zeigen, dass es gute Antworten auf die gesellschaftlichen Herausforderungen der Gegenwart gibt. Mit neuen Ideen und gemeinsam mit Ihnen sorgen wir Grüne dafür, dass wir bei der Digitalisierung, der Integration und der gesellschaftlichen Teilhabe an der Spitze stehen.

www.gruene-landtag-bw.de